

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 13. Mai 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: 3.00 Mark monatlich, 1.10 Mark wöchentlich, 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Betriebsverhältnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteilung halbi außer Montag.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Adressen eine oder deren Raum 50 Pf. für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengestelle und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erbchaftssteuer.

Die freisinnige Presse hat sich in bezug auf ihre frühere steuerpolitische Forderung, das Einnahmedefizit des Reiches dürfe nicht durch Verbrauchssteuern auf den Konsum der Masse, sondern lediglich durch direkte Steuern, Abschaffung der Liebesgabe, Luxussteuern usw. gedeckt werden, nach und nach so weit rückwärts konzentriert, daß sie alle möglichen Verbrauchssteuern bewilligen will und nur noch mit schlichter Bescheidenheit verlangt, ein kleiner Teil der zur Sanierung der traurigen Reichsfinanzen erforderlichen neuen Steueranlagen müsse wenigstens durch eine direkte Steuer aufgebracht werden: durch die Erbschaftssteuer. Größere Anpassungsfähigkeit, als hier die freisinnige Konfabrik gegen die brutalen Willkür ihres männlichen Blodgalans bekundet, könnte dieser, sollte man meinen, kaum verlangen; doch die Konserbativen sind bereits durch die Hingebung des Freisinn so verwöhnt, daß ihnen selbst dieses willenlose Entgegenkommen noch nicht genügt. Kategorisch erklärt die „Deutsche Tageszeitung“, daß die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten von den Konserbativen nicht akzeptiert wird. Es sei völlig irrig, wenn liberale Blätter behaupteten, ohne Erbschaftssteuer werde sich die Reichsfinanzreform nicht durchführen lassen.

„Die Ausdehnung der Erbschaftssteuer würde“, erklärt bündig das Blatt der Landbündler, „wenn man die erbenden Kinder und Ehegatten nicht übermäßig und allzusehr belasten will, einen verhältnismäßig recht geringen Ertrag ergeben, der bei dem großen Bedarf des Reiches wahrhaftig nicht in Betracht kommt. Der Reichsschatzmeister weiß ja auch, daß die Ausdehnung der Steuer sowohl im Bundesrate als auch im Reichstage auf den heftigsten Widerstand stoßen würde. Der Widerstand im Bundesrate würde vielleicht überwunden werden; nicht aber der im Reichstage. Die Parteien der Rechten können unmöglich einer solchen Steuer zustimmen, da es sich für sie nicht um eine Zweckmäßigkeitsfrage handelt, sondern um grundsätzliche Anschauungen. Daß das Zentrum zu haben sein werde, begreifeln wir auch; mindestens sind die Zentrumsländwirte die schärfsten Gegner der Ausdehnung der Erbschaftssteuer. Dem Vernehmen nach hat man denn auch im Reichsschatzamt und an den maßgebenden Stellen der Reichsregierung den Gedanken aufgegeben. Es würde unzweckmäßig und höchst bedenklich sein, wenn man darauf zurückkommen wollte.“

Als Grund für ihre Gegnerschaft gegen die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten wissen die konserbativen Blätter anzuführen, daß die Erhebung einer Erbschaftssteuer von erbenden Kindern oder von der Witwe des Verstorbenen das Familiensammengehörigkeitsgefühl oder zum mindesten den Familiensinn beeinträchtigt und dadurch die deutsche Familie der Vernichtung preisgibt.

Wohl noch nie hat die Sucht, faulen Egoismus zu rechtfertigen, zu einer albernere Verlegenheitsbegründung geführt. Seit vielen Jahren erheben eine Reihe anderer Staaten, darunter Oesterreich, Frankreich, England, Erbschaftssteuern von Ehegatten und Kindern, ohne daß bisher ihr Familienleben gefährdet wurde. England erhebt sogar von beiden Verwandtschaftskategorien sehr hohe Steuern. Wenn der reine Wert des Vermögens, den ein Kind vom Vater erbt, 20 000 M. beträgt, hat das Kind 600 M. Erbschaftssteuer, wenn die Erbschaftssumme eine Million Mark beträgt, 50 000 M. Erbschaftssteuer zu entrichten; und denselben Betrag zahlt die erbende Witwe. Trotzdem ist von einem schädigenden Einfluß der englischen Erbschaftssteuer auf das englische Familienleben nichts zu verspüren. Entweder ist also der von den konserbativen Blättern angeführte Grund eine lächerliche Bemäntelung der eigentlichen Beweggründe, oder aber die englische Familie ist viel gesünder und widerstandsfähiger als die deutsche.

Für gewisse Schichten des deutschen Hochadels, die zur Leserschaft der „Deutschen Tagesztg.“ und der „Kreuz-Ztg.“ gehören, mag das zutreffen. Wenigstens lassen die Ständalprozesse der letzten Zeit und die Tatsache, daß Graf Günther von der Schulenburg in einem Briefe vom 15. Februar 1901 den Fürsten Eulenburg zur Gründung eines standesgenössischen Bundes der hochadligen Homosexuellen aufgefodert hat, darauf schließen, daß unter dem deutschen Hochadel sehr eigenartige Familienbeziehungen vorkommen, und zwar nicht so selten; denn sonst konnte Graf Günther von der Schulenburg kaum darauf rechnen, so leicht einen großen Bund gleichführender Standesgenossen zusammen zu bringen. Aber wenn auch in diesen Kreisen die Familie oft weniger gesund sein mag, als unter dem englischen Adel, so gilt das doch nicht von allen Schichten des deutschen Volks.

In Wirklichkeit ist natürlich die von den Junkern und ihrer Presse vorgetragene Begründung nichts als eine Verlegenheitsausrede. Die edlen Herren sind sonst keineswegs so besorgt, um die Erhaltung des Familiensinns, besonders nicht, wenn es sich um Arbeiter handelt. Der eigentliche Grund, der sie zu ihrer Besorgtheit bestimmt, ist lediglich ihr Eigenmuth. Sie möchten ihr ererbtes und durch Zöllwucher vermehrtes Vermögen möglichst beisammenhalten und ohne irgend welche Abgaben an den Staat ihren Nachkommen hinterlassen, damit der edle Stamm der Prigewitze, Igetwige, Strudelwitze und anderen Ipe standesgemäß zu leben und wenigstens in pekuniärer Hinsicht die edlen Familientraditionen

hochzuhalten vermag. Für die Ausgaben aufzukommen, die sie in ihrer vaterländischen Aufopferungsfähigkeit für Meer, Marine, Kolonien, Beamtengehältererhöhungen usw. bewilligt haben, das überlassen sie, edel gesinnt, wie sie sind, den unteren Schichten. Wie sehr sie sonst auch für den handwerksmäßigen Kleinbetrieb schwärmen, in bezug auf die Steuerpolitik sind sie für eine streng durchgeführte Arbeitsteilung. Für sich beanspruchen sie nur das schwere Opfer, dem Staate die geforderten Mittel zu bewilligen; die Pflicht, diese Mittel aufzubringen, liegt nach ihrer Auffassung dem Plebs ob.

Deshalb haben die Konserbativen auch für sich bei der letzten Reichsfinanzreform allerlei Steuerprivilegien durchgesetzt. Während sonst bei der Berechnung der Erbschaftssteuer der gemeine Wert ermittelt wird, kommt bei der Vererbung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke nur der Ertragswert in Betracht, ferner treten in gewissen Fällen Steuerermäßigungen ein, und schließlich tritt, wenn das betreffende Grundstück innerhalb der letzten fünf Jahre bereits einmal den Besitzer durch Erbschaft gewechselt hat, volle Steuerfreiheit, und wenn der Erbsfall bis zu zehn Jahren zurückliegt, eine Herabsetzung der Steuer um die Hälfte ein — wohl gemerkt auch dann, wenn das Grundstück an ganz entfernte Verwandte übergeht. Kinder und Ehegatten zahlen in seinem Fall, mag auch der Besitz Millionen wert sein, eine Erbschaftssteuer.

Tatsächlich ließe sich durch eine rationelle Erbschaftssteuer ein großer Teil der von der Reichstagsmajorität bewilligten Ausgaben decken. England bringt die Erbschaftssteuer jährlich mehr als 350 Millionen Mark ein, und selbst Frankreich bezieht daraus eine Einnahme von fast 240 Millionen Mark; während das Deutsche Reich im letzten Etatsjahr noch nicht 60 Millionen Mark an Reichserbschaftssteuern eingenommen hat. Dabei hat Frankreich nur eine Bevölkerung von 39 und England (mit Schottland und Irland) von 42 Millionen Köpfen, während Deutschland 61 Millionen Einwohner zählt. Und die Bestimmungen des englischen Erbschaftssteuergesetzes sind nicht etwa besonders drückend. Wenn einem Engländer ein Vermögen von 2000 M. zufällt, zahlt er keinen Pfennig Erbschaftssteuer, und selbst bei einer Erbschaft im Gesamtbetrag von 10 000 M. zahlt er nur erst 50 M. Um so schärfer werden natürlich die großen Erbschaften zur Steuer herangezogen. Würde der Reichstag die englischen Besteuerungsprinzipien akzeptieren, es ließen sich leicht in Deutschland aus der Erbschaftssteuer 300 Millionen Mark statt der 60 Millionen Mark herauszuschlagen. Aber die Konserbativen werden sich dagegen aufs äußerste sträuben, und die Freisinnigen werden ihnen bereitwillig assistieren; denn es ist weit bequemer und dem eigenen Beutel zuträglicher, die Lebens- und Genusmittel der arbeitenden Volksmassen mit neuen Steuern zu belasten.

Der mecklenburgische Verfassungssicherz.

Bekanntlich sollte Mecklenburg, das Land des Ochsenkopfes und der uneingeschränkten Junkerprivilegien, nun endlich auch eine Verfassung erhalten, nachdem selbst Rußland mit gutem Beispiel vorangegangen war. Ueber den Charakter dieser Verfassung hat nun die Thronrede Aufschluß gegeben, die am Dienstag im Goldenen Saal des Schloßes zu Schwerin von dem Staatsminister Grafen von Bassewitz-Bebekow verlesen wurde. In dieser Thronrede heißt es:

„Die Ihnen zugehenden Vorlagen berücksichtigen die Anforderungen der Gegenwart, indem sie auf der Grundlage der eigenartigen Verhältnisse Mecklenburgs weiter bauen und damit Fürsorge treffen, daß eine Erschütterung der inneren Verhältnisse des Landes durch grundsätzliche Veränderungen vermieden wird. Für diese Gesetzesvorlagen sind folgende Hauptgesichtspunkte grundlegend gemacht: Einführung einer Repräsentativverfassung durch Bildung einer neuen Landesvertretung, zur Hälfte aus gewählten Vertretern der als Körperschaften des öffentlichen Rechtes von Bestand bleibenden Ritterschaft und Landschaft, im übrigen, außer einigen vom Landesherrn zu ernennenden Abgeordneten, aus gewählten Vertretern, welche zum kleineren Teile von einzelnen Berufsständen, zum überwiegenden Teile aber durch allgemeine, indirekte Wahlen der gesamten Bevölkerung unter Trennung von Stadt und Land, sowie unter Abstufung des Wahlrechtes nach Bildung und Besitz zu wählen sind.“

Dieser „Volksvertretung“ gegenüber kann sich selbst das schärfste Wahlrechtsmonster verstecken. Auch das preußische Wahlrecht trägt dieser Verfassung gegenüber noch einen gewissen „modernen“ Anstrich. Soll doch der Ritterschaft, d. h. dem edlen Junkertum, von vornherein die Hälfte aller Abgeordneten eingeräumt werden. Die übrigbleibende Hälfte soll dann durch ständische und indirekte Wahlen zustandekommen. Das heißt, ein Teil dieser übrigbleibenden Hälfte der Abgeordneten soll außerdem noch vom Großherzog ernannt werden; der Rest, die 30 oder 40 Prozent des Parlamentes, soll dann aus indirekten Wahlen hervorgehen. Aber bei der indirekten Wahl soll es nicht sein Bewenden haben! Das Wahlrecht soll vielmehr ein Klassenwahlrecht sein. Außerdem soll eine Trennung von Stadt und Land vorgenommen, d. h. das dem junker-

lichen Terror ausgelieferte Land soll mit besonderen Vorrechten ausgestattet werden.

Daß die mecklenburgischen Serentissimi ihren Untertanen einen derartigen Wahlrechtscherz und Verfassungssult zu unterbreiten wagen dürfen, hat seinen Urgrund in dem in Preußen bestehenden Wahlrechtsunfug. Befähe Mecklenburg nicht in der preußischen Reaktion einen mächtigen Schirmherrn, so würde es niemals gewagt haben, seinen „Untertanen“ eine solche Wahlrechtsparodie zu unterbreiten! —

Junkerlicher Wahlterrorismus.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat die — bei einer anderen Kategorie von Sterblichen würden wir sagen unbegreifliche, bei dem Junkerblatt freilich nur standesgemäße — Unverschämtheit, den von uns seitigenagelten junkerlichen Wahlrechtsterrorismus zu bestreiten. Unsere Berufung auf das Rundschreiben des konservativen Zentralwahlkomitees vom Jahre 1861 bedeute nichts, denn „dieser Strohhalm“ sei schon „schier fünfzig Jahre alt“.

Es ist eigentlich eine ungeheuerliche Zumutung, von uns überhaupt Beweise für den konservativen Wahlrechtsterrorismus zu verlangen. Denn wer für die öffentliche Abstimmung eintritt, tut das eben nur aus dem Grunde, um die Abstimmung zu kontrollieren und durch Terrorismus die Abstimmung zu beeinflussen! Sonst hätte ja die öffentliche Abstimmung überhaupt keinen Sinn! Da aber in den Junkerjahren der Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ ein Organ für Logik nicht vorausgesetzt werden darf, wollen wir dokumentarische Beweise für den konservativen Wahlrechtsterror beibringen, die noch nicht 50 Jahre alt sind. Am 6. Dezember 1883 verlas der Abgeordnete Ricker im Abgeordnetenhaus den Tagesbefehl, den der Oberverordnungsreferent in Danzig bei einer Landtagswahl an die Verstarbeiter der kaiserlichen Marine gerichtet hatte. Er lautete:

„Unter solchen Umständen erachte ich es für meine Pflicht, Euch zunächst darauf hinzuweisen, daß von Euch erwartet werden muß, daß Ihr, die Ihr von einer kaiserlichen Behörde Lohn, Beschäftigung, sowie Unterstützung in Krankheits- und sonstigen Unglücksfällen erhaltet, gemäß dem alten Sprichwort: „Weß Brot ich esse, weß Lied ich singe“ nur denjenigen Wahlmännern Euere Stimme geben werdet, welche bereit sind, die den kaiserlichen Willen repräsentierende Staatsregierung unbedingt zu unterstützen.“

Der konservative Minister v. Puttkamer nahm keinen Anstand, in seiner Antwort auf Rickers Rede den standalösen Terrorismus der Verstdirektion ausdrücklich gutzuheißen!

Am 27. Januar 1886 führte der freisinnige Abgeordnete Uhlendorff im Abgeordnetenhaus:

„In einer anderen Reihe von Petitionen beklagen sich dann Beamte, daß sie nur unter Kontrolle hätten abstimmen können und mit Rücksicht auf ihre Vorgesetzten gezwungen wären, anders zu stimmen, als sie gewollt hätten. Ebenso abhängig werden keine Gewerbetreibende und Handwerker geschätzt; und in den denfallsigen Petitionen wird ausgeführt, daß man sich nicht geschert hätte, nach Kommunal- und Wahlmännerwahlen in der Presse öffentliche Aufforderungen zur Kundschafstentziehung zu erlassen.“

Das amtliche Stenogramm verzeichnet hier: „Hört! hört! im Zentrum und links“. Die Rechte sand den Terrorismus also durchaus in der Ordnung!

Uhlendorff fuhr dann fort: „Und nun erst die armen Fabrikarbeiter! Ja, man muß in solchen Gegenden leben, um das Elend kennen zu lernen.“

Das amtliche Stenogramm verzeichnet hier: „Dahen rechts“. Die Konservativen spendeten also dem unerhörten Wahlterrorismus in ihren bekannten aristokratischen Wiederlauten ihren Beifall! Diese „Heiterkeit rechts“ wiederholte sich, als der freisinnige Redner ausfuhrte, daß in einer Versammlung ein Geistlicher sich gezwungen gesehen habe, den anwesenden Arbeitern den Rat zu geben, daß sie bei der Abstimmung an Weib und Kind denken möchten!

Am 13. März 1893 erklärte der freikonservative Abgeordnete v. Tiedemann im Abgeordnetenhaus:

„Gabe ich die Wahl zwischen dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht mit öffentlicher Abstimmung und dem Dreiklassenwahlrecht mit geheimer Abstimmung, so ziehe ich für meine Person das erstere vor.“

Das heißt: Herr v. Tiedemann erklärte den Terrorismus, die Beeinflussung der Wähler bei öffentlicher Abstimmung für eine so vorzügliche Waffe zur zwangsweisen Fälschung der wahren Meinung der Wähler, daß er selbst das Reichstagswahlrecht dem Dreiklassenwahlrecht vorzog, falls nur bei dem Reichstagswahlrecht die öffentliche Abstimmung eingeführt und dadurch allen Abhängigen die freie Wahl nach ihrer politischen Ueberzeugung illusorisch gemacht würde!

Ganz wunderbare Auffassungen aber vertrat der konservative Herr von Rauchhaupt, der anerkannte Führer der Konservativen im Abgeordnetenhaus. Am 6. Dezember 1883 sagte er nach dem amtlichen Stenogramm vom geheimen Wahlrecht:

„Es legalisiert die Täuschung des Arbeitgebers und verkürzt, meine Herren, den Treubruch, wenn

der Arbeiter seine wirkliche Stellung zu dem Arbeitgeber durch den Stimmzettel vertritt.

Damals geistelte der Zentrumsabgeordnete Windthorst diese unerhörte Auffassung des konservativen Führers mit den Worten:

„Kollege v. Raushaupt ist zu meinem Erstaunen so weit gegangen, zu behaupten, daß, wenn ein Arbeiter gegen die Anschauungen seines Herrn sinne, das ein Treubruch sei, der nicht gestraft werden könne. — Meine Herren, dann heben Sie die Freiheit des Mannes auf und machen ihn einfach zum Sklaven!“

Und nun noch der Ausspruch eines berufenen Vertreters konservativer Grundsätze! Der Chefredakteur der „Kreuzzeitung“, der Freiherr v. Hammerstein, erklärte am 6. Dezember 1883 in preussischen Abgeordnetenhaus über den Antrag auf Einführung des geheimen Wahlrechts:

„Meine Herren, so komme ich denn dazu, daß der Zweck des Antrages doch wohl nur der der reinen Opportunität sein kann. Sie sagen sich einfach, bei den Abgeordnetenhauswahlen, wo öffentliche Stimmabgabe ist, machen wir schlechtere Geschäfte als im Reichstag, also wollen wir das ändern; wir sagen umgekehrt, bei den Abgeordnetenhauswahlen machen wir bessere Geschäfte, also wollen wir es nicht ändern.“ (Hört! hört! links. Große Heiterkeit.)

Die Konservativen wollen also den Terrorismus, um „bessere Geschäfte“ machen zu können! Sie wollen Geschäfte — Geschäfte im grobmateriellen Sinne! — machen, auch wenn alle Abhängigen entrechtet oder aber, falls sie doch nach ihrer Hebelzeugung wählen, mit der Hungerpeitsche gezüchtigt werden!

Und mit dieser terroristischen Junkersippe verbindet sich der „Freisinn!“

Was der Zeuge Riedl erzählt.

Die „Münchener Post“ veröffentlicht über eine Unterhaltung ihres Gewährsmannes mit dem von Berlin zurückgekehrten Zeugen Nibel folgende Eulenburgiana:

„Ich ging hinein, es war das Schlafzimmer des Fürsten, ein schönes und großes Zimmer. Der Landgerichtsrat war da und der Schreiber. Der Fürst ist im Bett gelegen. Der Fürst hat ganz gut ausgeschaut, er hat einen festen Kopf auf und ist viel fetter wie vor 23 Jahren. Der Bart ist weiß geworden, die Haare aber noch nicht ganz. Nur ein bißchen bläulich war er, die Geschichte macht ihm doch zu schaffen. Ich bin vor's Bett hingeführt worden und der Landgerichtsrat sagte zu mir: Ich mache Sie darauf aufmerksam, sagen Sie die Wahrheit. Ist das der Fürst? — Ja, das ist er. — Dann wurde ich nochmals gefragt: Ist er's oder ist er's nicht. — Jawohl, er ist es, sagte ich. — Ich mußte mich dann auf einen Sessel setzen, so daß ich dem Fürsten pfeilgrad in die Augen schauen konnte und sollte nun erzählen. Ich hab's ja schon fünf- bis sechsmal erzählt, sagte ich, ich bin schon ganz verlegt vor lauter reden. Ich bleibe bei dem, was ich in München vor der Polizei, im Münchener Prozeß und beim Landgerichtsrat Schmid gesagt habe. Aber das hat nichts bedeutet, ich hab's noch einmal erzählen müssen.“

Als ich auserzählt hatte, sagte der Fürst und dabei hat er wie wild mit der Hand auf die Bettdecke geschlagen: Riedl, Riedl, Sie Lügner, Sie gemeiner Lügner, ich habe mit Ihnen nichts getan. Was, sagte ich darauf, hätten Sie sich zuerst geschämt und nicht erst jetzt; jetzt ist es zu spät. Ich bitte Sie, Herr Fürst, sagen Sie die Wahrheit, ich muß sie auch sagen, vor Gott und den Menschen. Dann hat der Landgerichtsrat auch gesagt: Durchlaucht, jetzt sehen Sie, daß er es sagt; ich glaube es selbst, daß er die Wahrheit sagt, nun geben Sie Antwort, ich lasse Ihnen noch Zeit. Der Landgerichtsrat ist dann ein wenig auf die Seite gegangen und der Fürst hat sich auf die Seite gedreht und hat getan, als wollte er weinen, dann ist er eingeschlafen. Ich mußte abtreten...“

Erst hat mir aber, fragte ich schließlich noch Riedl, von einem Briefe erzählt, den er vor zwei Monaten vom Fürsten erhalten hat.

Ja, das glaube ich schon, bei Ernst sind zwanzig Briefe des Fürsten beschlagnahmt worden; was aber darin gestanden hat, hat mir der Ernst nicht erzählt. Ich hätte nichts gesagt, versicherte Riedl zum Schluß, wenn der Fürst nicht die Sache abgelehnt und andere damit hineingeritten hätte. Und jetzt muß ich es wissen, denn schon viele Leute, gerade die besseren Kundschaftern, haben jetzt die Milch bei mir abbestellt.“

Vom Kriegsichauptplatz in Schlitz.

Die kürzlich mitgeteilte Kriegserklärung des Grafen Emil Friedrich von Schlicht genannt von Görz gegen die Gemeinde Schlitz hat große Erregung in der dortigen Bevölkerung hervorgerufen, und wie es scheint, ist man entschlossen, „seiner Erlaucht“ die Zähne zu zeigen. Bürgermeister und Gemeinderat haben ein Zirkular an die Bürgerschaft gerichtet, in dem sie darauf hinweisen, daß die Standesherrschaft sich 1858 durch einen Revers verpflichtet hatte, jederzeit in die Ablösung der Feldjagd gegen Zahlung eines damals fixierten Betrages zu willigen. Danach stellt sich das Vorgehen des Grafen auch noch als Verstoß heraus.

Der zornmüthige Herr hat übrigens bereits begonnen, sich als „offenen Feind“ der Gemeinde zu zeigen. Der Schloßpark ist geschlossen, Spazierwege im Walde sind dem Publikum gesperrt, mehreren Lieferanten und Handwerkern aus dem Städtchen sind die Aufträge entzogen worden.

Die schwer geschädigte Einwohnerschaft ist aber dem wildgewordenen Schloß- und Jagdherrn gegenüber glücklicherweise nicht wehr- und waffenlos. Die Grafen von Schlitz sind nämlich infolgedessen ganz auf der Höhe unseres kapitalistischen Zeitalters, als sie große Schnapsbrenner und Bierbrauer sind. Im ganzen Schlichter Ländchen gibt's kaum ein Wirtshaus, in dem nicht der Brantwein und das Bier der „Herrschaft“ ausgeschenkt wird. Boykott gegen Boykott, sagen jetzt die Bewohner. In einem aus der Bürgerschaft hervorgegangenen Flugblatt heißt es:

„Gibt uns als freie Bürger die Schritte tun, die erforderlich sind. Es ginge zu weit, hier alle Punkte anzuführen, welche als Gegenmaßregeln getroffen werden können. Unter den vielen sei nur der Bierboykott erwähnt. Bier und Schnaps lassen sich auch andererseits beziehen. Ebenso steht es auch jedem frei, die Salzenburger Lohnmünzen (deren Prägung ein fast einzig dastehendes Recht darstellt) anzunehmen oder nicht, und so gibt es noch vieles mehr.“

Was die erwähnten „Lohnmünzen“ angeht, so ist das noch eine besondere Geschäftspraxis der Schlichter „Herrschaft“, die keineswegs, wie die Verfasser des Flugblattes anzunehmen scheinen, auf einem besonderen „Recht“ beruht, sondern die eine flagranteste Gesetzesverletzung

darstellt. Die Schlichter „Herrschaft“ zahlt nämlich ihren zahlreichen Arbeitern den Lohn nicht in Reichsmünze aus, sondern in Messingmarken, die in verschiedenen Werten (5 Pf. bis zu 1 M.) geprägt wird. Diese Messingmünzen zirkulieren nun als sogenanntes „Schlichter Geld“ in allen Orten der ehemaligen Grafschaft; alle Geschäftsleute und Wirte nehmen sie in Zahlung, um mit der „Herrschaft“ nicht in Unfrieden zu kommen. Da das gräfliche Rentamt sie ebenfalls in Zahlung nimmt oder auf Verlangen in Reichsmünze umtauscht, so ist das Publikum zwar in letzter Instanz vor Schaden gesichert. Nichtsdestoweniger stellt diese gräfliche Sondermünze eine große Unbequemlichkeit dar, da sie bei Zahlung außerhalb des „Ländchens“ natürlich unbrauchbar ist. Für die „Herrschaft“ bedeutet diese eigene Münze aus Messing aber eine große Zinssparnis. Das ist der eigentliche Zweck der Einrichtung.

Dieses „Schlichter Geld“ ist schon einmal im hessischen Landtag von sozialdemokratischer Seite als unüberträglich mit der Reichs-Gewerbeordnung und mit dem staatlichen Münzrecht gerügt worden. Damals wurde von der Gegenseite behauptet, diese Münzen funktionierten lediglich als Lohnkontrollmarken in den landwirtschaftlichen Betrieben des Grafen. Wir haben uns aber nachträglich an Ort und Stelle davon überzeugt, daß dieselben in der Tat, wie geschildert, neben der Reichsmünze in Schlicht als allgemeines Zahlungsmittel kursieren. Dieser gesetzwidrige Unfug wird darum nochmals im hessischen Landtag zur Sprache gebracht werden, und wenn das dem einflussreichen Präsidenten der Ersten Kammer gegenüber nichts fruchten sollte, wird der Reichstag sich einmal damit beschäftigen müssen. Die messingene Münzherrschaft des gräflichen Kriegsherrn soll zum mindesten bei seinem Feldzug gegen die „ungeheure Bürgererschaft“ in die Brüche gehen.

Das Ergebnis der Kongodebatte.

Brüssel, 7. Mai. (Sig. Ber.)

Gestern wurde die Kongodebatte vorläufig geschlossen. Damit ist es der sozialistischen Opposition gelungen, die von der Regierung geplante Eröffnung der Debatte zu verhindern und die Kongofrage mit den Annektionsbedingungen Leopolds vor das Forum der Wähler zu bringen.

In der bisherigen Debatte haben so ziemlich alle Schattierungen von Freunden und Widersachern der Kolonialpolitik das Wort ergriffen und das Bild der Beratungen hat schon durch die Abstufungen in den Auffassungen und mit dem scharfen Aneinanderklang der Meinungen ein sonstigen Kammerdebatten nicht häufig anhaftendes Interesse. Freilich, die Kongopresse hatte nur Spott für das Redebemühen der Deputierten, nach dem Grundsatz, daß man ein Geschäft „macht“, aber nicht darüber redet. Jedoch haben diese Reden verdienstvoll ausflüßend in das belgische Kolonialproblem hineingeleuchtet und so den Wahlen tüchtig vorgearbeitet. Die Regierung allerdings hat sich ihre Aufgabe, die Notwendigkeit einer Kolonialpolitik für Belgien zu rechtfertigen und die standalösen Bedingungen und Annahmen Leopolds als ein „glänzendes Geschäft“ erscheinen zu lassen, ziemlich bequem gemacht, indem sie sich hauptsächlich an jene Apologie über die Kongokolonie hielt, die in der vom Kongopressbureau inspirierten und bestochenen Presse seit Jahr und Tag die Runde macht. So hat man es nun wieder vom Justizminister in allen Variationen zu hören bekommen, daß das „keine Belgien“ die Kolonie mit ihren Reichthümern und Landgebieten im Interesse seiner Volkswirtschaft und seines Handels wie einen Bissen Brot braucht — nicht nur die Hoffinanz und der Großhandel, wie die bösen Kongofeinde behaupten. Und dies, obgleich Ansele sofort nachwies, daß Landwirtschaft und Industrie der „Arme“ entbehre.

Der Verstoßung und Zwangsarbeit der Regier, mittels der man bisher die Millionen aus der Kolonie herausgeholt hat, versprach die Regierung mit Gerechtigkeit und Pflichtbewußtsein zu begegnen. Auch über die finanziellen Lasten suchte Herr Renkin die Abgeordneten zu beruhigen, indem er gegenüber der Willkür, die den Belgiern die Kolonie kosten soll, die Arde der Kolonialpolitischen Zukunftsmusik in den höchsten Tönen anhub. ...

Die liberale Version dieser Thesen befragten die Deputierten Ghymans und Franz, deren Reden vorzüglich das kommerziell-kapitalistische Interesse an der Annexion farbten. Dagegen hielten die Liberalen Janson und Lorand wichtige und wirkungsvolle Anklagereden gegen die kapitalistische Kolonisation, und insbesondere Janson — Lorand ist überhaupt gegen jede Kolonialpolitik — bestricherte auch die von den Sozialisten mit Ausnahme Vanderbelde's empfohlene Internationalisierung der Kolonie. Neben diesen und den markigen Reden der Sozialisten Hubin, Denis, Ansele wirkte Vanderbelde's optimistisch-annexionistische Rede ebenso verstimmend als betäubend. Nicht daß es in seinen Ausführungen an einer Verurteilung der kapitalistischen Kolonisation und des damit verbundenen Kulturschwinds gemangelt hätte. Aber weder das von Vanderbelde selbst so oft gezeigte Kongosystem noch die Erfahrungen anderer Länder haben seinen Optimismus, von den Kolonifiktoren noch anderes als Verstoßung und Mißhandlung der Eingeborenen zu erwarten, beeinträchtigt. So hat seine Rede des Widerstandsvollen genug, indem man ihn einerseits die Schäden und Lasten der Kolonialpolitik für das Mutterland, die Oruel der Regerausbeutung und Mißhandlung geißeln hörte, während andererseits seine zweite annexionistische Seele, die ach! in seiner Brust wohnt, der Annexion das Wort redete. ... (Vanderbelde gibt z. B. unter anderem zu, daß die Kolonisation Belgiens Stellung auf dem Weltmarkt nicht verändern werde und er bekennet, daß ein Drittel der Summen, die für den Kongo verausgabt wurden, für die ökonomische Expansion Belgiens verwendet, das Land auf eine höhere Stufe der Entwicklung gehoben hätte.) Alle Verbrechen und Mißbräuche der Kolonisation, bemerkt Vanderbelde selbst, haben ihn nicht davon überzeugen können, die Kolonialpolitik an und für sich zu verdammen, d. h. im gegebenen Fall an die Verbesserung des Regerechos durch die belgische Regierung zu glauben. ... Ein Glaube, der nicht nur von den Sozialisten, sondern auch von der liberalen Opposition in keiner Weise geteilt wird. — Freilich begegnet Vanderbelde jedem Einwurf gegenüber seiner annexionistischen Haltung mit dem Spruch, daß der Kongo de facto bereits „belgisch“ sei und er vor Tatsachen größeren Respekt habe wie vor dem — Kordmahor, wie die Engländer sagen. ... Was vielleicht den Gegensatz mit der sozialistischen Auffassung der Kolonialpolitik doch nicht ganz hinreichend erklärt. — In einer ungemein wirkungsvollen und scharfen logischen Formulierung sagte Ansele die volkswirtschaftlichen und handelspolitischen Argumente zusammen, die gegen eine Kolonialpolitik Belgiens sprechen. Seine Darstellung des Arbeiterstandpunktes in der Kolonialfrage war wohl eine der zwingendsten Motivierungen gegenüber der schönrednerischen Glorifizierung der kapitalistischen Kolonial- und Raubpolitik.

Die Reden des Berichterstatters de Lantsheere und Deernaerts, die noch die Schlusssprüche brachten, zeigten wenig Bemerkenswertes.

Das Abstimmungsergebnis, das die Regierung für den Wahlen erpressen wollte, hat die Debatte zum Skummer der Regierung nicht gebracht. Dafür aber ist es gelungen, daß aus dem Parlament heraus, neben den Geschäftsteilhabern der Kolonialpolitik, ungehemmt die Stimme jener ertönen konnte, die für das Volkwohl andere Bahnen einschlagen als die einer raubgierigen Kolonialpolitik.

Aus dem Wahlkampf.

Freisinnige Phrasenhelden.

Der Freisinn fängt jetzt an, in Berlin öffentliche Versammlungen abzuhalten, sein Schuldbewußtsein gebietet ihm aber, die „Öffentlichkeit“ dieser Versammlungen auf Anhänger der freisinnigen Kandidaten zu beschränken. Damit werden aber diese öffentlichen Versammlungen zu sorgfältig gesteuerten Konventionen, in denen sich die Oberbungen unter dem Weisfall der „Masse“ gegenseitig befähigen, daß sie politisch fürchtbar ehrenwerte Leute seien. Diese Zusammenkunft der Versammlungen ermöglichte es dem Abg. Dr. Wiemer, in einer derselben, nach dem Bericht der „Freisinnigen“, zu sagen:

„Die Blokpolitik ist für uns kein Axiom, sondern eine Frage der Erfahrung. Es ist aber ein Umling, im Reich die Liberalen zur Gesetzgebung heranziehen zu wollen und in Preußen auf reaktionären Bahnen zu bleiben. Auch in Preußen muß der Liberalismus die Geltung verschaffen werden, die ihm nach seiner Entwicklung, nach seiner wirtschaftlichen und geistigen Bedeutung zukommt.“

Zu sagen, was der Freisinn, der im Reichstage den Liberalismus zurückstieß, im Landtage getan hat, um dem viel geschundenen Liberalismus die Wege zu ebnen, hat Herr Dr. Wiemer wohlweislich unterlassen. Die Krönung der Komödie aber blieb dem Abg. Goldschmidt überlassen, der herausgefunden hat, daß wir den Freisinn nur deshalb angreifen, um zu verhindern, daß ein Teil der Sozialdemokraten zum Freisinn abschwemmt! Schließlich proklamierte Herr Goldschmidt als freisinnige Parole für den Wahlkampf: „Gegen die Sozialdemokratie, aber für die Arbeiterschaft!“

Das sagt derselbe Freisinn, gegen den die Hirsch-Dandertaner wegen seiner Haltung beim Vereinsgesetz Front gemacht haben. Nicht wegen der sozialdemokratischen, sondern so ziemlich die gesamte Arbeiterschaft will das Reichstagswahlrecht für Preußen. Und für diese Arbeiterschaft tritt der Freisinn in der Weise ein, daß er liberale und nationalliberale Gegner der Uebertragung des Reichstagswahlrechts in den Landtag wählt! Der Freisinn fördert also nicht einmal die Interessen der nicht-sozialdemokratischen Arbeiter und sucht diese schmachvolle Haltung damit zu rechtfertigen, daß er den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen habe.

Die Wahlparole für die Landtagswahlen sollte das Wahlrecht sein, und auf diesem Gebiete treffen die Forderungen der gesamten Arbeiterschaft zusammen! Wenn der Freisinn den Wahlkampf ausschließlich gegen die Sozialdemokratie führt, so beweist er damit bloß, daß er das Wahlrecht nur als den Räder ansieht, mit dem er Dumme zu fangen hofft. Wer ernstlich das Reichstagswahlrecht für Preußen will, der muß für die sozialdemokratischen Kandidaten eintreten! —

Nationalliberale und geheime Wahl.

Auf dem nationalliberalen Parteitag für Westfalen, der am Sonntag in Dortmund versammelt war, behandelte der Abg. Schmieding auch die Stellung der Nationalliberalen zur Wahlrechtsfrage. Nach den übereinstimmenden Berichten der bürgerlichen Presse meinte Herr Schmieding,

„daß eine Aenderung nicht länger hinauszuschieben sei und auch im Interesse der konservativen Partei liege, die einer Befestigung ihrer alten Stützen bedürfe. Ohne eine starke konservative Partei habe Preußen keinen Bestand. Er erklärte sich auch gegen ein Pluralwahlrecht und für die Uebertragung des Stadtverordnetenwahlrechts auf Preußen. Vor allem aber bekannte er sich als Anhänger der öffentlichen Abstimmung.“

Ganz entsetzt ob dieser Offenheit beeilten sich Abg. Westermann und Oberbürgermeister Gaarmann-Witten, zu konstatieren, daß Abg. Schmieding bloß für seine Person gesprochen habe; die nationalliberale Partei wünsche die geheime Wahl.

Richtig ist, daß die Nationalliberalen sich für die geheime Wahl erklärt haben, aber unter der Voraussetzung eines Pluralwahlrechts. Trotz seiner Abneigung gegen die geheime Wahl bleibt Herr Schmieding nationalliberaler Kandidat und wird sicher auch gewählt. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß die nationalliberale Partei ziemlich viele Schmiedings in ihren Reihen zählt! —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Mai 1908.

Zu viel der Aufmerksamkeit!

Das freisinnig-bolschewistische Zeitungsgeschwister Verlinde, die „Freisinnige Zeitung“ und die „Königlich Privilegierte Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen“, bekannter unter dem Namen „Vossische Zeitung“, wehklagen heute in einem auf den gleichen Ton gestimmten melancholischen Kanfuss darüber, daß der „Vorwärts“ sich allzuviel mit dem Freisinn beschäftigt. Die „Vossische Zeitung“ wähnt, daß der „Vorwärts“ sich sechsmal in der Woche über den Freisinn entäußert, „nur sechsmal“, weil er nicht häufiger erscheine. Die „Vossische Zeitung“ erscheint zwölfmal in der Woche; sie könnte und also unsere Aufmerksamkeit mit 100 Proz. Zinsen zurückgeben, wenn sie nur ein besseres Gewissen und ein wenig mehr Gripps hätte!

Keinisch empfunden hat sie die Darlegungen unseres letzten Leitartikels. Wir hatten da die Wahlrechtskampfs-Verheißungen des Freisinn im vorigen Sommer mit dem schmachvollen Wahlrechtsuhhandel des Freisinn verglichen, den er jetzt mit den erbittertesten Feinden einer Wahlreform pflegt. Jemand etwas Sachliches gegen unsere Darlegungen weiß die „Vossische Zeitung“ nicht vorzubringen. Sie leistet sich nur den kindischen Scherz, der Sozialdemokratie Kandidatjäger vorzuwerfen! Das riskiert ein Organ derjenigen Partei, die mit Konservativen und Nationalliberalen allerorten Wahlbündnisse abschließt, um nur ja ein Mandat zu ergattern!

Ebenso unüberdrehlich humoristisch wirkt die „Freisinnige Zeitung“, wenn sie dem „Vorwärts“ vorwirft, daß er durch seine Bekämpfung der freisinnigen Verdrähteraktion und des schändlichen Schadergeschäfts, das der Freisinn mit allen notorischen Wahlrechtsfeinden vor den Toren Berlins und allenthalben draußen im Lande abschließt, sich „immer besser als Schutztruppe der Reaktion entwickle“. Wir sollten meinen, daß derjenige

reaktionäre Schutztruppendienste leistet, die mit ihr Wahl- schacher geschäfte abschließt, nicht aber derjenige, der diesen schmachvollen Schacher brandmarkt.

Wie übrigens wirklich freisinnige die reaktionären Schutztruppendienste des Blodfreisinnigen beurteilen, beweist folgende Notiz der linksliberalen „Berliner Volkszeitung“:

Noch ein Freisinnstülein à la Barnim.

Aus Hamm schreibt man uns: Die bekannt, hat die Freisinnige Volkspartei in Westfalen mit den Nationalliberalen ein Bündnis für die Landtagswahl abgeschlossen. Hiernach unterstützen die Volksparteier unter anderem den nationalliberalen Kandidaten im Wahlkreis Hamm-Sooest. Nun sind aber die Hamm-Sooester Nationalliberalen seit 1903 mit den Konserwativen und dem Bund der Landwirte kartelliert, denen das zweite Mandat des Kreises zugesprochen ist. In schöner Harmonie mit dem französischen Parte: „Die Freunde meiner Freunde sind auch meine Freunde“ hat die Freisinnige Volkspartei sich nun den Nationalliberalen gegenüber verpflichtet, keinen Gegenkandidaten des hochkonservativen Landrats Schulze-Pestum zu unterstützen! Dafür haben die Nationalliberalen versprochen, vor künftigen Kompromissen sich mit der Volkspartei „ins Benehmen zu legen“. Anfang März kündigte die Volkspartei mit viel Getöse den Kampf gegen den Konserwativen an, nach sechs Wochen sichert sie seine Wahl durch Stimmenthaltung; das ist der freisinnig-volksparteiliche Walrechts „Kampf“ in Hamm-Sooest! Im Wahlausruf der Freisinnigen Volkspartei aber steht nach wie vor das unter den obwaltenden Verhältnissen durch und durch verlogene Wort: „Das Ziel des Kampfes ist die Befreiung der konserwativ-kerikalen Mehrheit.“

Windthorst als Gegner des Reichstagswahlrechts.

Die kerikale Presse fährt fort, als Beweis dafür, daß seit jeher das Zentrum für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eingetreten ist, sich auf den von Windthorst im Jahre 1873 gestellten Wahlreformvorschlag zu berufen. Wir haben bereits wiederholt (zuletzt im Leitartikel der Nummer vom 8. Mai d. J.) nachgewiesen, daß dieser Antrag nicht aus dem Grunde gestellt wurde, um den Arbeitern eine Vertretung ihrer Interessen im preussischen Abgeordnetenhaus zu sichern oder die Demokratie zu stärken, sondern umgekehrt um die reaktionären Schichten des Kleinbürgertums gegen die liberale Bourgeoisie auszuspielen, wie denn auch Windthorst selbst seinen Antrag damit begründete, daß er ausführe, die Angehörigen der dritten Wählerklasse in Preußen wären im großen und ganzen weit konserwativer als die destruktive Bourgeoisie, die von den Ideen des modernen Staates am meisten angegriffen sei.

Aber noch bei einer anderen Gelegenheit hat sich Windthorst öffentlich über das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ausgesprochen, nämlich 1867 im konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes. Er sagte dort:

„Wahlen und Wahlsysteme kann man in abstracto nicht begründen, das sind so recht eigentlich Gegenstände der Erfahrung und im wesentlichen nur nach den Resultaten der Erfahrung lassen sich dieselben beurteilen; wenn wir aber die Erfahrungen, die mit dem allgemeinen Wahlrecht gemacht worden sind, zu Rate ziehen, dann, glaube ich, sind wir wohl zu einigem Nachdenken aufgefordert. Ich glaube nicht, daß es ratsam sein kann, einem aus direkten allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Volkshaus die Monarchie ohne weitere Ausgleichung, ohne Vermittlung, ohne Schutz gegenüberzustellen.“ ... „Ohne Aristokratie in ständlicher Befassung ist weder das monarchische Prinzip dauernd aufrecht zu erhalten, noch ist die Gemeinlichkeit ohne Aristokratie aufrecht zu erhalten.“

Wiesleigt hält die Zentrumspreffe auch diese Äußerungen für eine Erklärung Windthorsts zugunsten des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Ein Genie.

Zweifellos ist der Chefredakteur der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ Dr. Paul Liman ein Genie. Gaben doch die verschiedensten Anlässe gezeigt, daß er die Fähigkeit besitzt, in einer Sache je nach den Umständen auch mehrere Meinungen zu haben. So bekam er es fertig, als armer Poet in der „Deutschen Tageszeitung“ das Gegenteil von dem zu schreiben, was er als Dr. Paul Liman in der „Londoner Finanzchronik“ schrieb. Aber nicht nur auf dem Felde der Journalistik erntete er Lorbeeren, sondern auch als Zeuge in den Hardenprozessen klang bei ihm manches anders, als er es vordem seinem Spezi Harden zugeraunt hatte. In neuester Zeit hat der geniale Scheiffsteller eine neue Eigenart in sich entdeckt, die überhaupt keine Meinung zu haben. Diese neu entdeckte Fähigkeit betätigt er, indem er in einzigartiger Weise nachempfindet.

Unser Bruderblatt, die „Leipziger Volkszeitung“, druckt in ihrer letzten Nummer einen von Liman in den „N. N.“ nachempfundene Leitartikel ab und stellt ihn den von Herrn Heimrich Friedjung, einem Wiener Historiker, in seinem Werke: „Oesterreich von 1848—1860“ niedergelegten Urteyl gegenüber.

Diese Gegenüberstellung sieht so aus:

Aus dem Leitartikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom Donnerstag, 7. Mai 1906. Ohne Quellenangabe.

Der tüchtige praktische Unterricht in allen Waffengattungen, der den Erzherzog vom dreizehnten Jahre ab erhielt, legte den Grund zu der vom Kaiser stets bewiesenen militärischen Sachkenntnis. Ueberblickt man die Verhältnisse, so erhält man den Eindruck, daß zwei Weltanschauungen sozusagen um die Seele des künftigen Herrschers kämpften. Metternich, Wombelles und der Abt Rauscher suchten ihn für ihr politisch-kirchliches System zu gewinnen, während die Beamten und Soldaten, die ihn in verwaltungstechnischen und militärischen Fragen unterwiesen, ihn zur Würdigung moderner Lebensverhältnisse anleiteten. Anhänger der liberalen Doktrin waren auch sie nicht.

Wie in dieser Einleitung, nachempfindet Liman auch in den übrigen Teilen seines Werkes den Urteyl in so vorzüglicher Weise, daß man die beiden Artikel für Brüllingsbrüder halten könnte.

Fürwahr, ein Genie, der Chefredakteur der „Leipziger Neuesten Nachrichten“.

Die Wahlproteste gemacht werden.

Die vereinigten bürgerlichen Parteien Lübeds haben bekanntlich gegen die Gültigkeit der Wahl unseres Genossen Th. Schwarz,

der am 26. Januar 1907 mit einer Mehrheit von 285 Stimmen siegte, protestiert und der Reichstag hat denn auch am letzten Mittwoch beschloffen, Beweis zu erheben, obwohl die Kommission einstimmig die Gültigkeitserklärung beantragt hatte. Es war eben kräftig hinter den Kulissen gearbeitet worden. In dem Wahlprotest werden die ungeheuerlichsten Beschuldigungen gegen die Sozialdemokratie erhoben; so wird behauptet, daß seitens der sozialdemokratischen Partei systematisch Wahlfälschungen veranlaßt seien. Frecher, wie hier, ist der Reichstag wohl noch niemals beschwindelt worden. In dem Protest werden hauptsächlich Holzarbeiter, die während und vor der Wahlzeit ausfindig waren, namhaft gemacht und der Wahlfälschung beschuldigt. Von sozialdemokratischer Seite ist daraufhin bei den genannten Leuten, soweit sie noch in Lübed ansässig sind, eine Umfrage veranstaltet worden, welche ergeben hat, daß wohl eine Anzahl der im Wahlprotest verdächtigten Leute zeitweilig von Lübed abwesend war und an anderen Orten arbeitete, daß sie jedoch alle ordnungsmäßig in den Wählerlisten verzeichnet standen, daß ihre Familien in Lübed wohnten und daß jeder selbst gewählt hat. Es ist wichtig, dieses festzustellen, weil die Reichsberandspresse schon jetzt vom Lübeder Wahlschaubergwerk und die Sozialdemokratie mit dem Hinweis auf den Protestschwindel zu verleumden sucht.

Nicht uninteressant und für die ganze Protestmasse bezeichnend ist es, daß man beispielsweise von Leuten behauptet, sie hätten zu Unrecht gewählt, von denen man genau wußte, daß das nicht der Fall war. So wird von einem Schuhmacher behauptet, er hätte sein Wahlrecht ausgeübt, obwohl er Armenunterstützung bezogen hätte. Dieser Schuhmacher hat sich nun sofort, als er von der Verdächtigung Kenntnis erhielt, von der zuständigen Armenverwaltung befähigen lassen, daß weder er noch seine Angehörigen Armenunterstützung beansprucht oder erhalten haben. Dann hat er sich zu dem Zentralwahlkomitee der vereinigten bürgerlichen Parteien begeben und angefragt, wie man dazu gekommen sei, ihn als Armenunterstützungsempfänger zu bezeichnen. Die Wahlprotestmacher wurden darauf ganz kleinlaut und erklärten, es läge ein Versehen vor; der Name wäre schon im Protest gestrichen. Der Schuhmacher überzeugte sich davon, daß das tatsächlich der Fall war und ging beruhigt von hinnen. Das war noch vor der Abhaltung des Wahlprotestes. Im Wahlprotest wurde später jedoch wieder behauptet, der Schuhmacher habe zu Unrecht gewählt. Man ist also nicht nur leichtfertig, sondern geradezu gewissenlos vorgegangen! Das beweist auch die Tatsache, daß ein Arbeiter der Wahlfälschung resp. Doppelwahl bezichtigt wurde, nur weil er den gleichen Familiennamen wie ein anderer Mann, der gleich ihm gewählt hatte, führte. Die polizeilichen Ermittlungen, welche bisher auf Grund der Behauptungen des Wahlprotestes vorgenommen worden sind, haben gegen die bezeichneten Personen nichts ergeben! Der ganze Wahlprotest erweckt den Anschein, als ob man es mit einer schlaun ausgeübten Arbeit des Reichslügenverbandes zu tun habe!

Gegen die Verpreufung.

Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten hessischen Kammer hat am Montag dem Präsidium einen dringlichen Antrag in bezug auf die Handhabung des am Freitag in Kraft tretenden Reichsvereinsgesetzes zugehen lassen. Der Antrag lautet:

Die Kammer wolle beschließen: Die Großherzogliche Regierung zu ersuchen, den Ständen als bald den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Reichsvereinsgesetz zugehen zu lassen, durch welches die Vereins- und Versammlungsfreiheiten unseres Landes im Sinne der Erklärungen Sr. Erzengel des Herrn Staatsministers Erwald vom 13. Dezember 1907 dem Volke erhalten bleiben.

Das wird freilich die Blodfreisinnigen nicht abhalten, Freudenprünge über das mit ihrer Hilfe gewollene „freiheitliche“ Vereinsgesetz zu machen.

Oesterreich.

Die Wasserstraßen.

Wien, 11. Mai. Abgeordnetenhause. In der heutigen Sitzung wurden die restlichen Kapitel des Budgets erledigt, darunter auch das Kapitel über den Bau von Wasserstraßen. Handelsminister Fiedler betonte, mangels vorliegender Detailprojekte habe man beim Beschluß des Wasserstraßengesetzes im Jahre 1901 kein richtiges Bild über den Gesamtumfang der Kosten der darin enthaltenen Arbeiten gehabt. Angesichts der außerordentlichen Mehrerfordernisse könne die Regierung an die Durchführung des Wasserstraßengesetzes um so weniger herantreten, als im Jahre 1912 nach Erschöpfung der bewilligten Mittel neuerdings auch an die Landtage herantreten werden müsse. Für die Regierung bilde dieses Gesetz allerdings eine bindende Richtschnur, in solange keine Abänderung desselben von der Legislative beschlossen werde. Es sei notwendig, die Durchführung in richtige Bahnen zu lenken und zwar glaube der Minister, daß zunächst die Elbregulierung sowie die Kanalisierung vollendet und der Donau-Ober-Weichsellanal gebaut, endlich die Moldauregulierung und Kanalisierung festgesetzt werden müsse. Erst nachher kämen die übrigen Arbeiten. Sobald die Erhebungen durch Sachverständige über den Donau-Weichsellanal beendet und das Votum des Wasserstraßenbeirats eingeholt sein werde, werde die Regierung mit einer Vorlage an das Haus treten. Das Haus nahm schließlich das Finanzgesetz pro 1908 an, womit das Budget erledigt ist.

Der Studentenstreik.

Wien, 11. Mai. Der Rektor der hiesigen Universität Ebner erklärte heute den Vertretern der Wiener Studentenschaft, die Studentenschaft möge versichert sein, daß wenn eine außerhalb der Universität stehende Macht in seinem Lehramt wegen seiner religiösen, wissenschaftlichen oder politischen Ueberzeugung hindern würde, die Professoren die ersten sein würden, die dagegen protestieren würden. Von dieser Erklärung des Rektors werden auf Wunsch der Studenten auch die anderen Universitäten verständigt und es besteht die Hoffnung, daß diese Zusicherung die Wiener Studenten vom Auskande abhalten wird.

Ein ungarischer Herrenhändler.

Budapest, 12. Mai. Die Polizei stellte fest, daß das bisherige Mitglied des ungarischen Magnatenhauses Baron Valentin Uray auf Grund von ihm selbst gefälschter Steuerauszüge die Mitgliedschaft des Magnatenhauses erlangte. Uray, der angeblich aus Eitelkeit handelte, wird der Dokumentenfälschung angeklagt.

Schweiz.

Sozialdemokratische Siege.

Basel, 11. Mai. (Eig. Ber.) Wie bereits telegraphisch berichtet, hat unsere Partei am Sonntag einen Sieg errungen, der die Genossen im ganzen Lande freuen und begeistern und zu vermehrer neuer Agitations- und Organisationsarbeit anspornen wird, und der besonders unter den hiesigen Genossen Jubel und Begeisterung hervorrief. Mit 6000 Stimmen bei einem absoluten Mehr von 6120

Stimmen wurde unser Genosse Wulfschlegler, der nur auf den Listen der sozialdemokratischen und der katholischen Partei stand, nicht aber auf jenen der beiden großen bürgerlichen Parteien, der Freisinnigen und Liberalen (Konserwativen), wiedergewählt. Es war eine Konzeption derselben an die Unternehmerkammer in ihren Reihen, den gebührend sozialdemokratischen Regierungsrat Wulfschlegler nicht auf ihre Liste zu nehmen. Und nun erhielten die 6 bürgerlichen Regierungsräte 7078 bis 7471, der mit der höchsten Stimmenzahl gewählte und auf drei bürgerlichen Listen gestandene nur um 605 Stimmen mehr als unser Genosse, ein schöner Erfolg für unsere Partei. Dazu kommt noch die Wahl von 43 sozialdemokratischen Vertretern in den Großen Rat, um 5 mehr als 1905, die einen erfreulichen Fortschritt bedeutet. Auch die katholische Partei hat mit ihren 17 Vertretern einen Zuwachs um 7 erfahren, während die Freisinnigen 11 und die Liberalen 3 Sitze verloren haben. Der Große Rat zählt 130 Mitglieder, die sich nun so verteilen: 43 Sozialdemokraten, 41 Freisinnige, 28 Liberale, 17 Katholiken und 1 Wilder. Unsere Partei hat demnach die stärkste Fraktion im neuen Parlament.

Die gestrigen Wahlerfolge haben die Niederlagen unserer Partei in den letzten Jahren vollständig wieder ausgeglichen und ihr Ansehen sowie ihren Einfluß im öffentlichen Leben bedeutend erhöht. Solothurn, 11. Mai. (Eig. Ber.) Unsere Partei hat bei den gestrigen Erneuerungswahlen einen überraschenden Erfolg erzielt. Sie hat bei der nach dem Proporz festgesetzten Wahl des Kantonsrates 23 Sitze erobert und damit 11 zu den bisherigen 12 gewonnen. Der neue Kantonsrat setzt sich zusammen aus 68 Freisinnigen, 84 Katholiken und 23 Sozialdemokraten. Die Freisinnigen verloren 8 und die Katholiken 8 Sitze. Es geht vorwärts!

Italien.

Schnelzug nach — preussischen Zuständen.

Rom, den 10. Mai. Das Organ der Grundbesitzer von Parma weiß sich vor Freude nicht zu lassen, weil ein gewisser Dr. Blaum, Richterstatler der „Deutschen Tageszeitung“, erklärt hat, die deutschen Agrarier würden die Gutbesitzer von Parma mit Geldmitteln unterstützen. Der edle Journalist, der über die Geldmittel seiner Arbeitgeber freigeigig verfügt, hat hinzugefügt, daß die deutsche Regierung Landarbeiterorganisationen überhaupt nicht gestatte, im Interesse der Grundbesitzer, und das sei gut so. Den hiesigen Grundbesitzern läuft das Wasser im Munde zusammen: wenn man doch mit den Spenden agrarischer Solidarität solch ein Gesehchen aus Preußen importieren könnte! Die Besizer der Provinz Parma, die dieser Lage dabei erlapp wurden, wie sie von einem Automobil Glasscherben austreten für die nackten Füße der Landarbeiter, würden sich mit den preussischen Junkern gewiß gut verstehen.

Ein blutiger Zusammenstoß.

Milano, 12. Mai. In Arsico und Cremona kam es nachts zwischen Bauern und Gendarmen zu einem förmlichen Kampfe. Die Gendarmen machten von der Waffe Gebrauch, wobei drei Bauern getötet und mehrere verwundet wurden.

England.

Die mazedonischen Reformen.

London, 11. Mai. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat die englische von der russischen Regierung deren Antwort auf die von Sir Edward Grey am 4. April abgegebene Note erhalten. Die Antwort enthält einen Plan für die auf der Verschmelzung gewisser, vorher von der englischen und der russischen Regierung vorgeschlagenen Punkte beruhenden mazedonischen Reformen. Sie hat keinen endgültigen Charakter und die Erörterungen zwischen den beiden Regierungen werden fortgesetzt.

Frühe Universitäten.

London, 11. Mai. Unterhause. Das Haus nahm die zweckmäßige Besetzung der Stellen der Regierungsjuristen neuer Universitäten in Irland beschloß mit 302 gegen 88 Stimmen an.

Rußland.

Die innere Politik.

Petersburg, 12. Mai. Die Reichsduma verhandelte heute über den Etat des Ministeriums des Innern. Die Redner des Zentrums und der Opposition erklärten: der neutralen Regierung und den örtlichen Regierungen fehle eine einheitliche Politik. Das Zentrum will die Verhängung des Kriegszustandes nur in besonderen Fällen zulassen. Die Opposition glaubt, der Kriegszustand wirke auf die örtlichen Regierungsorgane demokratisierend ein, der Kriegszustand sei in Rußland Verwaltungssystem geworden. Die Redner der Rechten hoffen auf eine konsequente, nationale Politik der Regierung, besonders in den Grenzgebieten.

Der polnische Abgeordnete Dmowski unterzog die Tätigkeit des Ministeriums des Innern in Polen einer Kritik, namentlich hinsichtlich der Bekämpfung der polnischen Nationalität. Dieser Kampf habe mit einem völligen Mißerfolge geendet. Abgeordneter Jurischewitsch von der extremen Rechten meinte demgegenüber, die Regierung sei leider nicht stark genug, den Bestrebungen auf Absonderung Polens entgegenzutreten. Sie müsse sich hierin an der Kraft der deutschen Regierung ein Beispiel nehmen.

Megelei in einem Gefängnis.

Jekaterinoslaw, 12. Mai. Heute nachmittags 1/2 Uhr wurde aus dem Gouvernemente Gefängnis eine Bombe von großer Sprengkraft gegen den Dienstraum der berittenen Wache geschleudert. Sie beschädigte die Mauer und zerschmetterte die Fenster der benachbarten Häuser. Gleichzeitig verlusten Gefangene über die Mauer zu flüchten. Durch Schüsse der Wache wurden zehn der flüchtigen getötet; ebenso wurden im Innern des Gefängnisses einige Gefangene getötet und verwundet. Ein Gefängniswärter wurde verwundet.

Gefängnisgrenel.

Aus Saratow wird berichtet, daß 20 politische Gefangene (Frauen) sich schon den zweiten Monat in verstärkter Haft befinden (d. h. in einer leeren Kammer bei Wasser und Brot, ohne Betten, Bücher, Schreibzeug, Arzneien, Handarbeit usw.), weil sie sich weigerten, bei der täglichen Kontrolle aufzutreten. Hierzu schreibt eine Gefangene: „Der zweite Monat der Kerkerhaft ist nun angebrochen; man trifft Vorkehrungen, einen dunkeln Kerker herzustellen; man will auch das versuchen.“

Aus Samara brachte der Telegraph die Nachricht, daß 128 „politische“ und 500 Kriminalgefangene den Hungerstreik begonnen haben, weil der neuernannte Gefängnisdirektor daß Regime ungeheuer verschärft hat. In Kishineu sind vor einigen Tagen Gefängnisunruhen ausgebrochen, weil 30 politische Gefangene die gegen die Typhusepidemie getroffenen Maßnahmen für ungenügend erklärten. Das Resultat war die Requirierung von Polizei und Militär. Die Gefangenen haben den Hungerstreik erklärt. Ganz unglückliche Zustände herrschen in den Gefängnissen in geandertlicher Beziehung. Die Ueberfüllung der Zellen und die elende Beköstigung (7 Kop. pro Tag, von denen die Hälfte von der Administration gestohlen wird) führen zu Typhusepidemien, die zahlreiche Gefangene dahinstreifen. In Jekissawetgrad griff die im Gefängnis ausgebrochene Typhusepidemie auf die Bevölkerung über und droht das gesamte Leben in der Stadt lahmzulegen. In Kiew ist fast die Hälfte aller Gefangenen erkrankt. Im Zagareit befinden sich mehr als 500 Typhuskranken. Während des letzten Monats starben in Kiew an Typhus etwa 200 Personen! Und die Regierung? Sie rührt keinen Finger, denn der Typhus „arbeitet“ sicherer und schneller als alle Kriegsgerichte...

Perfien.

Eine russische Intervention.

Tiflis, 12. Mai. Einer Meldung des Blattes „Kavkas“ zufolge wurden umweit von der russischen Grenze durch die von dem persischen Untertanen Khan Rahnabadi organisierten Anführer, die gegen die russischen Untertanen Gewalttaten verübten, ein Rittmeister und mehrere Grenzwachsoldaten getötet und einige Soldaten verwundet. Um dem Treiben ein Ende zu machen, sandte der Oberkommandierende eine Abteilung unter dem Befehle des Generals Snarsky ab, um die Anführer unterzujagen zum Verlassen des russischen Territoriums aufzufordern und von den Häuptern der Grenzstämme Schadenersatz zu verlangen. Falls er Widerstand finden sollte, hat General Snarsky den Auftrag, die friedlichen Einwohner zu schonen, gegen die Räuber an der persischen Grenze aber streng vorzugehen.

China.

Annektion Tibets.

London, 12. Mai. China beabsichtigt, die Verwaltung Tibets zu reorganisieren, um das Land allmählich in eine chinesische Provinz zu verwandeln.

Marokko.

Vor Fez.

Tanger, 12. Mai. Die Nachrichten aus dem Lager Ben-Vagdadis besagen, befindet sich dessen Mahalla nur zwei Tage-märsche von Fez entfernt. Die marokkanische Regierung erteilte dem Führer der Mahalla El-Aser den Befehl, sich mit der Mahalla Ben-Vagdadis zu vereinigen. — Aus Fez wird vom 6. d. M. berichtet, daß mehrere Notabeln Mulay Hafid entgegengegangen sind; dieser soll sich in Fennour befinden. Die Notabeln sind seit 48 Stunden abwesend und noch nicht zurückgekehrt.

An der algerischen Grenze.

Paris, 11. Mai. General Vigny hat telegraphiert, daß seine Kolonne am 4. Mai mehrere Dörfer bombardiert habe, die Mitteilungen an jene Dörfer hatten gelangen lassen, die das französische Lager bei Mchabha überfallen hat. Die Bewohner der Dörfer zogen sich, nachdem sie nur geringen Widerstand geleistet hatten, in die Berge zurück. Ein eingeborener Schälge wurde leicht verletzt. Alle Dörfer im Tal der Ued Wissa haben sich unterworfen.

Amerika.

Roosevelt für die Korporationen.

Washington, 11. Mai. In einer Ansprache an den Ausschuss des Vereins für nationale Wohlfahrt in St. Louis sagte Präsident Roosevelt: Wenn wir nicht zu einem Zustande zurückkehren dürfen, der das Unrecht duldet, so dürfen wir uns doch auch nicht von denen irreführen lassen, die uns in einen phantastischen Anekdote gegen alle Korporationen und alle Arten der Geschäftsführung verwickeln wollen. Denn es ist ebensoviel unsere Pflicht, die wahren Rechte des Eigentums, wie die wahren Rechte der Arbeit zu schützen.

An die Parteiorganisationen und Gewerkschaftskartelle Deutschlands.

Am 15. Mai tritt das Reichsvereinsgesetz und damit die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts für die jugendlichen Arbeiter in Kraft.

Durch dieses veranlaßt, berief der „Verband junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“, welcher sich bisher der Aufgabe gewidmet hatte, die jugendlichen Arbeiter für die politische und gewerkschaftliche Bewegung vorzubereiten, auf den 3. Mai nach Darmstadt eine außerordentliche Generalversammlung ein. Diese beschloß die Auflösung des Verbandes und die Agitation unter der Arbeiterjugend den an allen Orten zu gründenden Komitees zu übertragen. Fast einstimmig gelangte nach einem Referat des Genossen Dr. L. Frank folgende Resolution zur Annahme:

„Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands protestiert mit Entrüstung gegen die durch das Reichsvereinsgesetz beabsichtigte Entrechtung der Arbeiterjugend.“

Damit die Ziele der Jugendorganisationen unter den neuen Verhältnissen erreicht werden, wird beschlossen:

1. Aus über 18 Jahre alten Genossen sind an allen Orten Agitationskomitees für die Jugend zu bilden, die für die Verbreitung der „Jungen Garde“ zu sorgen und in Verbindung mit den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen die Agitation unter der Arbeiterjugend zu betreiben haben.

2. Die bisher bestehenden Ortsvereine sind, wo sie möglich, in unpolitische Bildungsvereine umzuwandeln.

3. Die Agitationskomitees für die Jugend haben dafür einzutreten, daß überall die Gewerkschaftskartelle Lehrlings-Agitationskommissionen bilden.

4. Der bisherige Hauptvorstand hat weiter in Verbindung mit den Agitationskomitees für die Herausgabe der „Jungen Garde“ zu sorgen. Der bisherige Hauptvorstand nimmt den Namen „Zentralkomitee für die Jugendagitation“ an.

5. Das Zentralkomitee hat das Recht, nach freiem Ermessen die „Junge Garde“ und Geldmittel des Verbandes an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abzutreten.“

Die Versammlung war sich dessen bewußt, daß die großen Arbeiterorganisationen mehr leisten können als die jugendlichen bisher mit den ihnen zur Verfügung stehenden bescheidenen Mitteln zu tun vermöchten. Die in der Resolution gefällte Entscheidung fand auch die Zustimmung des Vertreters des Parteivorstandes sowie des Vertreters der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Sache der erwachsenen Arbeiter wird es nunmehr sein, das vom Verband junger Arbeiter und Arbeiterinnen begonnene Werk fortzusetzen und die Agitation unter der arbeitenden Jugend zu fördern suchen. Die Hoffnung der Scharmacher im deutschen Reichstage, durch die im Vereinsgesetz enthaltenen Bestimmungen die Bestrebungen der jugendlichen Arbeiter unterdrücken zu können, muß aufgegeben werden. Dieses kann jedoch nur gelingen, wenn allorts sofort die Agitationskomitees eingesetzt werden, welche die in Absatz 1 und 3 der Resolution bezeichneten Aufgaben zu erfüllen haben. Wir eruchen nunmehr die Parteiorganisationen und Gewerkschaftskartelle, miteinander in Verbindung zu treten, um die Gründung der „Komitees für die Jugendagitation“ in die Wege zu leiten.

Mit Parteigrüß!

Zentralkomitee für die Jugendagitation.

L. A.: Paul Körner, Mannheim.

Sämtliche Parteiblätter werden um Abdruck gebeten

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Musikinstrumentenarbeiter und Meißler.

Eine außerordentliche, gutbesuchte Branchenversammlung der Musikinstrumentenarbeiter des Deutschen Holz- und Metallarbeiterverbandes (Ortsverwaltung Berlin) tagte am Montag in den „Andreas-Festhallen“. Ueber den diesjährigen Verlauf der Meißler in unserem Bezirk referierte Leopold. Die Beteili-

gung der Kollegen an der Meißler 12 gegen das Vorjahr ein wenig zurückgegangen, ohne daß aber dadurch an dem Gesamtbild etwas geändert worden wäre. In einzelnen Betrieben feierten sogar mehr als im vorigen Jahre. Als falsch erwiesen hat sich die Befürchtung mancher Kollegen, daß die Unternehmer diesmal in größerem Umfang, wie sonst, aussperrten würden. Während voriges Jahr 10 Unternehmen 330 Kollegen und Kolleginnen aussperrten, wurden jetzt von 9 Unternehmern 314 ausgesperrt. In den verschiedenen Betrieben war die Aussperrung von verschiedener Dauer: 1 Tag, 2 Tage, 4 Tage, und die Ausgesperrten einer Firma, Schülke und Freund, sind heute noch draußen. Den besten Eindruck hinterließ die Meißler der Mechanikindustrie. Das Verhalten der Kollegen mehrerer Betriebe bei Stellungnahme zur Meißler und am 1. Mai wurde vom Redner, der die Einzelheiten erörterte, scharf gerügt. — In der Diskussion schlossen sich mehrere Redner der Kritik an; einzelne suchten sie zu entkräften. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von der lauen Beteiligung der Kollegen in verschiedenen Betrieben an der Meißler. Sie spricht vor allen Dingen den Verbandskollegen in den Betrieben ihre Mißbilligung aus, wo es nach Lage der Verhältnisse möglich war, zu feiern, aber nicht gefeiert wurde. Die Versammlung erwartet von den Kollegen, daß sie in Zukunft das Interesse der Organisation mehr wahren, als es diesmal der Fall war.“

Die Streiks bei Hedde und bei Neufeld, über deren Verlauf berichtet wurde, sind verloren gegangen. Die Versammlung beschloß, nunmehr auch die bisher noch geltende Sperre über die beiden Firmen aufzuheben.

Bei Schülke und Freund sollten von den Ausgesperrten von der Meißler eine Anzahl nicht wieder in den Betrieb aufgenommen werden. Darauf blieben alle 67 draußen. Sie halten zusammen, einschließlich der beteiligten Richterorganisierten. Im letzteren, die der Verband nicht unterstützt, eine Unterstützung zu sichern, wird eine Listensammlung vorgenommen.

Schiedspruch in der Reiseeffektenindustrie.

Nach den gestrigen, vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts fortgesetzten Verhandlungen zur Beilegung der Streitigkeiten über den neuen Tarif, die nach mehrstündigen Beratungen und wiederholten Versuchen der beiderseitigen Vertreter wiederum ergebnislos verliefen, wurde folgender Schieds-

1. Wöchentliche Arbeitszeit von 53 Stunden.
2. Stundenlohn für gelernte Arbeiter beziehungsweise qualifizierte Hilfsarbeiter von 52½ Pf.
3. Minimallohn für Neueingestellte von 47½ Pf. pro Stunde.
4. Sofortige Erhöhung der Akkordlöhne für die Handpappenlofferarbeiter um 5 Prozent und für alle übrigen Akkordarbeiter um 2½ Prozent. Vom 1. November 1909 eine nochmalige Erhöhung für erstere um 2 Prozent, für die zweiten um 1 Prozent.
5. Sofortiges Inkrafttreten des Vertrages und Gültigkeit bis 1. Mai 1911.

Bis zum 16. Mai, 1 Uhr mittags, müssen beide Parteien ihre Erklärungen dem Einigungsamt überreicht haben, ob der Schiedspruch angenommen ist oder nicht.

Ausgesperrt und mit dem Revolver bedroht.

Seit dem 14. März sind aus nichtigen Gründen die Stodarbeiter von Pfuhl, Kottbuser Ufer 33, ausgesperrt. Als Arbeitstüchtiger ist dort tätig der den Stodarbeitern bekannte Schulle. Dieser Hausweiser arbeitet zu Wöhnen, welche bis zu 25 Proz. reduziert wurden. Als vor einigen Tagen einer der Ausgesperrten nach Schluß des Geschäfts, nachdem er seiner Pflicht als Posten genügt, durch die Reichenberger Straße ging, sprang plötzlich der Schulle aus einem Hausflur mit dem Rufe: „Warum verfolgst Du mich. Wenn man mich belästigt, verteidige ich mich!“ Mit diesen Worten zog er einen Revolver aus der Tasche. Das erlaubte sich Schulle, der nie belästigt worden ist.

Der Schirmfabrikant Ernst Thürmer, welcher sein Schirmgeschäft in Rixdorf, Hermannstr. 155 hat, arbeitete längere Zeit bei Pfuhl, wurde dort ebenfalls mit ausgesperrt und begnügt sich nun als Arbeitswilliger, obwohl ihm angeboten wurde, ihm sofort in einem anderen Betriebe lohnende Stellung zu vermitteln. Nachdem die Leitung der Stodarbeiter hiervon Kenntnis erhielt, ist die Stundschafft des Thürmer durch Flugblatt von dieser seiner Tätigkeit unterrichtet worden. Nebenbei hat er schon früher immer versucht, seine Kollegen in ihren Bestrebungen auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu hindern. Nachdem dieses Flugblatt verbreitet ist, der daselbst verantwortliche Zeichner von der Rixdorfer Polizei vorgeladen und wurde demselben angedroht, er solle wegen öffentlicher Verbreitung des Flugblattes zur Verantwortung gezogen werden. Strafandrohung 150 M. oder sechs Wochen Haft und wegen Berufserklärung aus § 163 der Gewerbeordnung, ob der Revolverheld auch vorgeladen wurde, wissen wir nicht.

Neue Verträge für das Zimmerergewerbe.

Als Resultat der jüngsten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber der östlichen Bezirke und den Vertretern der dortigen Verbandsabteilungen des Zentralverbandes der Zimmerer sind folgende Vereinbarungen bekannt gemacht worden:

In den Ortshäusern Tegel, Forstwald, Wittenau, Wilhelmstrub, Rosenhal, Rordend, Schlachtensee, Nikolasee und Zeltow tritt derselbe Stundenlohn in Kraft wie in Berlin, nämlich 75 Pf.

In den Ortshäusern Johannisthal, Karlshorst, Ober- und Nieder-Schöneweide beträgt der Stundenlohn bis 31. März 1909 72½ Pf. und vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 75 Pf.

In den Ortshäusern Adlershof, Alt-Glienide, Wöhndorf, Budow, Cöpenick, Friedrichshagen, Grünau, Rudow, Wiesdorf, Mahlsdorf, Kaulsdorf und Kieckmal beträgt der Stundenlohn bis 31. März 1909 70 Pf., vom 1. April 1909 bis 31. Dezember 1909 72½ Pf. und vom 1. Januar 1910 bis 31. März 1910 75 Pf.

Die Verhandlungen fanden in den Geschäftsräumen des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten statt. Die Verträge — auch für Berlin — sollen heute, Mittwoch, unterzeichnet werden. Eine kleine Differenz besteht noch zwischen den Parteien in bezug auf den Zeitpunkt, wenn die Verträge in Kraft treten sollen. Den Verbandsmitgliedern wird darüber noch eine genaue Mitteilung gehen. — Für die Bezirke gilt im übrigen alles so, wie es im Berliner Verträge festgelegt ist.

In der Bauholzhandlung von Franke in Gr.-Vichtersfelde sind die Arbeiter, wegen Lohnreduzierung von 80 auf 45 Pf. pro Stunde, am Montag einmütig in einen Abwehrstreik eingetreten. In Frage kommen 10 Mann, von denen 7 dem Transportarbeiterverband und 3 dem Hafnarbeiterverband angehören. Es haben noch am Montag Verhandlungen mit dem Unternehmer, unter Hinzuziehung von Vertretern der beiden Organisationen, stattgefunden, in der ersterer sich bereit erklärte, die Lohnreduzierung von 15 auf 5 Pf. pro Stunde herabzusetzen. Daraufhin wäre eine Einigung erzielt worden, wenn sich die Firma nicht den Vorbehalt ausbedungen hätte, etwa neuereinstretenden Arbeitern den Lohn ganz nach Belieben zahlen zu dürfen, d. h. 40 und 45 Pf. pro Stunde. Auch bezieht sich die Firma vor, Arbeiten, welche im Akkord gemacht werden, nicht wie bisher nach bestimmten Sätzen, sondern nach Belieben zahlen zu dürfen. Dieses Ansuchen lehnten die Arbeiter selbstverständlich ab.

Wir eruchen alle Berufscollegen, auf diese Bewegung zu achten und jeden Zugzug fernzuhalten. Kein Arbeiter darf bei Franke in Arbeit treten, bevor die vorerwähnten Differenzen nicht beigelegt sind.

Die Bezirksleitung Groß-Berlin des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Achtung, Schuhmacher! In Paris steht die Schuhmacherfünftlicher Mahgeschäfte im Streik. Wir warnen daher unsere Kollegen dorthin zu reisen, resp. sich dahin anwerben zu lassen. — Der Streik bei der Firma Krause, hier, Weinbergsweg 2, dauert unverändert fort. Die Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zu den Differenzen im Hamburger Baugewerbe.

Die „Vereinigung der am Bau beteiligten Vereine, Innungen und Betriebe“ hat bekanntlich die allgemeine Aussperrung im Baugewerbe zum 13. Mai für den Fall angedroht, daß die Differenzen mit den Stein-, Maurer-, Bauhilfsarbeitern und Bloch- und Kollwagenfuhrern bis dahin nicht beseitigt würden. In den letzten Tagen haben Verhandlungen zwischen der „Vereinigung“ und den Zentralvorständen der Bauerverbände: Bömelburg, Schrader und Behrendt stattgefunden, deren Ergebnis aus einer friedlichen Beilegung des Konflikts schließen läßt.

Die von der Aussperrung bedrohten Verbände (Maurer, Zimmerer, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Maler, Stukkateure) haben an die „Vereinigung“ ein Schreiben gerichtet, in dem es unter anderem heißt, daß sie wieder auf den Beginn noch auf die Entwicklung der Differenzen der nicht zu ihnen gehörenden Branchen irgendwelchen Einfluß ausgeübt hätten. Es erscheine ihnen daher auch ganz ungeheuerlich, daß die für ihre Verbände in Frage kommenden Arbeitergruppen in die vorliegenden Konflikte mit hineinbezogen werden sollen. Wohin sollte es führen, wenn wegen keiner Differenzen jedesmal große Massenstreiks in Aussicht wären? Wir vertreten die Ansicht, daß es richtiger ist, wenn vorliegende Differenzen durch gegenseitige Verhandlungen auf gütlichem Wege erledigt werden. In diesem Sinne haben wir im Interesse des Friedens, seit uns Ihre Entscheidung bekannt ist, gewirkt. Wie es den Anschein hat, auch nicht ohne Erfolg.“

Die „Vereinigung“ hat am Dienstagmittags aus der Frage der Aussperrung Stellung genommen.

Berechtigte christliche Interessen.

Der christliche Arbeitersekretär Peter Geier in Augsburg hat in einer christlichen Versammlung behauptet, der „sozialdemokratische“ Beamte des Textilarbeiterverbandes Brüggemann habe sich von Unternehmern abstimmen lassen. Brüggemann erhob Klage. Die Gerichtsvorhandlung erbrachte den Beweis, daß der Sekretär der Christen elend geschwindelt hat. Der Geier wurde zu einer größeren Geldstrafe verurteilt. Er erhob Berufung. Die zweite Instanz sprach den Christenmann frei, aber nicht deswegen, weil er unschuldig sei, sondern man billigte ihm den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zu. — Unter Verschweigung dieses sehr wichtigen Umstandes schreibt nun der brave Christenmann in christlichen Blättern in die Welt hinaus, daß der „sozialdemokratische“ Gewerkschaftsbeamte Brüggemann mit seiner Klage abgefahren“ sei, womit der Eindruck erweckt werden soll, als habe der Christenmann für seinen Schwindel den Wahrheitsbeweis erbracht.

Verfammlungen.

Der Zentralverband der Fleischer hielt am Mittwoch seine Quartalsversammlung ab. Genosse Schneider vom Baderverband hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die Gewerkschaften und die preußischen Landtagswahlen“. Die Anwesenden wurden aufgefordert, von ihrem Wahlrecht ausgiebigen Gebrauch zu machen und ihre Stimme einem wirklichen Volksvertreter, einem Sozialdemokraten, zu geben. Sollte der eine oder andere Arbeitgeber deshalb eine Gesellen entlassen, so ist es Pflicht des Gemahregenen, dies dem Bureau sofort zu melden, damit auch die Arbeiterschaft mit diesem Herrn noch ein ernstes Wort reden kann. — Die Abrechnung vom 1. Quartal gab Bergmann. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 1888,95 M., die der Nebenkasse 1740,42 M., die Ausgaben der letzteren betragen 802,93 M., so daß ein Kasseebestand von 387,49 M. verbleibt. Beim Vorstandsbericht bemerkte Bergmann, daß das 1. Quartal im Zeichen der Krisis gestanden, die Arbeitslosigkeit sei immer größer geworden. Trotz dieser ungünstigen Verhältnisse sei dennoch ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen. Das beweise am besten der gesteigerte Zahlenumsatz. Gegenüber dem 4. Quartal sind 682 Wochenbeiträge, gegenüber dem 1. Quartal 1907 1713 Wochenbeiträge mehr umgekehrt. Ein Beweis, daß die Kollegen den Verdolungen der Meißler sowie der „Selben“ immer weniger Gefolgschaft leisten, daß sie einsehen lernen, daß nur in der Organisation ihre Interessen gewahrt werden. Mit einem Appell, mit freischem Mut weiter für die Organisation zu arbeiten, und am 3. Juni Mann für Mann an dem Wahltag zu erscheinen, schloß die Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Reichsvereinsgesetz in Württemberg.

Stuttgart, 12. Mai. (W. T. B.) Die zweite Kammer hat heute die Beratung der Anträge beendet, die eine möglichst liberale Ausgestaltung der Vollzugsbefugung zum Reichsvereinsgesetz bezwecken. Minister v. Bischof versicherte, daß die Ueberwachung politischer Versammlungen auch künftighin eine seltene Ausnahme sein und daß die Parteien gleich behandelt werden sollten, hielt aber daran fest, daß für die Anmeldeungen von Versammlungen eine 24stündige Frist notwendig sei.

In der Abstimmung wurde der Antrag des Zentrums auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Landesgesetzliche Regelung der Sprachenfrage noch im Laufe dieser Tagung, mit 37 gegen 38 Stimmen angenommen.

Es wird immer weiter gerüstet!

London, 12. Mai. (W. T. B.) Ueber die Behauptung auswärtiger Blätter, daß Großbritannien eine internationale Konferenz zur Begrenzung der Rüstungen anstrebe, erfährt das Bureau Reuter, daß dieses Gerücht wahrscheinlich durch die Einladungen entstanden sei, in denen die britische Regierung die großen Seemächte ersucht hat, Sachverständige nach London zu schicken, um vor endgültiger Entscheidung über die Errichtung des auf der Haager Konferenz vorgeschlagenen internationalen Preisengerichtshofes gewisse mit dem Seerecht zusammenhängende Fragen zu erörtern. Von einer Konferenz wegen der Begrenzung der Rüstungen ist gar keine Rede; auch die Zeit für die vorgeschlagene Zusammenkunft in London ist noch nicht festgesetzt, doch nimmt man an, daß sie im Herbst stattfinden werde.

Die Leiden Galizien.

Wien, 12. Mai. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. In fortgesetzter Verhandlung des Dringlichkeitsantrages betreffend Erhöhung des Landwehr- und Rekrutenkontingents trat Abg. Weidenhofer für eine zeitgemäße Ausgestaltung der Landwehr ein. Die Abgg. Freundlich und Liebermann (Soz.) und Hofac (tschechischradikal) präzisierten darauf den ablehnenden Standpunkt ihrer Parteien. Abg. Liebermann berührte dabei die Verhältnisse in Galizien, von denen die Welt durch die Ermordung des Statthalters Kenntnis erhalten habe. Galizien habe das Vertrauen zum Reichsparlament verloren, das ein willkürliches Vorgehen in der Hand der Regierung geworden sei. Die polnischen Sozialdemokraten würden gegen die Staatsnotwendigkeiten so hart sein, wie es die Regierung gegenüber den Leiden Galizien sei.

Vierter allgemeiner Kongreß der Krankenkassen Deutschlands.

Berlin, 12. Mai 1908.

Der Kongreß beendete heute seine Beratungen. Zunächst erstattete die

Mandatsprüfungskommission

ihren Bericht durch Koblenzer-Verein. Danach sind auf dem Kongreß 704 Kassen durch 1115 Delegierte vertreten. Unter den Kassen sind 566 Ortskrankenkassen, 25 Innungskrankenkassen, 98 Betriebskrankenkassen, 77 freie Hilfskassen und einige Knappschaftsvertreter aus den Reihen der Ketteisen von den Knappschaftskassen Rheinland-Westfalens und Sachsens. Ein knappes Drittel der Delegierten sind Arbeitgebervertreter. Die Kassen umfassen zusammen über 7 Millionen Versicherte. Von der luxemburgischen Regierung ist nachträglich ein Vertreter erschienen. Als Vertreter der deutschen Krankenkassen auf dem internationalen Versicherungskongreß in Rom wurden der Vorsitzende der Zentral-Kommission Simanowski-Berlin, der Nebentag Gustav Bauer und der Kassenvorsitzende Buchdrucker Magnan-Berlin entsendet. Dann trat der Kongreß in die

Debatte

über die beiden gestern gehörten Referate betreffend „Die Reform der Arbeiterversicherung“ und „Die Selbstverwaltung der Krankenkassen“ ein.

Garimann-Berlin (Maschinenbauerschaft, Sekretär der Kirch-Dumreicher Gewerkschaften): Die Vereinheitlichung und Zentralisation der Krankenkassen ist notwendig, um endlich die kleinen leistungsfähigen Kassen zu überwinden und größere Mittel für die prophylaktische Fürsorge und die Krankenpflege zu gewinnen. Wenn wir die Innungskassen und Betriebskassen aufheben, um große zentralisierte Kassen zu erzielen, bleibt allerdings auch für die freien Hilfskassen kein Raum. (Sehr wahr!) Diese Kassen, denen der § 75 des Krankenversicherungsgesetzes erlaubt, als Ersatz für die eigentlichen Krankenkassen zu dienen, können heute zum großen Teile versicherungspflichtige Mitglieder schon nicht aufnehmen. In bezug auf den Wert der Selbstverwaltung stimme ich den Referenten vollkommen zu. Zwischen uns Arbeitern gibt es darüber keine Differenzen; auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben das gemeinsame Interesse, die Selbstverwaltung zu schützen. Bedenken erregt mir in den Vorträgen nur die Forderung, den Krankenkassen das Recht zu verleihen, hygienische Vorschriften zu erlassen und ihre Durchführung zu kontrollieren. Die Gewerbeinspektion genügt allerdings den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter keineswegs. Aber wir könnten sie ausbauen, die Zahl ihrer Beamten vermehren, Arbeitervertreter hinzuziehen, ihre Machtbefugnisse zu erweitern, und dann wäre sie besser, als eine neue Kontrollinstanz. Sie müßte in ständiger Verbindung mit den Vorsitzenden der Krankenkassen bleiben, und vielleicht könnten wir auch den neuen Arbeitskammern ein Stück ihrer Arbeit abnehmen. Unverständlich ist mir die Forderung der Leitsätze, daß die Unfallversicherung auch Unfälle des gewöhnlichen Lebens erfassen soll. Chronische Gewerkerkrankheiten müssen allerdings als Betriebsunfälle angesehen werden. Aber wir können den Arbeitgebern nicht die ganzen Kosten auf den Hals laden für die Entschädigung von Unfällen, die sich nicht im Betriebe ereignen. Einverständnis wird für die obligatorische Einführung des proportionalen Wahlsystems. Aber wir brauchen nicht zu warten, bis das Obligatorium kommt. Schon jetzt kann es freiwillig eingeführt werden und allen Meinungen und Richtungen im Vorstände Raum geben. (Beifall und Widerspruch.)

Rechtsanwalt Dr. Mayer-Franenthal (Arbeitgeber): Der Forderung nach Erhaltung und Erweiterung der Selbstverwaltung stimmen wir rückhaltlos zu. Ich gehöre keiner politischen Partei an, aber aus Grund meiner langjährigen Erfahrung als Vorsitzender von Krankenkassen kann ich sagen, daß der ausschlaggebende Einfluß der Versicherten für die Leistungen der Krankenkassen von größtem Nutzen gewesen ist. (Lebhafte Beifall.) Leider ist der Kampf gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen ein politischer geworden, über den man die entscheidenden sozialpolitischen Gesichtspunkte ganz vergessen hat. Gegenüber den Leitsätzen der Selbstverwaltung treten aber die Schattenseiten vollkommen zurück. Die Arbeitnehmer sind in den Krankenkassen das anregende, vorwärtsdrängende, vorwärtsstürmende Element.

(Sehr wahr!) Ihre riesigen Erfolge verdanken die Krankenkassen gerade dem überwiegenden Einfluß der Arbeitnehmer. Einzelne Ausschreitungen kann man ruhig zugeben. Aber darin erblicke ich keine Ausschreitung, wenn die Arbeiter sich Beamte wählen, die ihnen politisch nahe stehen. Die freisinnigen und die national-liberalen Gemeindevertretungen wählen sich auch keine konservativen oder liberalen Oberbürgermeister. (Sehr wahr!) Die Beamten der Krankenkassen haben meist glänzend ihre Pflicht getan. Es wäre eine interessante Aufgabe, eine Denkschrift auszuarbeiten, in der einmal die tiefsten Fortschritte der Krankenkassen über die gesetzliche Mindestleistung hinaus dargestellt werden. Dann würden die Regierenden wohl staunen über die riesigen Leistungen der Selbstverwaltung. (Lebhafte Zustimmung.) Mit aller Entschiedenheit bekämpfen wir den Gedanken, Beamtete Vorgesetzte an die Spitze der Kassen zu stellen. Das wäre die größte Gefahr für den sozialpolitischen Fortschritt der Arbeiterversicherung. Der Zentralverband deutscher Industrieller verlangt, daß in Betriebskrankenkassen dem Unternehmer der Vorzug verbleibt, in den Ortskrankenkassen aber ein Beamter an die Spitze tritt. Welch krasser Widerspruch! Welches Bekenntnis, daß es sich nur um eine politische Machtfrage handelt. Wenn an der Spitze der Kassen jemand stände, von dem man nur sagte, der Bureaukrat tut seine Pflicht, dann wären Reibereien für und Tor geöffnet. Im Interesse der Zukunft der deutschen Krankenkassen sind wir bereit, mitzukämpfen, nicht nur für die Aufrechterhaltung, sondern auch für die Erweiterung und den Ausbau der Selbstverwaltung. (Lebhafte Beifall.) Schattenseiten hat auch die Tätigkeit der Aufsichtsbehörden. Ist doch in Weihenstephan ein Krankenkassenvorstand abgesetzt worden, weil er an die Mitglieder der Kasse eine auflärende Broschüre über die Geschlechtskrankheiten verbreiten ließ. Das verstehen wir Süddeutschen nicht, wie wir manches in Preußen nicht verstehen. (Zustimmung und Heiterkeit.) Uns hat man von Anfang an mehr Freiheit gelassen, den sozialen Interessen unserer Mitglieder zu dienen.

In den Leitsätzen bitte ich Sie, die Forderung nach Zusammenlegung aller Versicherungswege zu streichen. An ihre praktische Verwirklichung ist in absehbarer Zeit ja sowieso nicht zu denken. Die Leitsätze fordern ferner die Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle erwerbstätigen Personen. So tief wurzelt der Gedanke der sozialen Zwangsversicherung aber noch nicht, dazu ist die Stunde noch nicht gekommen. Ich warne Sie, die Zwangsversicherung der Rechtsanwältinnen und der Fabrikanten zu fordern, umgrenzen Sie den Kreis enger auf Lohnarbeiter, Handlungsangestellte und Privatbeamte. Die deutschen Arbeiter haben bisher die besten Versicherungsgehalte der Welt gehabt. Wir wünschen aber auch, daß Deutschland an der Spitze bleibt. Deshalb wehren wir uns mit allen Kräften gegen die reaktionären Angriffe auf die Selbstverwaltung und treten mit Ihnen ein für die Erhaltung des Guten, das besteht, und für den sozialpolitischen Fortschritt. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Brackel-Köln (Arbeitnehmervertreter): Wie ein roter Faden zieht sich durch die Debatte der Gedanke, daß sich die Arbeiterversicherung nur entwickeln kann, wenn sie in den Händen der Versicherten und der Arbeitgeber bleibt. Die Versammlung hier ist ein lebendiges Zeugnis dafür, wie lebhaft die Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung gewünscht; sie ist uns ein Stück Volksbewußtsein geworden, das uns viel wert ist, als alle Reformen. Das, wonach wir streben, die Anerkennung unserer Persönlichkeit, finden wir nur in ihr. Jede Zurückdrängung der Selbstverwaltung würde eine tiefergehende Ertötung in den Arbeitern hervorrufen. (Lebhafte Zustimmung.) Die bürokratische Verwaltung der Alters- und Invaliditätsversicherung steht als Schreckgespenst vor uns, gegen einen parteipolitischen Mißbrauch der Krankenkassen sichert das proportionalwahlrecht genügend. Wir in Köln stehen augenblicklich in einem schweren, aber aussichtsreichen Kampf für die Selbstverwaltung der Kasse und die Interessen der Versicherten. Die „Kölnische Zeitung“ hat eine ganz falsche Darstellung von der Entstehung und dem Verlauf des Konflikts gegeben, die entweder aus großer Fahrlässigkeit oder aus böswilliger Verleumdung resultiert. Die freie Arztwahl soll den Kölner Ärzten nur als Mittel dienen zur Vergößerung der Macht des Leipziger Verbandes. Darum läßt der Kreisverband seine Mitglieder einen Revers unterschreiben, daß sie sich um Kassenpraxis oder Anstellungen bei Behörden nur mit Zustimmung und nach den Bedingungen des Verbandes bewerben werden. Da der Revers nach vielen

Nichtungen hin unstilllich sei, müssen die Ärzte ehrenwärtlich und unter Ausschluss des Rechts wegen darauf verzichten! Entschieden darf nur das ärztliche Ehrengericht und Leipziger Verband, Ärztekammer und Ehrengericht sind ja dieselben Personen, nur in verschiedenen Rollen. (Sehr wahr!) Jetzt hat der Kreisverband einen Vertrag mit der Regierung abgeschlossen. Um aber einen Notstand hervorzurufen, haben die Mitglieder sich wiederum ehrenwärtlich verpflichtet, auf Wunsch des Vorstandes jederzeit aus dem Vereine auszutreten. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Auf so ungesetzliche und unmoralische Weise wird der Kampf gegen die Krankenkassen geführt. Wenn wir siegen, haben Sie allen Grund, mit uns zu rufen: Was ist Köln. (Lebhafte Beifall.)

Wärberg-Berlin bedauert die Zersplitterung der Krankenkassen und die leichte Zustimmung der Aufsichtsbehörden zur Gründung von Betriebskrankenkassen. Die Betriebskrankenkassen hätten fast durchweg geringere Leistungen und geringere Beiträge als die Ortskrankenkassen. Redner beipflichtet eingehend die Verhältnisse in den neuen Betriebskrankenkassen der großen Berliner Warenhäuser.

Giebel-Berlin, Vorsitzender des Verbandes der Verwaltungsbeamten: Die Forderung der Vereinheitlichung der drei Versicherungszweige ist bisher einer unserer programmatischen Grundzüge gewesen. (Sehr wahr!) Wir haben keine Veranlassung, diesen grundsätzlichen Standpunkt aufzugeben, wenn auch zurzeit nur eine verhältnismäßige Annäherung zu erreichen sein wird. Auch auf die Forderung des Rechtes zum Erlaß hygienischer Vorschriften können wir auf Grund unserer praktischen Erfahrungen nicht verzichten. Die Gewerbeaufsicht umfaßt bei weitem nicht alle Krankenversicherungen, z. B. nicht die Bureauangestellten und die Kaufleute. Heute haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer keinen Einfluß auf die Gewerbeinspektion, mit Hilfe der Krankenkassen können wir ihn gewinnen. Auch die Berufsvereinigungen haben ja heute das Recht, Unfallversicherungsbedingungen zu erlassen. Die Selbstverwaltung ist das Fundament unserer ganzen Krankenversicherung. (Sehr wahr!) Die Angriffe auf die Beamten der Krankenkassen beruhen zumeist auf starken Einstellungen und hanebüchlichen Uebertreibungen. Im Beamtenschaft der Berufsvereinigungen begegnen wir viel stärkeren Mißbräuchen. (Sehr wahr!) Ein Major a. D., ein Amtsrichter a. D., der schon durch sein Alter von 76 Jahren nicht besonders geeignet sein dürfte und ein Geh. Regierungsrat a. D. sind z. B. Beamte von Berufsvereinigungen. Von der Sachkenntnis des Letzteren erzählt man sich die Anekdote, daß er in einer Sitzung den zweiten Geschäftsführer gefragt hat: „Sagen Sie, was ist denn eigentlich eine Berufsvereinschaft?“ (Stürmische Heiterkeit.) Das mag übertrieben sein, aber es beleuchtet die Beamtenverhältnisse in den Berufsvereinigungen ganz zutreffend.

Heming-Berlin (Freie Hilfskassen der Handlungsgehilfen) protestiert gegen den Plan der Privatbeamten, eine besondere Kasse für ihre Pensionsversicherung zu schaffen. Es sei vollkommen unötig, eine Kasse der Arbeitnehmer in sozialen Standeshäkel über die Masse der übrigen hinauszuheben. Von unseren sozialen Gesichtspunkten aus müßten wir die Einheit der sozialen Versicherung wahren. Wir können einer weiteren Zersplitterung der Arbeiterversicherung nicht zustimmen und müssen eine weitere Zersplitterung der Arbeiterversicherung durchaus zu vermeiden suchen. (Lebhafte Beifall.)

Fräulein Dresden: Die Behauptung, daß die Krankenkassen zu politischen Zwecken mißbraucht würden, ist von den höchsten Beamten des Reiches ausgesprochen worden. Dabei haben die Arbeitgeber von 43 großen Ortskrankenkassen genau dieselbe Erklärung abgegeben wie heute Dr. Mayer, und durch eine Enquete bei den Arbeitgebern haben wir festgestellt, daß die sogenannten Uebergriffe der Krankenkassen Hingespinntheiten politischer Gegner sind. (Hört! hört!) Das ganze Material mit Fragen und Antworten ist von uns dem Reichsamt des Innern überreicht worden. Es ist auch nicht richtig, daß die Sozialdemokratie durch die Krankenkassen eine große wirtschaftliche Macht hat. Die meisten Krankenkassen haben nicht Arbeitnehmers, sondern Arbeitgeber zu Vorsitzenden. Der Einfluß der Sozialdemokratie ist ganz minimal, und sie hat keinen Grund, ihn zu vergrößern. Soweit er besteht, dient er ihren Anhängern nur dazu, zu zeigen, daß sie verstehen, die Interessen der Gesamtheit in uneigennütziger Weise zu vertreten und die Sozialpolitik vorwärts zu treiben. Wo ein Arbeitervertreter Vorsitzender der Ortskrankenkasse ist, trägt er einen Dornenkrantz. (Sehr wahr!) Er ist verpflichtet, die Interessen aller Kassemitglieder zu wahren und muß deshalb bei allem guten Herzen manche Bitte um Unterstützung hart ablehnen. Viele von Ihnen werden oft genug erfahren haben, was das bedeutet. Man bekommt dann von den Leuten die größten Grobheiten und Maliceen zu hören, weil man ihnen nicht helfen, nach dem Statut ihre vermeintlichen Rechtsansprüche nicht erfüllen kann. Wenn wir die Krankenkassenbehandlung

Humor und Satire.

— Der Patriot im Puppenladen. Verkäuferin: „Diese Puppe kann Papa und Mama sagen.“ — Käufer: „Haben Sie nicht eine, die hurra schreit!“

— Drastisch. Unteroffizier: „Merks, Ihr müßt die Brust rausdrücken, als wärt Ihr eben in n' ersten Ordensregen gekommen!“

— Druckfehler. (Aus einem Konzertbericht.) Fräulein Anna Engelmeier gab einige Lieder zum besten. Wir enthalten uns jedes Lobes; sie ist uns ja längst keine Fremde mehr.“

— Beruhigung. Dramatiker: „Hier bringe ich Ihnen ein neues Stück!“ — Theaterdirektor: „Das ist ja in Berlin!“ — Dramatiker: „Das merkt das Publikum gar nicht.“ („Wegendorfer-Blätter.“)

Notizen.

— Ein Thoma-Museum soll in Karlsruhe in Form eines Seitenflügels zur Gemäldegalerie errichtet und im nächsten Jahre zum 70. Geburtstag des Malers eröffnet werden.

— Ein Bild Remings, dieses fruchtbarsten, weißsten und zärtlichsten Madonnenmalers aus der Enklade, sollte in der Marienkirche zu Feigard in Pommern entdeckt sein. (Man entdeckt jetzt fortgesetzt alte Meister — oder fabriziert sie auch.) Eine genauere Untersuchung erweist indes, daß es ein Niederländer des 16. Jahrhunderts ohne besondere Qualitäten sei.

— Die Wissenschaft auf der Franco-Britischen Ausstellung. Die bevorstehende französisch-Britische Ausstellung in London wird der Entwicklung der Wissenschaften eine ganz hervorragende Stellung einräumen, wie dies bisher in solchem Umfang bei Ausstellungen überhaupt noch niemals geschahen ist. Ein weitläufiger Raum ist diesem Zwecke zur Verfügung gestellt worden. Er wird nach den einzelnen Disziplinen abgeteilt sein und in dem Rahmen Darstellungen der namhaftesten theoretischen Erfolge sowie ihrer technischen Anwendungen bieten. Zudem sind Einrichtungen getroffen, die einer Veranschaulichung der wissenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiete der Erforschung des Himmels, der Luft, des Meeres und des Landes dienen.

— Tuberkulose in der jüngeren Steinzeit. Eine interessante Tatsache teilt Dr. Paul Bartels in der Umschau mit: Bei einem jüngst in Heidelberg aufgefundenen menschlichen Skelett aus der jüngeren Steinzeit stellte er an der Wirbelsäule die Spuren eines Krankheitsprozesses fest, der mit Sicherheit darauf schließen läßt, daß dieser Mensch aus der Urzeit an Tuberkulose gelitten hat. Es handelt sich um Knochenfrag in den Wirbelsäule und die Wirbelsäule ist infolgedessen nach vorn übergebogen. Der Fall ist die älteste bisherige Feststellung von Tuberkulose in Deutschland und führt so die chronologische Grenze unserer Kenntnis vom Auftreten dieser furchtbaren Seuche bis in die Urzeit zurück.

Kleines feuilleton.

Die Großherzogin von Gerslein. In dem tollen Hergensabbat rauschender Vergnügungen, in die sich die reich gewordene französische Bourgeoisie unter dem zweiten Kaiserreich stürzte, wurde das einzige Prinzip dieser Gesellschaft: sich bereichern und sich amüsieren, mit rücksichtslosestem Egoismus verwirklicht. Autorität, Tradition und ähnliche Spinnweben hemmten nicht den Strom des Amüsemments. Man wollte sich amüsieren, die Heuchelei der Moralität und der Religion überließ man den dafür engagierten Personen, und die durstten sich auch nicht allzu lästig machen. Man wollte spotten und sich auslachen auf Kosten von allem und jedem, es koste, was es wolle. Und ganz Europa sandte die Eliten der Unmühsamer Genüßlinge auf die hohe Schule nach Paris, und das ganze nannte sich die Blüte europäischer Kultur. Die Stimmung dieser Kreise, die sich ihre eigene Basis unter Wohlgefühlen hinwegspotten ließen, traf Offenbach mit seinen literarischen Mitarbeitern Halóby und Weilhac am besten. Er wurde der Großherzogmeister Europas. In ihrem Uebermut warfen sie rücksichtslos die ehrwürdigsten Traditionen durcheinander, schleppten zum Entsetzen der Academie den alten Homer auf die Bühne und liehen zum Gaudium der Pariser die Götter des Olymps und die Helden der Ilias Kantan tanzen. Alle Könige Europas sahen sich in Paris die „Schöne Helena“, „Mausart“, „Pariser Leben“, „Die Veiganten“ und die „Großherzogin von Gerslein“ an. Der Stern dieser von Weilhac, Halóby und Offenbach geschaffenen Operetten war Hortensie Schneider. Als 1867 die Weltausstellung eröffnet wurde, ging die tolle Künstlerin durch die für die Souveräne reservierte Tribüne in den Ausstellungssaal, indem sie den Ausstellungsbesuchern, die sie erstaunt anstarrten, stolz und vornehm zurief: „Die Großherzogin von Gerslein!“ — worauf sich alle tief verneigten. In der „Großherzogin“ hatten sich Weilhac und Halóby über die Generale des Napoleonischen Hofes lustig gemacht, und die Ereignisse von 1870 bewiesen, daß ihre heißende Kritik durchaus berechtigt gewesen war.

Ein Weirat für die Theaterzensur wurde in München ins Leben gerufen. Er ist aus Schriftstellern, Professoren, Künstlern, Schauspielern zusammengesetzt und soll in allen zweifelhaften Fällen gefragt werden, „ob und in welcher Weise ein Bühnenwerk zur öffentlichen Aufführung zuzulassen ist“. Gegenüber dem bestehenden Zustande ist das immerhin ein Fortschritt, wenn auch die Berufung und Zusammensetzung des Weirats durch die Polizeidirektion selbst und sein Charakter als bloß beratender und nicht entscheidender Ausschuß klar genug zeigen, was noch zu tun übrig bleibt. Zweifellos wird der Weirat, wenn er sich nicht bloß zur Dekoration hergeben will, seine Rechte erweitern müssen oder er wird die Rolle der Igl. bayerischen Monumentalbaukommission spielen, die nur das eine, aber dafür auch unbefristete Verdienst hat, zur Erweiterung ihrer Richtmitleider er-

hehlich beizutragen. Und doch gehören ihr beinahe ebensoviel Leute von Namen und amtlichen Charakter an, wie dem neuen Weirat.

In Berlin ist freilich nicht einmal ein Weirat dieser embryonalen Art möglich. Erreichterweise wollte sich vor einigen Jahren niemand in Berlin dazu hergeben, als Sachverständiger der königl. preussischen Zensur sich den guten Ruf verderben zu lassen. In der Tat muß man sich auch in Preußen alles Postzeitwohlwollen ganz energisch verbitten. Es konnte nur zur Korruption führen, indem auf Kosten des prinzipiellen Austrages der Frage einzelne Noterien geschont und damit willfährig gemacht würden. In Preußen kann man die Zensur nicht beraten und ergreifen, sondern nur abschaffen. Das gilt nicht bloß von der kleinen Angelegenheit der Theaterzensur, sondern von der gesamten Zensur, die alles geistige und kulturelle wie das politische Leben lähmend bedroht.

Großstadtluft und Bronze Denkmäler. Seit Jahrzehnten haben Kunstkritiker konstatiert, daß anstatt der Patina, d. h. jenes meist grünlichen Ueberzuges, welcher sich an alten Bronzen ansetzt, ihnen ein Hauch von etwas durch die Zeit langsam gewordenem gibt, und der Bronze den harten Glanz des Gusses nimmt, sich an neueren Bronzenwerken eine harte schmutzige Kruste bildet. Durch eine Mischung verschiedener Chemikalien, besonders aber einer Kalilauge, wird nun nach neuem Verfahren diese harte schwarze Kruste entfernt, unter der sich die glänzende, emailartig durchsichtige Patina gut erhalten zeigt, so daß die Bronzedenkmalen nach vollendeter Reinigung in ihrer alten Schönheit erhalten bleiben.

Die entfernte Schmutzschicht enthält noch genauer Analyse nur sehr wenig Schwefelkupfer, auf dessen Rechnung man die Vergrünung der Denkmäler immer in erster Linie gesetzt, sondern sie besteht überwiegend aus Kohle, vermischt mit verschiedenen fettigen Substanzen namentlich auch mit Ammoniak. Diese Stoffe werden hauptsächlich durch die unreine Luft der Groß- und besonders Industriestädte mit ihren qualvollen Schloten unvermeidlich zugeführt. Die reist hart und rein gearbeiteten Teile widerstehen übrigens den schädlichen Einflüssen, so daß durch sorgfältige Jäselierung wenigstens ein Teil dieser Einwirkungen durch die Luft abgewehrt werden kann.

Eine zweite Hauptursache besteht in der Mischung der Bronze. Die von nicht geringem Einfluß auf die Bildung von Patina ist. Die meisten neueren Bronzen enthalten der bequemeren Jäselierung zuliebe ziemlich viel Zinn. Hauptbedingung für die Bildung einer schönen, aus lobenswerthem Kupferoxyd bestehenden Patina ist reiche Kupferhaltigkeit des Metalls und harte Bearbeitung der Oberfläche. Dünnes scharfes Abprägen mit Wasser, wie es auf den vorstrebenden Flächen der Regen besorgt, hält die Bildung der schwarzen Kruste auf und läßt erst in längeren Zwischenräumen die gründliche Reinigung mit Kalilauge nötig werden. Der Denkmalspflege ist durch diese Feststellung ein Mittel gegeben, die Bronzen zu erhalten, ohne sie des Kleides zu berauben, das uns ihre Schönheit erst wert und lieb macht.

Die Familienunterstützung, das Krankheitsgeld in Zeiten der Erwerbslosigkeit oder die Wöchnerinnenunterstützung, die Aufnahme in das Genesungsheim oder den Sommerurlaub verlagern müssen, dann haben wir es wohl tausendmal hören müssen: „Sie sind ja ein schöner Arbeitervertreter! Erst haben wir Sie gewählt und jetzt machen Sie es so. Wir werden aber einmal in dem „Dresdener Anzeiger“ oder den „Dresdener Nachrichten“ Sie in das richtige Licht setzen.“ (Heiterkeit.) Ich habe mich oft gefragt, warum ich mir das sagen lassen muß. Könnte man doch die Verantwortung auf Verwaltungsbeamte abwälzen, die sich noch nicht einmal mit den Leuten in ihrer Sprache verständigen können. Dann würde sich eine große Menge von Unzufriedenheit bei den Versicherten ansammeln und der Sozialdemokratie zugute kommen. Dann brauchte auch die sozialdemokratische Presse bei der Kritik der Unzulänglichkeit der Kassenleistungen keine Rücksicht mehr zu nehmen. Wenn wir erst wieder nur das fünfte Rad am Wagen sind, können wir uns auch mehr der Kritik als dem praktischen Ausbau zuwenden. Keine Rosen ohne Dornen, aber der Vorliegende einer Krankenkasse hat als Arbeitervertreter Dornen in reichlichem Maße zu tragen. (Lebhafte Zustimmung.)

Blumenthal - Burg bei Magdeburg: In unserem kleinen Orte bestehen 10 Hilfskassen. Wir sind gern mit ihrer Befestigung einverstanden, wenn nur auch die Innungskassen und Betriebskrankenkassen verschwinden. Denn die einheitliche Krankenversicherung hat große Vorteile für die Versicherten. Nur eins darf nicht vergessen werden: ausreichend für die alten Mitglieder der freien Hilfskassen zu sorgen.

Wieser-Zena verliest im Namen der Delegierten der Betriebskrankenkasse der Karl Zeiß-Werke eine Erklärung, daß sie das Bedürfnis nach einer weitgehenden Zentralisation der Krankenversicherung anerkennen, aber angesichts der außerordentlich hohen Leistungen ihrer Betriebskrankenkasse nicht in der Lage seien, für eine gänzliche Beieitigung der Betriebskrankenkassen einzutreten.

Heschold-Berlin teilt mit, daß am gestrigen Abend im Tagungstokale des Kongresses die zweite Innungskassenliste für das Berliner Wägereigewerbe genehmigt worden ist. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Trotz des Widerspruches des Gesellenausschusses, der Gewerbe-Deputation des Berliner Magistrats und der Berliner Ortskrankenkasse der Wäder habe der Oberpräsident ihre Einrichtung mit dem Hinzufügen genehmigt, daß eine Ortskrankenkasse schon mit hundert Mitgliedern bestehen könne. (Lachen.) Das sei die Weisheit der Regierenden! Schon trage sich die Fleischernung mit dem gleichen Gedanken. In Sachsen seien früher die Innungskassen genehmigt worden. Jetzt geschehe es. Die Ortskrankenkassen sollten soweit gewährt werden, daß sie dann getrost unter die Herrschaft von Bureauraten gestellt werden könnten. Der Ruf des Kongresses müsse sein: für Zentralisation! Gegen Zersplitterung! für die Sicherung der Rechte aller Arbeitnehmer! (Lebhafte Beifall.)

Gisbald-Weimar (Arbeitgebervertreter): Mancher hielt den Kongress für verfrüht. Aber die Selbstverwaltung kann nicht früh genug verteidigt werden. (Sehr wahr!) Ich stehe seit 15 Jahren an der Spitze unserer Ortskrankenkasse und nehme genau denselben Standpunkt ein wie Dr. Mayer. Es ist mir auch gelungen, die Arbeitgeber in Weimar an der Verwaltung der Krankenkasse zu interessieren. Wir erkennen es hoch an, daß die Arbeiter trotz ihrer Ueberzahl einen Arbeitgeber zum Vorsitzenden wählen. Sie wissen eben, daß wir auch ein gutes Herz für die kranken Arbeiter haben. (Sehr wahr!) Die Großindustriellen haben gar keine Ahnung von der Arbeit, die wir im kleinen in den Ortskrankenkassen leisten. Wir haben es gar nicht nötig, überstimmt zu werden; denn wir haben ein Herz für unsere Arbeiter und stimmen stets mit ihnen überein. Politische Angelegenheiten kommen nie in Frage, deshalb haben wir auch noch nie Differenzen gehabt. Alle Arbeitgeber Thüringens ohne eine einzige Ausnahme teilen meinen Standpunkt und sind bereit, mit den Versicherten stets Hand in Hand zu arbeiten. (Lebhafte Beifall.)

Krech-Niel berichtet von den Kämpfen der dortigen Krankenkassen mit den Aufsichtsbehörden, die ihnen verbieten wollten, die Verbandstage zu besuchen, und von den Mißständen in der Betriebskrankenkasse der kaiserl. Werft. Arbeiter, die sich der Interessen der Versicherten energisch annähmen, würden von dem Gewerbesektor b. Hins als sozialdemokratische Wähler einfach entlassen.

Klein-Hagen: Ich bin seit 25 Jahren Arbeitgebervertreter und Vorsitzender unserer Ortskrankenkasse und habe volles Verständnis für den Wert der Selbstverwaltung. Bei dem Zusammenschluß der Krankenkassen sehe ich nur eine Schwierigkeit: Die soll der Ausgleich geschaffen werden zwischen den Kassen mit vollem Reservefonds und denen, die noch keinen Pfennig angehäuft haben? Das ist eine Schwierigkeit.

Krause-Niel erklärt sich als Vertreter einer freien Hilfskasse damit einverstanden, daß die freien Hilfskassen immer mehr verschwinden.

Werner-Detmold (Arbeitgeber): In der Verteidigung der Selbstständigkeit der Krankenkassen sind wir alle einig. Nur sollten die Krankenkassen verpflichtet werden, auch die selbständigen kleinen Handwerker und Kaufleute aufzunehmen. Ihnen können wir die Wohlthat der Versicherung nicht weigern. Der Redner regt weiter die Schaffung einer gemeinsamen Anstaltsstelle für das deutsche Krankenkassenwesen an und wünscht klarere Bestimmungen über die Jahrspläne.

Alker-Weilin: Als langjähriges Vorstandsmitglied erst einer Ortskrankenkasse und dann der Betriebskrankenkasse der A. E. G. kann ich die Leistungen wohl vergleichen. Unsere A. E. G.-Kasse leistet mehr, leistet Vortreffliches. Gleichwohl bin ich ein grundsätzlicher Gegner der Betriebskrankenkassen, weil in solchen Betrieben Arbeiter über 40 Jahren nicht eingestellt werden und die einzustellenden Arbeiter ärztlich voruntersucht werden. Bei diesem gefundenen Arbeiterpersonal ist es natürlich leicht, hohe Unterstufungen zu gewährleisten. (Hört! hört!)

Rechtsanwalt Brinkmann - Hamburg (Arbeitgebervertreter) behauptet die Einflußlosigkeit der Interessenvertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden. Die Forderung einer Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Fälle des gewöhnlichen Lebens hält er für zu weitgehend. Gerade wegen ihrer zahlreichen Feinde sollten die Krankenkassen sich hüten, praktisch undurchführbare Forderungen aufzustellen, die berechtigten und leidenschaftlichen Widerstand finden würden. Notwendig sei allerdings die Erweiterung des Begriffs des Gewerbeunfalls auf die chronischen Gewerbekrankheiten. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen sei in Hamburg besser geschützt, weil es glücklicherweise freibeitlicher sei als Preußen. (Zurufe: Ka! Ka!) Immerhin sei sie auch dort noch nicht so ausgebaut, wie es wünschenswert wäre. Der Redner protestiert zum Schluß gegen die Unterstellung, als ob es sich bei diesem Kongress um eine sozialdemokratische Veranstaltung handle. Auch in den Krankenkassen sähen die Arbeitgeber mit vielen Sozialdemokraten zusammen, aber alle wollten ohne Unterschied der Partei die Selbstverwaltung und das Interesse der Versicherten fördern. (Lebhafte Beifall.)

Scharf-Berlin tritt für die Befestigung der Innungs- und Betriebskrankenkassen ein und weist Zeitungsongriffe auf den Kongress zurück.

Becker-Gleiwitz: Alle, die für das Interesse der Versicherten eintreten, können die Leitsätze ohne weiteres annehmen. Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Erwerbstätigen geht freilich zu weit. Man soll nicht Leute mit einem Einkommen von 15 000 M. zwingen zu versichern wollen. Das Recht auf Inspektion der Betriebe müssen die Krankenkassen fordern. Die Gewerbeinspektion ist ganz unzureichend, namentlich im rückständigen Oberschlesien. Die Gewerbeinspektoren werden durch potentielle Dörfer getäuscht. Die Krankenkassenvertreter werden die wirklichen Zustände in den Betrieben zu sehen bekommen.

Bensch-Striegau (Arbeitgeber): Die Aufsichtsbehörden wollten meine Delegation zu diesem Kongress auf Kosten der Kasse ursprünglich nicht zulassen, und fast wäre ich nicht in die Lage

gekommen, hier auch ein Wort zugunsten der Selbstverwaltung zu sagen. Wenn gesagt wird, die Sozialdemokraten beherrschen die Krankenkassen, so ist das einfach unwahr. In den zurückgelassenen Gegenden gilt nur jeder, der praktisch für den Fortschritt der Krankenversicherung tätig ist, als Sozialdemokrat. (Sehr wahr! und Heiterkeit.) Unser Kandidat bekommt pro Tag 1 Mark Gehalt. (Zuruf: Hässliche Verzählung!) Ist das auch sozialdemokratische Wirtschaft? Der Kern der ganzen Angriffe gegen die Selbstverwaltung ist der Wunsch, Militärantwörter in die Kassenstellen zu bringen. Unter uns 321 Arbeitgebern hier auf dem Kongress ist kein Gegner der Selbstverwaltung. Mit den Arbeitern aus allen Gauen kämpfen wir für Selbstverwaltung und Zentralisation. (Lebhafte Beifall.)

Horn-Weilin (Kassenbeamter) tritt für eine möglichst große Erweiterung des Kreises der Versicherten ein. Die Kassenbeamten seien jetzt weder gegen Krankheit noch gegen Unfall versichert. Die Betriebskrankenkassen seien sehr mindertwertig, auch die der A. E. G. Kranke Arbeiter würden einfach entlassen und ganz leicht verlegt ins Krankenhaus geschickt. (Alker-Weilin ruft: Unwahr!)

Linsemeyer-Mühlhausen i. E. hält die Zeit zur Befestigung aller Betriebskrankenkassen noch nicht für gekommen. Die Betriebskrankenkassen seien in ihren Leistungen vielfach vorbildlich gewesen. Man solle nur keine Neugründungen zulassen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Das Schlußwort erhält

Gustav Bauer: Er erklärt sich mit den Abänderungsanträgen des Dr. Mayer einverstanden. Der Vermögensunterschied der einzelnen Ortskrankenkassen könne aber bei der Zusammenlegung eine große Rolle nicht spielen, von so kleinen Gesichtspunkten dürfe man in einer so großen Frage nicht ausgehen. Das Proportionalwahlrecht könne jetzt noch nicht eingeführt werden. In zwei Entscheidungen in Düsseldorf und Frankfurt a. M. habe das Oberverwaltungsgericht es für unzulässig erklärt. Selbstverständlich hätten die Referenten nicht beabsichtigt, alle Erwerbstätigen in die Krankenversicherung einzubeziehen. Eine gewisse Grenze, etwa 5000 M. sei selbstverständlich. Damit würde auch den Forderungen des Mittelstandes genügt. Das Recht auf Ueberwachung der Betriebe sei außerordentlich wichtig. Es würde natürlich nur unter Mitwirkung der vorgeordneten Behörde, etwa des Reichsversicherungsamtes, ausgeübt werden. Darauf verzichteten könnten die Krankenkassen nicht, weil Vorbeugen oft wichtiger sei als Heilen. Unter Umständen des gewöhnlichen Lebens verleihe die Rechtsprechung Unfälle innerhalb des Betriebsbereiches. Und so sei auch der Ausdruck der Leitsätze gemeint. Jetzt seien Arbeiter, die durch einen Sonnenstich oder Insektenstich im Betriebe verletzt würden, meist nicht in der Lage, eine Rente zu erwirken. Dem müsse durch eine Uenderung des Unfallversicherungsgesetzes abgeholfen werden. Zum Betriebsbäume gehörten auch der Weg von und zur Arbeit. Vielleicht lasse sich für die Forderung später noch ein präzisier Ausdruck finden. Die Angriffe gegen den Kongress, die von vielen großen bürgerlichen Zeitungen gebracht worden seien, rührten von dem Verbands rheinisch-westfälischer Betriebskrankenkassen her. (Lebhafte Hört! hört!) Es stehe also dahinter die Großindustriellen und der Zentralverband deutscher Industrieller. Wir haben ja in der Debatte gehört, daß jemand, der ernsthaft für die Versicherten strebt, sofort als Sozialdemokrat denunziert wird. Genau so geht es ja den Gewerkschaften, mögen sie nun christlich oder hirscher-dunderisch sein. Der Sozialdemokratie kann das nur angenehm sein, denn das heißt ja die Arbeiter mit der Nase darauf stoßen, daß man nur von ihr politische Leistungen für die Arbeiter erwarten kann. In der Verteidigung der Selbstverwaltung der Krankenkassen sind wir alle einig gewesen, Arbeiter und Arbeitgeber ohne Rücksicht auf die politische und religiöse Anschauung. In dieser Beziehung hat uns der Verlauf des Kongresses durchaus befriedigt. Die Regierung könne es gar nicht rechtfertigen, wenn sie trotzdem die Selbstverwaltung antasten wollte. Der leitende Staatsmann hat wiederholt die deutsche Arbeiterschaft als die intelligenteste der Welt bezeichnet. Darf man ihr da noch ihr bisheriges Recht nehmen, das sie bisher in den Versicherungsinstituten hatte, die doch zu ihrem Wohle geschaffen sein sollen. Die ganze moderne Entwicklung der Kulturvölker ist eine Entwicklung zur Selbstverwaltung und Demokratie. Selbst in Asien ringt sich die Konstitution durch. Aber in Deutschland suchen die maßgebenden Kreise die Arbeiter noch möglichst niederzubehalten. Gegen eine solche rückwärtige Tendenz muß der Kongress ein einheitliches Veto einlegen. Wenn es gelingt, die Millionen Versicherten über die reaktionären Anschläge aufzuklären, werden wir auch die Kraft haben, sie abzuwehren. (Stürmischer, mehrfach wiederholter Beifall.)

Auch der zweite Referent **Albert Rohm** betont in seinem Schlußworte die Wichtigkeit des Rechtes zur Ueberwachung der Betriebe. Zum Schutze der Selbstverwaltung müsse man die Versicherten in ganz Deutschland aufrütteln und eine machtvolle Bewegung durch das ganze Reich entfalten. Die Regierung dürfe keinen Zweifel darüber haben, daß alle Versicherten und alle sozialpolitisch geschulten Arbeitgeber einer Beeinträchtigung der Selbstverwaltung den ärgsten Widerstand entgegenlegen würden. Der Kongress dürfe nur eine Lösung kennen: Erhaltung und Ausbau der Selbstverwaltung der Krankenkassen. (Stürmischer Beifall.)

Es folgt die Abstimmung. Punkt 1 der Leitsätze von Bauer wird nach den Anträgen von Dr. Mayer folgendermaßen gefaßt: „Wenn auch die Zusammenlegung aller Zweige der Versicherung nach wie vor erstrebenswert ist, so ist doch vor allem eine organische Verbindung der Versicherungszweige dringlich.“ Im übrigen werden die Bestimmungen über Organisation, Verwaltung und Wahlverfahren unverändert gutgeheißen. In Punkt 4: Erweiterung des Kreises der Versicherten wird zu der Forderung „Ausdehnung aller Zweige der Arbeiterversicherung auf alle erwerbstätigen Personen“ hinzugefügt: „mit einem Einkommen bis zu 5000 M.“. Im letzten Punkte der Resolution: Ausbau der Leistungen und Befugnisse wird bei der Unfallversicherung die Fassung der Vorlage aufrecht erhalten gegenüber einem Antrage Mayer, die Entschädigung zu gewähren bei jedem Unfall, der unmittelbar oder mittelbar mit dem Betriebe zusammenhängt. Für die Streitigkeiten wird auf Antrag Mayer zu der Forderung „Einheitslichkeit des Rechtswegs für die gesamte Arbeiterversicherung“ (Schiedsgerichte, Reichsversicherungsamt) hinzugefügt: „Gewährung der Rechtshilfe für alle Träger der Arbeiterversicherungs-gesetzgebung“.

In der Gesamtstimmung werden die Leitsätze der beiden Referenten unter lebhaftem Beifall mit allen gegen 4 Stimmen angenommen.

Einmütig gelangt zur Annahme eine Resolution Siebel: „Der Kongress der deutschen Krankenkassen richtet an die gesetzgebenden Körperschaften in Sonderheit an die Regierung als eine unabwendbare Forderung der Versicherten das Ersuchen, bereits zu den vorbereiteten Arbeiten für die Reform der Arbeiterversicherung bzw. des Krankenversicherungsgesetzes Vertreter der Krankenkassen hinzuzuziehen. Besonders saubere und notwendig wird es sein, die Kassendirektoren schon vor dem Abschluß der Regierungsvorlage zur gutachtlichen Äußerung und zur Begründung der Forderungen der Versicherten heranzuziehen.“

Mit sehr großer Mehrheit wird auch eine Resolution Henning angenommen:

„Der Kongress protestiert gegen die Bestrebungen, besondere Kassenleistungen für die Pensionen, Witwen- und Waisenversicherung der Privatbeamten zu schaffen und ersucht das Reichsamt des Innern, den Bundesrat und den Reichstag, diesen Bestrebungen nicht Folge zu leisten. Der Kongress fordert die Verhinderung einer erhöhten Fürsorge für die gesamte lohnarbeitende Bevölkerung und steht den besten Weg dazu in der Erweiterung und dem Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes auf den ganzen Kreis der Arbeiter und Angestellten gemeinsam.“

Die maßgebenden Instanzen bitten der Kongress, in diesem Sinne eine weitergehende Zersplitterung der Versicherungseinrichtungen zu verhindern.“

Auf Antrag Kunde (Hamburg) nimmt der Kongress ferner eine Protestresolution gegen die Verächtlichungen der bürgerlichen Presse an, als trage er einen parteipolitisch sozialdemokratischen Charakter. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der Kongress verurteilt sich mit aller Entschiedenheit gegen die systematisch aufgestellte unwahre Behauptung, als sei er eine parteipolitische Aktion. Es ist eine von den Arbeitgebern in der Kassenverwaltung rücksichtslos anerkannte Tatsache, daß die Krankenkassen in ihrer modernen Entwicklung lediglich den Interessen der Versicherten dienen, und die Personen ihres Vertrauens ohne Rücksicht auf die Parteistellung wählen. Unter der gemeinsamen Leitung der Arbeiter und Arbeitgeber haben sich die Krankenkassen zu einem bedeutungsvollen sozialpolitischen Gebilde entwickelt, während überall da, wo eine von sozialpolitischen Gesichtspunkten unberührte bürokratische Verwaltung besteht, eine ungenügende Fürsorge für die Versicherten zu verzeichnen ist. Die moderne Krankenkassenbewegung ist nach dem Urteil aller Einsichtigen und Vernünftigen auf dem richtigen Wege. Um so nachdrücklicher ist der Versuch zurückzuweisen, Regierung und Gesetzgebung durch wahrheitswidrige Behauptungen in einer ihnen feindlichen Weise zu beeinflussen zu suchen.“

Die Ortskrankenkasse zu Koburg legt eine Resolution vor, die im Hinblick auf die erhöhte Krankheitsziffer durch die Steigerung aller Lebensmittelpreise zum Protest gegen die Inflation auffordert.

Der Vorsitzende erklärt jedoch, daß diese Resolution einen politischen Charakter trage und läßt sie zur Besprechung nicht zu.

Die Centrale der Krankenkassen wird damit beauftragt, eine Zusammenstellung der Leistungen der Krankenkassen vorzunehmen, die aber das Mindestmaß hinausgehen.

Der nächste allgemeine deutsche Krankenkassenkongress wird wiederum in Berlin stattfinden. Den Zeitpunkt seines Zusammentritts zu bestimmen, wurde dem Vorstande überlassen. Wahrscheinlich wird er erst nach der Veröffentlichung des endgültigen Regierungsentwurfes einberufen werden.

Zum Schluß hielt Prof. Dr. Worn einen Vortrag über Rahn-pflege und Krankenkassen. Er demonstrierte Präparate von Rahn-erkrankungen und betonte besonders den hohen und finanziellen und gesundheitlichen Nutzen einer vorbeugenden Behandlung.

„Das ist doch unerhört, hier auf wehrlose Menschen einzuschlagen.“

Ein Raufspiel zu den Arbeitslosendemonstrationen am Schiffbauerdamm bildete den Gegenstand eines umfangreichen Strafprozesses, der gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Westermann vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I geführt wurde. — Wegen Beleidigung und Widerstandes ist der Klempner und jetzige Gewerkschaftssekretär im Metallarbeiter-Verbande, Emil Blumenthal, angeklagt, welcher von den Rechtsanwälten Dr. Heine-mann und Kurt Rosenfeld verteidigt wird. Als Vertreter der Anklage fungiert Staatsanwaltschaftsrat Wanning. Zu der Verhandlung sind etwa 30 Zeugen geladen, darunter der in dem kürzlich verhandelten Aufrührerprozeß vielgenannte Polizeihauptmann Schmidt, sowie zwei andere Polizeioffiziere. — Der Anklage liegen die bekannten Vorgänge zugrunde, die sich in dem Gewerkschaftshause des Metallarbeiter-Verbandes in der Charitéstr. 3 anlässlich der Arbeitslosen-Ansammlungen am Schiffbauerdamm am 21. Januar d. J. ab-gespielt haben sollen.

Was liegt der Anklage zugrunde?

Der Angeklagte Blumenthal, der schon in dem Aufrührer-prozeß eifrig vernommen worden ist, gibt etwa folgende Darstellung von den Vorgängen, die sich mit seinem damaligen Zeugnis deckt: Am 21. Januar habe er wegen starken Arbeitsmangels über Mittag im Bureau gearbeitet; als er gegen 4 Uhr die Tür öffnen wollte, um die auf der Treppe wartenden Leute hineinzulassen, habe er plötzlich unten im Hausflur des Gebäudes Lärm vernommen. Als er sich nach der Ursache erkundigen wollte und sich zu diesem Zwecke über das Treppengeländer gebeugt habe, habe er

einen Schutzmänn mit dem hochgehobenen Säbel in der Faust die Treppe hinaufstürmen sehen. Dieser habe sich sofort auf einen der Wartenden, einen gewissen Thomashed, gestürzt, ihm gesagt, er solle machen, daß er fortkomme, und nach der ruhigen Erwiderung Thomasheds, er gehöre hierher,

mit dem Säbel auf ihn losgeschlagen.

Jeder sei höchst entrüstet gewesen über diese Handlungsweise des Beamten. Er (Blumenthal) habe dem Schutzmänn zugerufen: „Wie können Sie es wagen, einen wehrlosen Menschen mit dem Säbel zu schlagen? Das ist ja eine unerhörte Unverschämtheit.“ Der Schutzmänn habe ihm darauf geantwortet:

„Machen Sie, daß Sie wegfommen, sonst kriegen Sie auch eins!“

Da er eine Treppe tiefer einen Polizeioffizier habe stehen sehen, den er später als den Polizeihauptmann Schmidt kennen gelernt habe, so habe er sich nach unten begeben, um sich über den Schutzmänn zu beschweren. Der Polizeihauptmann Schmidt, der in großer Erregung gewesen sei, habe ihn ange-schrielt: „Machen Sie, daß Sie in Ihre Behausung kommen.“ Energisch habe er betont, er sei hier in seinem Hause, und er sei berechtigt, hier auf Ordnung zu sehen; das Benehmen des Schutzmänn aber, auf einen wehrlosen Menschen mit der Waffe einzuschlagen, sei unerhört. Da habe der Polizeihauptmann zu dem von oben kommenden Schutzmänn gesagt:

„Nehmen Sie den Mann auch fest.“

Obwohl er sofort mitteilte, daß er in dem Hause ange stellt sei, habe ihn der Beamte, zu dem sich bald ein zweiter von unten kommender gefellte, einfach beim Kragen gepackt und ihn die Treppe hinuntertransportiert, wobei er unter Puffen und Stößen hinuntergeschleift worden sei.

Auf der Polizeiwache

habe man ihn in eine Zelle gesteckt

und längere Zeit darin gelassen. Erst nach 2-3 Stunden habe man ihn wieder herausgeholt und dem Kriminalwachmeister vorgeführt. Dieser habe ihm aus einem Schriftstück vorgelesen, daß der Polizeihauptmann Schmidt angegeben habe, er (Blumenthal) habe auf ihn mit einem Knüttel eingeschlagen! Er habe erst über diese Behauptung lachen müssen, da er nur mit dem Federhalter in der Hand aus seinem Bureau herausgekommen sei, und der Polizeihauptmann doch unmöglich einen

Federhalter für einen Knüttel angesehen haben konnte. Nach seiner Vernehmung sei er dann ohne weiteres entlassen worden.

Beweisaufnahme.

Der als Zeuge geladene Polizeihauptmann Schmidt befindet sich folgendes: Am 21. Januar nachmittags seien bei dem Tumult am Schiffbauerdamm Schutzeute mit Steinen betworfen und auch beschossen worden. Als er die Nachricht erhalten habe, daß auf dem Karlsplatz Schutzeute von der Menge heftig angegriffen wurden, habe er sich sofort mit mehreren Beamten dorthin begeben. Hier habe ihm der zu Werke befindliche Polizeileutnant Sacius, der vor dem Hause Charitéstraße 3 hielt, mitgeteilt, daß mehrere der Exzedenten in dieses Haus hineingedrungen wären. Er bemerkte, daß die Tür von innen zugehalten wurde und habe diese erst durch einen starken Stoß öffnen können. Der Hausflur sei dicht mit Menschen angefüllt gewesen, die sofort die Flucht über den Hof ergriffen hätten. Beim Öffnen der Tür habe er einen Schlag mit

etnem Knüttel oder Schraubenschlüssel über die Hand erhalten. Er habe sich für berechtigt gehalten, in das Haus einzudringen. Er sei dem letzten Flüchtling mit gezogenem Säbel nachgejagt. Auf der Treppe des Seitenflügels sei er dann von einem Schuttmann überholt worden, der noch ein Stadtwerk höflich wie er gelaufen sei. Wahrscheinlich durch den Lärm angelockt, hätten oben Leute über das Geländer gesehen, die, als sie die Schuttmann bemerkt, sofort auf diese hinuntergefallen und Ausdrücke wie „Blutthunde, Lumpen“ und andere gebraucht. Da er einen Angriff gefürchtet habe, so habe er den Säbel gezogen gehalten. Der Angeklagte sei erregt an ihn herangekommen. Von einer „Beschwerde“ habe dieser kein Wort gesagt, wohl aber habe er sich des Ausdrucks „unverschämte“ bedient und sich angemacht, ihn (Schmidt) aus dem Hause zu weisen. Da er in dem Verhalten des Blumenthal die Kriterien der Beamteneileidigung und der Vergünstigung erblickt habe, so habe er dem Schuttmann Preis zugeworfen: „Nehmen Sie den Mann fest!“ Blumenthal habe sich am Treppengeländer festgeklemmt und seiner Festnahme heftigen Widerstand entgegengesetzt, so daß er nur mit vieler Mühe die Treppe hinuntergebracht werden konnte. Von dem Säbel sei in seiner Gegenwart keinesfalls Gebrauch gemacht worden. Der Angeklagte sei in großer Erregung gewesen, obgleich er gar keine Veranlassung dazu hatte, sich zum Sachwalter für Leute aufzuwerfen, die etwas begangen haben. Durch das Dazwischentreten des Angeklagten sei es den Exzessanten, die sich in das Haus geflüchtet hatten, möglich geworden, sich zu verbergen. Er habe den Angeklagten nicht gelangt, auch nicht das Haus und habe nicht gewußt, daß in dem Hause eine Verbandsliste ist.

Der Angeklagte bleibt demgegenüber dabei, er habe den Hauptmann Schmidt in der höflichsten Weise aufgefordert, den Mißhandelten vor weiteren Mißhandlungen zu schützen. — Polizeihauptmann Schmidt betont ferner, er habe kein Wort davon gesagt, daß ihn der Angeklagte mit dem Knüttel geschlagen habe.

Es wird festgestellt, daß diese Version auf einem Irrtum beruhe. Der Schuttmann Preis behauptet, daß er dem Thomashel erst

einmal mit dem Säbel verfehrt habe, als dieser sich widerlegte. Thomashel sei dann verschwunden. Der Angeklagte habe sich dann plötzlich eingemischt und gesagt: es sei eine Verleumdung, den Mann zu schlagen. Dasselbe habe er auch dem Hauptmann Schmidt gegenüber wiederholt. Als der Angeklagte weggeführt werden sollte, habe er sich zwar mit einer Hand am Geländer festgehalten, aber von einem eigentlichen Widerstand sei nichts zu bemerken gewesen. Der Angeklagte sei sehr aufgeregt gewesen.

Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Heinemann, was denn nun Thomashel getan habe, behauptet der Zeuge: Er habe Th. für einen der Exzessanten gehalten und ihn aufgefordert, das Haus zu verlassen. Th. habe sich geweigert, indem er sagte, er gehöre in das Haus und habe dort zu tun; da habe er den Th. festgehalten und da es ihm schien, als ob Th. auf ihn losgehen wollte,

habe er auf ihn geschlagen. Auch Schuttmann Podrandt, der den Angeklagten nach der Wache gebracht, hat von einem Widerstande nichts bemerkt.

Schuttmann Schad macht dieselbe Aussage wie der Vorzeuge.

Metallarbeiter Thomashel:

Er sei aus Polen zurückgekommen und, um sich anzumelden, zum Bureau des Metallarbeiterverbandes hinaufgegangen, ohne daß irgend etwas von einem Kravall zu bemerken war. Als er eine Viertelstunde gewartet habe, sei der Schuttmann Preis heraufgestiegen und habe ihn angeherrscht: „Machen Sie, daß Sie hier wegkommen!“ Als er darauf erwiderte, er gehöre ja hierher, habe der Schuttmann ihm

sofort zwei Schläge mit dem Säbel

verfehrt. Dann wollte er ihm noch einen dritten Schlag geben, er habe sich aber schnell gebückt und so habe der Säbel das Geländer getroffen. Auch ein

Zutritt

habe ihm der Schuttmann noch geben wollen, er habe sich aber schnell in Sicherheit gebracht.

Arbeiterin Anna Schäfer,

die gleichfalls vor dem Bureau gemartet hat, bestätigt die Angaben des Thomashel. Schuttmann Preis habe sofort losgeschlagen, ohne hinzusehen, wer dort stand. Nach ihrer Meinung hat der Angeklagte, nachdem er seine Tür geöffnet, nur gesagt: „Das ist doch unerhört, hier auf wehrlose Menschen loszuschlagen!“

Frau Anna Müller und die Beggin Herm schließen sich ganz der Vorzeugin an.

Auch die Vernehmung einer Reihe weiterer Zeugen ergibt dasselbe Bild über die Vorgänge, bei denen der Angeklagte beteiligt war. Im übrigen wird noch festgestellt, daß die Schuttmann bei ihrem Eindringen auf den Hof auch

Frauen und Kinder verfolgt

haben. Die Frau des Portiers Lachnit, die vor einem Eingange sah und zu dem herantretenden Schuttmann lediglich sagte, hier sei nur ihre Tochter heraufgegangen, wurde ohne weiteres mit den Worten angefahren: „Machen Sie, daß Sie wegkommen, dämliches Weib!“, von drei Knaben, welche über den Hof geflüchtet waren, waren zwei über den Zaun geklettert, um sich der Verfolgung zu entziehen und einer hatte sich hinter dem Müllkasten versteckt. Dieser wurde von einem Schuttmann mit dem Säbel hervorgehakt, und ein Zeuge hatte auch den Eindruck, als ob der Knabe mit der starken Klinge geschlagen sei.

Die außerordentliche Aufregung des Polizeihauptmanns und der Schuttmann wird von diesen Zeugen bezeugt. Auf eine Reihe weiterer Zeugen wird allseitig verzichtet und die Beweisaufnahme geschlossen.

Der Staatsanwalt läßt nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme die Anklage wegen Widerstandes fallen, auch gibt er zu, daß eine objektive Veranlassung für den Schuttmann Preis zu seinem Vorgehen gegen den Thomashel nicht vorlag. Aber er bestreitet, daß der Angeklagte sich einmischen und den von ihm selbst zugegebenen Ausdruck „unverschämte“ anwenden durfte. Das sei eine Verleumdung, wofür er eine Geldstrafe in Höhe von 50 Mark oder im Nichtbetreibungsfalle je einen Tag Gefängnis für je 5 Mark beantrage.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann gibt zu, daß der Ausdruck „unverschämte“ an sich beleidigend sei, aber dem Angeklagten steht der § 193, der ihm den Schutz der Verteidigung berechtigter Interessen zubilligt, zur Seite. Als Vorstandsmitglied des Metallarbeiterverbandes hatte er das Recht und die Pflicht, die Mitglieder des Verbandes gegen Ausschreitungen der Polizei zu schützen. Ein Erkenntnis des sächsischen Oberlandesgerichts erkennt ausdrücklich an, daß die Ausdrücke „unverschämte“ und „Gemeinheit“ einen absolut beleidigenden Charakter nicht haben, wenn nicht aus den besonderen Umständen auf die beleidigende Absicht geschlossen werden müsse und das sei hier doch ganz ausgeschlossen, vielmehr habe der Angeklagte aus verletztem Rechtgefühl und im Gefühl der beleidigten Würde des Verbandes heraus gehandelt. Daß der Tatbestand des Widerstandes nicht vorliegt, hat der Staatsanwalt selbst anerkannt. Falls aber der Gerichtshof zu einer anderen Auffassung kommen sollte, so sei hinzuweisen, daß von einem Widerstand schon deswegen keine Rede sein könne, weil die Beamten sich nicht in der berechtigten Ausübung ihres Amtes befanden. Die Treppen gehören zu den Bureauzimmern und sind ein Teil derselben. Sollte man selbst den Beamten das Recht der Durchsuchung zugestehen, so greift doch mindestens § 108 der Strafprozessordnung Platz, wonach der Inhaber oder Vertreter des Inhabers der Durchsuchung betreten darf. Dieser

Vertreter aber, Herr Seybold, sei, obwohl er an die Beamten herantretend, um sich darum zu kümmern, was vorgehe, in barschster Weise zurückgewiesen. Ueberhaupt sei das Vorgehen der Beamten und die Art des Waffengebrauchs ganz unerhört und empörend. Die Beamten haben so gehandelt, als ob überhaupt keine Bestimmungen über den Gebrauch der Waffen vorhanden sind. Dabei ist durch Erlaß vom 4. Februar 1894 ausdrücklich vorgeschrieben, daß sie sich der Waffen nur bedienen dürfen

a) wenn Gewalt oder Täuschung gegen sie selbst, indem sie sich in Dienstfunktion befinden, ausgeübt werden, b) wenn auf der Tat entdeckte Verbrecher, Diebe, Schleihhändler usw. ihren Aufforderungen, um zur nächsten Obrigkeit geführt zu werden, nicht ohne tätlichen Widerstand Folge leisten und sich der Verschlagnahme der Effekten oder Waren und Fahrwerke oder ihrer Verhaftung mit offener Gewalt oder mit gefährlicher Drohung widersetzen,

c) wenn sie auf andere Art den ihnen zugewiesenen Posten nicht besaßen oder die ihnen anvertrauten Personen nicht beschützen können.

Es liegt ihnen jedoch auch in diesen Fällen ob, die Waffen nur zu gebrauchen, nachdem gelinde Mittel fruchtlos angewendet sind. Und nur wenn der Widerstand so stark ist, daß er nicht anders als mit bewaffneter Hand überwunden werden kann, selbst dann noch müssen sie mit möglichster Schonung gebraucht werden.

Nichts von alledem lag hier vor, so daß schon aus diesem Grunde ein eventuellem Widerstand berechtigt gewesen wäre. Statt dessen hat der Angeklagte sich lediglich verbeeten, angefaßt zu werden, da er freiwillig mitginge, dem Beamten die Sicherung also nicht erschwert, sondern erleichtert. Es rechtfertigt sich daher die vollständige Freisprechung.

Rechtsanwalt Rosenfeld schließt sich den rechtlichen Auffassungen Dr. Heinemanns an und brandmarkt das ganz unzulässige Vorgehen der Polizei, das durchaus ungesetzlich und unzulässig war. Die Polizei hatte im höchsten Maße die Aufgabe, die Strafe von den Demonstranten zu säubern und für den Verkehr freizubehalten. Nachdem das geschehen, lag gar kein Anlaß vor, die Flüchtigen noch weiter in das Haus zu verfolgen. Statt dessen drang Polizeihauptmann Schmidt und seine Leute mit gezogenem Säbel in das Haus ein, ohne sich an die Vorschriften über den Waffengebrauch zu binden. Ohne weiteres wurde auf Leute eingeschlagen und selbst Kinder und Frauen wurden beschimpft. Man mißhandelte die Leute, die herauskamen und ließ sie dann ruhig weitergehen, ohne sie zu sistieren. Das zeigt, daß auch die Schuttmann auf dem Hofe ebenso erregt und grundlos eingeschlagen haben, wie Preis auf dem Thomashel.

Nach etwa 1/2stündiger Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Westermann, daß der Gerichtshof nicht den geringsten Zweifel daran habe, daß die Schuttmannschaft zu dem Eindringen ins Haus berechtigt gewesen sei; aber ebenso wenig ist der Gerichtshof darüber zweifelhaft, daß der Schuttmann Preis seine Befugnisse überschritt, als er den Arbeiter Thomashel mißhandelte. Hätte der Angeklagte es dabei bewenden lassen, dieses Benehmen des Schuttmanns Preis als unverschämte zu bezeichnen, so wäre er zwar sehr weit gegangen, doch hätte man daraus auf eine Absicht der Beleidigung nicht schließen können. Der Angeklagte ist aber auch zu dem Polizeihauptmann Schmidt gegangen und hat ihm gegenüber in barscher Weise das gesamte Auftreten der Polizei im Hause als „unverschämte“ bezeichnet. Hierin liegt eine Verleumdung. Als strafverschärfend kommen die Vorstrafen des Angeklagten in Betracht, als strafmildernd die hochgradige Erregung, in die der Angeklagte durch das vorausgegangene Auftreten des Schuttmanns Preis veretzt werden mußte. Als angemessene Strafe habe der Gerichtshof daher auf eine Geldstrafe von 50 Mark erkannt oder im Nichtbetreibungsfalle je einen Tag Gefängnis für je 10 Mark.

Von der Anklage wegen Widerstandes wird der Angeklagte freigesprochen.

So ist denn die verletzte Majestät der Polizei an ihrem frebleben Verleider gerächt, er soll seine Tat mit Erlegung von 50 Mark sühnen.

Aus dem Urteil des Gerichtshofes ergeben sich für den Staatsbürger mit seinem beschränkten Untertanenverstand sehr eigentümliche Folgerungen.

Jeder Hauswirt sowie sein Vertreter sind bei Tumulten nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, das Haus zu schließen und geschlossen zu halten. Das Gericht aber sagt: die Polizei darf ein bei Tumult geschlossenem Hausstor gewaltsam öffnen und sich den Eintritt in das verschlossene Haus erzwingen, auch wenn es sich nicht darum handelt, etwa in das Haus geflüchtete Leute zu ergreifen, um sie vorübergehend an dem Verbrechen der Zusammenrottung zu verhindern. Zwar sind die Formen, welche bei der Durchsuchung eines Hauses zu beobachten sind, im Gesetz genau vorgeschrieben, aber die Polizei braucht sich an sie nicht zu halten.

Und wie begründet das Gericht diese Meinung, nach welcher die Polizei einen Freidrief zum Eindringen in geschlossene Häuser hat. Nur, die Begründung ist so, wie sie bei den Gerichtsurteilen zu sein pflegt, wenn wirkliche Gründe fehlen. Bei der Verurteilung des Urteils sagte der Vorsitzende einfach, das Gericht hat nicht den geringsten Zweifel, daß die Schuttmannschaft berechtigt war, das Haus zu betreten. Es wäre auch seltsam, wenn ein preussisches Gericht an dem Rechte der Polizei irgendwie zweifeln wollte.

Aber ganz hat sich das Gericht dem Eindruck doch nicht entziehen können, daß das Handeln der Schuttmann nicht zu billigen war. Ausdrücklich hat der Gerichtshof anerkannt, daß der Schuttmann Preis gar keine Veranlassung hatte, den Arbeiter Thomashel mit dem Säbel zu mißhandeln. Und er hat sogar dem Angeklagten Blumenthal das Recht zugestanden, dieses Vorgehen des Preis als unverschämte zu kennzeichnen. Warum ist denn dann aber Blumenthal bestraft worden? Widerstand hat er nicht geleistet. Die Mißhandlung des Thomashel als unverschämte zu bezeichnen, war er berechtigt. Was hat er denn nun weiter getan? Die Beweisaufnahme hat etwas weiteres nicht ergeben. So hätte denn Blumenthal freigesprochen werden müssen. Aber ein Freispruch wäre gleichzeitig eine Verurteilung der Polizei gewesen. Und wenn der Gerichtshof auch nicht alle Polizeitaten beden und den Schuttmann Preis preisgeben will, so kann er doch nicht die gesamte Polizei verurteilen. Nur hat Blumenthal sich bei dem Polizeihauptmann Schmidt über das Benehmen des Schuttmanns Preis beschwert und Hauptmann Schmidt meint, das sei in barscher Zone geschehen, so daß er die Beschwerde auch auf sich beziehen konnte. Daraus deduziert dann der Gerichtshof, daß Blumenthal das gesamte Vorgehen der Polizei als ein unverschämtes kennzeichnen wollte und damit auch die Absicht verfolgte, die Polizeibeamten zu beleidigen.

Merkt es Euch also, Arbeiter. Einzelne untergeordnete Organe der Polizei können vielleicht einmal über das Ziel hinausschießen. Die Polizei als solche niemals.

Somit hat denn auch dieser Prozeß wieder gezeigt, was in Preußen allerdings keines Beweises mehr bedurfte, daß die Polizei faktisch ist, daß die Taten der Polizei immer rechtmäßig und gelegentlich sind.

Der Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Leipzig, den 12. Mai.

Vom 12. bis 15. Mai hält im hiesigen „Volkshaus“ der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen seinen fünften Verbandstag ab. Der Geschäftsbericht der Hauptverwaltung, derassenbericht, der

Bericht des Ausschusses sowie die Anträge zum Verbandstag liegen in einer 88 Quartseiten starken Druckchrift vor. Die Berichte erstrecken sich über die Zeit vom 1. Januar 1906 bis zum 31. Dezember 1907. Die Tätigkeit der Hauptverwaltung war in den beiden Jahren umfangreicher als je zuvor. Der Verband hat gute Fortschritte gemacht. Wenn auch die Mitgliederzahl nicht, wie man auf dem vorigen Verbandstag in Köln hoffte, auf 8000 gestiegen, so hatte es der Verband am Jahresabschluss 1907 doch schon auf über 6700 Mitglieder, unter ihnen 671 weibliche, gebracht. Im Jahre 1906 betrug die Mitgliederzunahme 2401, im Jahre 1907 393. Daß sie im letzten Jahre weit geringer war, als im vorherigen, ist zu einem guten Teil auf die allgemeine Wirtschaftskrise wie auch auf den regnerischen Sommer zurückzuführen, der ebenfalls die Arbeitslosigkeit im Gastwirtsgerwerbe stark verminderte. Als der Verband im Jahre 1898 gegründet worden war, zählte er nur 915 Mitglieder, am Jahresabschluss 1905 waren es 3908 Mitglieder und in den letzten beiden Jahren stieg die Mitgliederzahl um 2704 oder um 71,49 Proz. Die bisherigen englischen Ortsverwaltungen, die 310 Mitglieder zählten, sind im Jahre 1907 nach einem Ueberkommen mit der Hauptverwaltung aus dem Verband ausgegliedert und haben sich zu einem englischen Gastwirtsgehilfenverband zusammengeschlossen, befinden sich aber nach wie vor in enger Fühlung mit dem deutschen Verband. Die Ausscheidung der englischen Ortsverwaltung trug auch dazu bei, daß der Mitgliederzuwachs im Jahre 1907 geringer war, als 1906. Die Zahl der Ortsverwaltungen ist in der Berichtszeit von 43 auf 58 gestiegen.

Die Agitation erstreckte sich über das ganze Reich. Nicht weniger als 185 Städte wurden in den zwei Jahren mit Referenten von der Hauptverwaltung besichtigt. Hierzu kommen noch 51 Orte, wo Referenten aus benachbarten Städten tätig waren. Besondere Aufmerksamkeit wurde auch den Saisonplätzen — Bade- und Kurorten — gewidmet, wo die Kellner oft unter sehr vielen und kranken Mißständen zu leiden haben. Manche opfern ihr letztes Geld den Stellenvermittlern, um auf einem solchen Saisonplatz unterzukommen, müssen dann wochenlang Aufräumungs- und Putzarbeiten verrichten und sind schließlich in der Hochsaison auf Trinkgeldjagd angezwungen. — Verschiedene Agitationsflugblätter wurden in Zehntausenden von Exemplaren gedruckt und verbreitet. Die Broschüre über die Bundesratsverordnung für das Gastwirtsgerwerbe wurde in neuer Auflage in 10 000 Exemplaren herausgegeben.

Ueber Arbeitsnachweis und Stellenermittlung wird berichtet, daß entsprechend einem Beschlusse des Kölner Verbandstages, die Ortsverwaltungen in vielen Städten auf die Errichtung paritätischer oder städtischer Arbeitsnachweise für das Gastwirtsgerwerbe hingearbeitet haben. In mehreren Städten wird noch über die Frage mit den Wirtsvereinen oder den Stadtbehörden verhandelt. Merkwürdig ist, daß der Magistrat von Hannover erklärte, dem Wunsche der Gastwirtsgehilfen nicht nachkommen zu können, da es der Stadt an Räumlichkeiten fehle. In Bremen, wo schon seit Jahren über einen paritätischen Nachweis verhandelt wird, fordern die Wirte, daß die Stellenjuchenden bezahlen sollen, woran natürlich die Verhandlungen scheitern müssen. In Hamburg sind die Verhandlungen gescheitert, weil der reiche Gastwirtsverein keinerlei Opfer für einen Nachweis auf sich nehmen will. In vielen Fällen dienen der Deutsche Kellnerbund sowie der Genfer Kellnerverband und andere berartige Ständevereine zum Schutze der geschwächten Stellenvermittlung. Mit Erfolg haben die Gewerkschaften Berlins einen Kampf gegen die gewerksmäßige Stellenvermittlung durchgeführt. Für das Gastwirtsgerwerbe sind Fachabteilungen städtischer Arbeitsnachweise errichtet worden in Magdeburg, Elberfeld, Düsseldorf, Dortmund, Frankfurt a. M.

Zu erwähnen ist hier noch, daß am 18. Dezember 1906 im Berliner Polizei-Präsidium eine Sitzung stattfand, einberufen vom Preussischen Handelsministerium, zu der auf der einen Seite der Bund der Stellenvermittler, auf der anderen Seite unser Verband geladen war, um zu dem Entwurf einer neuen Verordnung sich zu äußern. Derselbe ist im April 1907 erschienen und findet sich im „Gastwirtsgehilfen“ Nr. 17 von 1907 und auch in der D.-B.-Broschüre abgedruckt.

Streiks, Sperren und Maßregelungen waren in einer ganzen Reihe von Städten zu verzeichnen. Die Streiks und Sperren erstreckten sich meist nur auf einzelne Betriebe. Regelrechte Lohnkämpfe gehören im Gastwirtsgerwerbe immer noch zu den Seltenheiten. Der Deutsche Kellnerbund wie der Genfer Verband haben sich hier und da bei den Kämpfen wieder als Streikbrechertlieferanten hervorgetan. Gleichwohl konnten die Lohnbewegungen und Streiks in den meisten Fällen mit Erfolg durchgeführt werden, ein Beweis dafür, daß Streiks im Gastwirtsgerwerbe wohl möglich und auch zweckmäßig sind, wenn sie richtig eingeleitet und geführt werden. In dem Bericht wird jedoch betont, daß der Streik nur als letztes Mittel, wenn alle anderen Mittel versagen, angewandt werden soll.

Ueber die Bundesratsverordnung sagt der Bericht, daß sie immer noch sehr mangelhaft durchgeführt wird, und daß die Kontrolle durch die Aufsichtsbehörden sehr viel zu wünschen übrig läßt. Durchgreifende Besserung ist nur zu erwarten, wenn eine genügend starke Organisation dem Gesetze Achtung verschafft. Ferner wird die Petition des Verbandes auf Einführung der höchsten möglichen Ruhezeit für alle Gastwirtsangestellten erwähnt, die bekanntlich samt der Petition des Hoteldienerverbandes auf Ausdehnung der geltenden Bundesratsverordnung auf das gesamte Hülfspersonal dem Reichsanwalt zur Berücksichtigung überwiegen ist. — Für die Bahnhofswirtschaften ist die Bundesratsverordnung bekanntlich durch Ministererlaß ein wenig verbessert worden, was in dem Bericht für durchaus angebracht erklärt wird, unter anderem auch deswegen, weil die Bahnhofswirte mit Vorliebe Beherlinge und junge Leute beschäftigen.

Mit Gewerkschaftshäusern hat der Verband in verschiedenen Städten, wie Berlin, Leipzig, Solingen, Wlauen, Düsseldorf, Halle usw., Tarifverträge abgeschlossen, die dem reichspolitischen Amt auf Wunsch zur Verfügung gestellt wurden.

Unter den Kellnerinnen wurde ebenfalls eine rege Agitation für den Verband entfaltet an der sich auch die Arbeitersekretärin Fräulein Grünberg aus Nürnberg beteiligte. In Wlauen und verschiedenen anderen süddeutschen Städten wurden besondere Abteilungen für die Gastwirtsgehilfinnen gegründet. Die Münchener Kellnerinnen führten beim Oktoberfest 1906 eine Lohnbewegung durch, die guten Erfolg hatte.

Auch die Organisation des Hülfspersonals hat der Verband von Anfang an für seine selbstverständliche Pflicht erachtet, während die anderen Kellnerorganisationen mit ihrem trüben Standesdünkel auf das Hülfspersonal herabzublicken. Mit dem Hoteldienerverband hat der Gastwirtsgehilfenverband durch Vermittlung der Generalkommission ein Ueberkommen getroffen, wonach gegen den Anschluß der Hilfsstellen jenes Verbandes an die Gewerkschaftsartelle kein Einspruch erhoben wird, da der Verband auf eine Verschmelzung mit dem der Gastwirtsgehilfen hinarbeitet. Grundfähig haben sich die Hotelbiener auch bereits auf ihrem Verbandstag im April 1907 für die Verschmelzung ausgesprochen. Später ist dann ein Kartellvertrag zwischen beiden Verbänden abgeschlossen worden.

Der Kampf gegen den Kost- und Logiszwang, der im Herbst 1904 durch eine zu diesem Zweck gebildete Kommission eingeleitet wurde, ist in den letzten zwei Jahren mit aller Energie weitergeführt worden. Die im Deutschen Reich vorgenommenen Erhebungen, zu deren Zwecke 88 000 Fragebogen ausgegeben worden waren, sind beendet und das Resultat ist in einer von Richard Calver verfaßten Broschüre niedergelegt worden. Zurzeit ist die Kommission mit weiteren Erhebungen beschäftigt.

Das Verbandsorgan „Der Gastwirtsgehilfe“, das, neben dem „Hotelbiener“, das einzige Organ im Verufe ist, das mit Unterschiedlichkeit die Interessen der Angestellten wahrnimmt und gegen die vielen Mißstände, wie besonders gegen den Stellenhader energig ankämpft, hat auch in den letzten Jahren immer größere Verbreitung gefunden. Im Jahre 1904 betrug die Auflage 1500

Exemplare, 1900 war sie auf 2500 gestiegen, 1905 auf 5200, und 7800 Exemplare erreichte sie 1907. Der Redakteur Boesch war in der Verhaftung wiederholt angeklagt. Die Prozesse endeten teils mit Freisprechung, teils mit Geldstrafen von 70 und 125 Mark. Ein Prozeß schwebt noch in der Berufungsinstanz.

Mit den internationalen Verbindungen des Verbandes wird sich eine besondere Konferenz befassen, die gleich nach dem Verbandstag, und zwar in Berlin stattfindet.

Der Kassendirektor zeugt von einem günstigen Stand der Finanzen des Verbandes. Die Abrechnung der Hauptkasse schließt mit der Bilanzsumme von 136 773,70 M. ab. Für Streifen- und Gemaßregelunterstützung wurden 1421,90 M. ausgegeben, für Rechtschutz der Mitglieder 1680,80 M., für Hinterbliebenenunterstützung 2300,50 M., für das Verbandsorgan 21 500 M. Eine Uebersicht über die gesamten Einnahmen und Ausgaben des Verbandes in den Jahren 1906 und 1907 ergibt die Bilanzsumme von 312 553,66 M., und unter den Ausgaben ist die Summe von 21 170,10 M. für Krankenunterstützung. Das Verbandsvermögen ist im Laufe der zwei Jahre von 42 638,57 M. auf 70 590,93 M. gestiegen.

Besonders erwähnenswert ist auch der Arbeitsnachweisbericht, der ergibt, daß, soweit Berichte aus den einzelnen Ortsvereinigungen vorliegen, 5162 feste und 170 843 Ausschüßstellen, den Grundzügen des Verbandes entsprechend, unentgeltlich vermittelt wurden. Wären diese Stellen durch die Hände der gemeinnützigen Stellenvermittler gegangen, so hätten dafür mindestens 116 781,90 M. nach den ortsüblichen Gebühren bezahlt werden müssen.

Aus der Partei.

Die Beerdigung des Genossen Karl Heine

fand am Dienstagvormittag auf dem Hamburger Zentralfriedhof statt. Dem imposanten Zuge wurde die alte Hamburger Parteifahrer begleitet. Viele prächtige Kränze wurden als Zeichen äußerer Teilnahme am Grabe niedergelegt. Genosse Frohne hielt eine ergreifende Trauerrede, in der er des wechselvollen Proletarierlebens des Verstorbenen gedachte.

Das Opfer des Remer Schandfäulenprozesses, Genosse Redakteur Hans Markwald von der „Königsberger Volkszeitung“, wird morgen früh in Allenstein seine ihm von der Schubert-Kammer auferlegte Strafe von 1 Jahr 8 Monaten antreten. Hoffentlich übersteht Genosse Markwald die lange Strafzeit ohne Gesundheitsschädigung.

Zum Parteisekretär für das badische Oberland (Sitz Freiburg) ist Genosse Engler gewählt worden. Es ist dies nunmehr das vierte Parteisekretariat, welches die sozialdemokratische Partei in Baden unterhält, nämlich: 1. Romheim (11. Kreis), 2. Heidelberg (12. und 14. Kreis), 3. Karlsruhe (7., 8., 9. und 10. Kreis), 4. Freiburg (1., 2., 3., 4., 5. und 6. Kreis).

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Tendenz des Blattes als Strafschuldungsgrund.

Wegen Beleidigung des Unteroffiziers S. ist am 27. Februar der verantwortliche Redakteur des Volksblattes, Genosse Leopoldt in Halle a. S. vom dortigen Landgerichte zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Sachverhalt war in der betreffenden Notiz an sich richtig wiedergegeben, nur war die Behauptung, daß der Unteroffizier einen Soldaten gepeinigt hätte, als nicht erweislich wahr erachtet worden. Das Gericht erließ in der Behauptung eine grundlos und selbst dem Unteroffizier zugehörige Beleidigung. Bei der Strafmessung wurde berücksichtigt die außerordentlich große Art der Beleidigung und der Umstand, daß das „Volksblatt“ vielfach auf Verächtlichmachung der staatlichen Beamten und Einrichtungen und auf Verhöhnung der einzustellenden Rekruten gegen die militärischen Einrichtungen ausgeht. — Die gegen das mit dieser eigenartigen Verurteilung gefällte Urteil eingelegte Revision wurde gestern vom Reichsgericht verworfen.

Soziales.

Bundesratsverordnung.

betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung elektrischer Akkumulatoren aus Blei oder Bleioxidverbindungen. Der gestrige „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bundesratsverordnung vom 6. Mai über die Einrichtung von Anlagen zur Herstellung elektrischer Akkumulatoren aus Blei oder Bleioxidverbindungen. Die Verordnung stimmt inhaltlich mit der mit Billigkeit bis zum 1. Juli 1908 erlassenen Bundesratsverordnung vom 11. Mai 1908 über denselben Gegenstand überein. Sie tritt am 1. Juli in Kraft. Das Verbot der Verwendung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern zu solchen Verrichtungen, welche sie mit Blei oder Bleioxidverbindungen in Berührung bringen, war in der alten Verordnung nur mit Beschränkung für die Zeit bis zum 30. Juni 1908 erlassen. Die neue Verordnung bringt diese Zeitbeschränkung in Fortfall.

Gegen Bauarbeiterlohn.

Wegen Nichtbefolgung der Bauarbeiterlohnvorschriften verurteilte das Landgericht in Augsburg dieser Tage den Bauarbeiter Weingärtel zu 5 Tagen Gefängnis. Durch leichtfertige Gerüste war ein Arbeiter zum Krüppel geworden, ein anderer hatte den Tod gefunden.

Die außerordentliche Niedrigkeit der Strafen für grobe Fahrlässigkeit, in deren Folge der Tod eines Arbeiters eingetreten und die Gesundheit eines anderen schwer geschädigt ist, müssen wie eine Anregung zum Kuferachtlassen der Schutzmaßnahmen wirken und zeigen, welche geringen Wert die Behörden, als Organe der herrschenden Klassen, der Gesundheit und dem Leben eines Arbeiters beimessen. Gätten Arbeiter bei Festsetzung und Ueberwachung von Schutzvorschriften mitzusprechen und wären die an Unfällen Schuldigen in voller Höhe für die Folgen ihrer Fahrlässigkeit verantwortlich, so würden derartige Unglücksfälle erheblich seltener werden.

Protestversammlung gegen die Besteuerung der Konsumvereine in Hessen.

In Darmstadt tagte am Sonntag nachmittag eine aus allen Teilen Hessens beschickte Konferenz der Konsumvereine. Sie nahm folgende Resolution einstimmig an:

„Schon eine Besteuerung gleich der von Erwerbsgesellschaften stellt sich als Ausnahmehandlung dar, denn die Konsumgenossenschaft ist kein auf Gewinn ausgehendes Geschäft, sondern ein einfacher Haushaltsverein in sparsamer Beschaffung der Bedarfsartikel für den eigenen Haushalt der Mitglieder. Ihr Ueberdies ist kein Geschäftsgewinn, sondern Ersparnis, deren Rückerstattung ist nur Rückerstattung von Beiträgen, die aus technischen Gründen zu viel eingezahlt worden sind. Die Konsumvereine dürfen bei schwerer Strafe Waren nicht an Nichtmitglieder abgeben, während der Kaufmann und die Handelsgesellschaft in dem Verkauf unbeschränkt sind. Gleiche steuerliche Belastung bei ungleichen Rechten muß aber als unbillig erscheinen. Eine Umkehrung aber würde eine einfache Konfiskation der Ersparnisse meist armer Leute sein; eine Besteuerung der Sparsamkeit in einer Zeit allgemeiner Verteuerung, eine Verzögerung für eine volkswirtschaftlich nützliche Tätigkeit, welche bei anderen Genossenschaften staatlich sogar gefördert wird. Und das alles, um dem in keiner Weise zu begründenden Vorurteil, der Konsumvereine schädige den Mittelstand — den Stand, für den er mitbegründet ist — nachzugeben. Die

am 10. Mai versammelten Vertreter der Konsumvereine Hessens erheben gegen solche Besteuerung lebhaften Einspruch und hoffen von der Gerechtigkeit ihrer Mitbürger, der Volksvertreter und den staatlichen Behörden, daß sie nach besserer Belehrung auf eine Besteuerung der Konsumvereine verzichten, welche mit dem Grundsatze gleichen Rechts für gleiche Dinge auf keine Weise in Einklang zu bringen ist.“

Aus Industrie und Handel.

Ertragnisse im Textilgewerbe.

Schon seit 1905 halten sich die Dividendensummen, die auf das im Textilgewerbe angelegte Aktienkapital ausgeschüttet werden, auf einer recht respektable Höhe; namentlich aber hat noch das Jahr 1907 eine wesentliche Steigerung gebracht. Im Jahre 1906 verteilten 239 Betriebe des Textilgewerbes mit einem Aktienkapital von 445,6 Millionen Mark eine Dividende von 8 Proz., die 1906 bei den gleichen Gesellschaften auf 8,7 Proz. hinaufging. Für das Jahr 1907 liegen die Abschlässe für alle diese Betriebe freilich nicht vor. Aber aus den bis Ende März veröffentlichten Bilanzen ersehen wir immerhin schon so viel, daß die Ertragnisse im Jahre 1907 noch erheblich gewachsen sind, erheblich als im Jahre 1906. Es liegen bis Ende März mit dem Vorjahr vergleichbare Abschlässe von 115 Gesellschaften vor, die ein Aktienkapital von 192,3 Millionen Mark repräsentieren. Es handelt sich bei diesen Gesellschaften um sehr zahlreiche große Betriebe der Baumwollindustrie, wovon die Ertragnisse etwas höher ausfallen, als es dem Gesamtdurchschnitt entspricht. Während die Dividende für 1906 bei 239 Gesellschaften 8,7 Proz. betrug, stellte sie sich für die 115 Betriebe, deren Abschlässe für das letzte Jahr schon vorliegen, für 1906 auf 9,8 Proz. Im Jahre 1907 ging die Dividende aber noch bis auf 11,8 Proz. hinauf. Wie sich die 115 Betriebe auf die einzelnen Zweige des Textilgewerbes verteilen und wie hoch sich in jedem Zweige die Rentabilität stellte, das ergibt nachstehende Zusammenstellung:

| Gesellschaften | Aktienkapital in 1 000 Mark | Dividende in Proz. 1906 | 1907 | |
|-----------------------------------|-----------------------------|-------------------------|------|------|
| Baumwolle | 48 | 74 950 | 11,0 | 14,0 |
| Wolle | 28 | 65 187 | 7,8 | 9,0 |
| Seinen und Jute | 11 | 15 120 | 8,6 | 12,1 |
| Seide | 3 | 4 168 | 17,5 | 13,1 |
| Färberei, Appretur etc. | 8 | 11 300 | 5,0 | 4,9 |
| Sonstige Textilbetriebe | 17 | 21 596 | 13,9 | 15,3 |

Unter sonstigen Betrieben sind die Gesellschaften zusammengefaßt, die sich nicht in eine der vorhergehenden Gruppen einreihen lassen, entweder weil es sich um gemischte Betriebe handelt oder um die Zugehörigkeit zu Spezialbranchen, die nicht besonders ausgeschieden wurden. Gerade diese Gruppe von Betrieben hat im Jahre 1907 am günstigsten abgeschlossen, während allerdings die an zweiter Stelle stehenden Betriebe des Baumwollgewerbes im Jahre 1907 eine stärkere Zunahme ihrer Dividendensumme verzeichnen konnten als die Sammelgruppe der sonstigen Betriebe. Die stärkste Steigerung von 1906 auf 1907 weisen die Betriebe der Seinen- und Juteindustrie auf, während die Steigerung bei den Betrieben der Wolllverarbeitung nicht mehr ganz so groß ist. Die Kammgarnspinnereien allein schütteten 1906 nur 7,8 Proz., 1907 aber 9 Proz. aus.

Viehschlachtungen.

Im I. Vierteljahr 1908 haben die Viehschlachtungen eine kleine Zunahme erfahren. Nach den Zusammenstellungen der „Nationalen Korrespondenz“ beträgt die Zahl der Tiere, an denen im preussischen Staat die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vorgenommen wurde:

| | I. Vierteljahr 1907 | 1908 |
|--|---------------------|-----------|
| Pferde und andere Einhufer | 24 251 | 29 885 |
| Ochsen | 72 571 | 68 890 |
| Bullen | 65 019 | 71 743 |
| Kühe | 233 153 | 247 048 |
| Jungrinder über 3 Monate alt | 89 695 | 103 843 |
| Kälber bis 3 Monate alt | 572 364 | 622 219 |
| Schweine | 2 462 790 | 2 652 551 |
| Schafe | 284 398 | 288 016 |
| Ziegen | 40 747 | 37 478 |
| Hunde | 595 | 445 |

Demnach ist die Zahl der Schlachtungen gestiegen bei Bullen, Kühen, Jungrindern, Kälbern und Schweinen. Aber die Steigerung ist nicht sehr erheblich und bedingt durchaus keine Zunahme des Fleischkonsums. Teilweise haben wohl die Zunahme der Hauschlachtungen bei den kleinen Schweinezüchtern den Konsum gesteigert. Die gesunkenen Preise reizen nicht mehr so stark zum Verkauf wie im Jahre 1907. Im übrigen haben die Viehschlachtungen jedenfalls vorwiegend dazu geführt, die reduzierten Bestände an Dauerverware wieder zu komplettieren.

Der Kupfermarkt.

Wer erinnert sich nicht der verheerenden Wirkung, die der Sturz des amerikanischen Kupferkönigs Heine im November des Vorjahres hatte! Die Kupferpreise sanken kurzzeitig. Zu Beginn dieses Jahres schien der Rückgang stille zu stehen, aber im Februar setzte sich die rückläufige Bewegung fort, und heute steht der Kupferpreis beinahe auf demselben Niveau (57 1/2 Pfund) wie im Oktober 1907 (55 1/2), nachdem er im Mai 1907 mit 107 1/2 notiert wurde. Heute weiß man, daß der Kupfermarkt nicht nur durch die starke Abnahme des Verbrauches und die amerikanische Krise eingetretet, sondern zum großen Teil durch die Spekulation des Kupfertrusts selbst bewirkt worden war, indem er durch Zurückhaltung der Bestände in der Welt die Erscheinung eines Kupfermonopols künstlich erzeugte und auf diese Weise die Preise in die Höhe trieb. Als dann der Bedarf nachließ, wurde die Produktion rasch eingeschränkt; aber die aufgeschickelten Vorräte waren so groß und die Aufnahmefähigkeit der von der Krise beunruhigten und teilweise schon erfassten Industrie schon derart gesunken, daß die Lager nicht rasch genug — trotz der Preisverringerung — geleert werden konnten. Auf 715 Millionen Doppelzentner werden noch immer die Vorräte des Kupfertrusts geschätzt, was einer vierwöchentlichen Produktion gleichkommt.

Verammlungen.

Die Gewerkschaftersplitterung in den Siemensschen Werken gibt dort dem Kapital Gelegenheit, seine Interessen durch Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ziemlich ungehindert wahrnehmen zu können, begünstigt durch die Verräterei der in den gelben und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften organisierten Arbeiter. Eine von der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zum letzten Sonntag nach dem Raabiter Gesellschaftshaus einberufenen Versammlung der in den Siemensschen Werken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatte sich mit dieser bedauerlichen Tatsache zu beschäftigen. Genosse Legien hielt den einleitenden Vortrag über „Gewerkschaftsprobleme und Gewerkschaftsaufgaben“. Unter gewerkschaftliche Probleme seien alle Fragen zu verstehen, die nicht zu den unmittelbaren Tagesaufgaben der Gewerkschaften gehören; die Zukunft der Gewerkschaften, deren Stellung zur Sozialpolitik und zu den einzelnen politischen Parteien. Das Verhältnis der freien Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei soll angeblich zur Zersplitterung der deutschen Arbeiterkraft in gelbe, christliche und Hirsch-Dundersche Organisationen geführt haben. Jedoch die Aufgaben der Gewerkschaften sowie die Mittel, diese zu erfüllen, sind so einfach, daß eine Zersplitterung dadurch nicht bedingt wird. Auch der gewerkschaftlichen Vereinigung ist die Erzielung möglichst günstiger Arbeits- und

Lohnverhältnisse, sei es nicht auf dem Wege der gütlichen Vereinarbeitung, dann durch Arbeitsverweigerung. Andere Mittel sind die Unterstützungseinrichtungen, die Arbeitsvermittlung und die geistige Weiterbildung, die durchaus nicht nur humanitären Charakteres sind, sondern ebenfalls Kampfmittel derselben. So sehr die deutsche Industrie ihren Wert der gewerkschaftlich geschulten Arbeiterkraft zu danken hat, ist das Unternehmertum doch mit nichts eifriger beschäftigt als damit, die Arbeiter durch Anfrieden zur wirtschaftlichen Einflußlosigkeit zu bringen. Solange der Staat durch sein Sozialengesetz die Arbeiter niederhielt und so die Geschäfte der Unternehmer besorgte, hatten diese nur den Vorteil einzustreichen, jetzt aber gründen sie gelbe Gewerkschaften, was sich besonders auch in der Metallindustrie bemerkbar macht.

In den generischen Gewerkschaften schützte man vor, die freien Gewerkschaften verfolgten ein bestimmtes politisches Ziel und ständen in gewissen Beziehungen zu einer politischen Partei, wodurch jedes Zusammengehen unmöglich werde. Aber wie immer man über das wirtschaftspolitische Programm der Sozialdemokratie denken mag, so viel steht fest, daß besser als heute es unter diesem Programm der Arbeiter haben wird. Jede im öffentlichen Leben stehende Organisation bedarf der politischen Vertretung. Haben die freien Zentralverbände diese in der sozialdemokratischen Partei, so sitzen die Vertreter der Hirsch-Dunderschen bei den Preisinnungen, die der christlichen Gewerkschaften im Zentrum. Es gibt eben in diesem Sinn keine unpolitischen Gewerkschaften. Die Gelben haben ja noch keine politische Vertretung, sie lassen sich durch die Unternehmer vertreten. Als sehr charakteristisch erwogt Redner ein Zirkular, das vorige Woche in den Siemensschen Werken verbreitet wurde. In diesem fordern die Gelben dazu auf, bei den Landtagswahlen nur die nationalliberale Partei zu unterstützen, also jene Partei, die nicht nur vermöge der Organisation des Staatskapitals die Arbeiter beschlagnahmt, sondern dazu noch die Staatsgewalt, die Gesetzgebung aufruft und in Anspruch nimmt, um jedes Aufwärtstreben der Arbeiterkraft zu unterdrücken.

Genosse Legien geht mit den gesamten generischen Gewerkschaften scharf ins Gericht, weist auf die Leistungsfähigkeit der freien Gewerkschaften im allgemeinen hin und kommt zu dem Schluß, daß jede Sonderorganisation die Arbeiter schädige und auch lediglich aus diesem Grunde die gelben Gewerkschaften von den Unternehmern ins Leben gerufen und unterstützt wurden. Sein Vortrag verfolgte den Zweck, die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen mit Nützlichem für die Agitation zu versehen, sie im Vertrauen zur Organisation zu stärken. Wenn jeder der Anwesenden im Sinne des Vorgelegenen unter den Arbeitskollegen wirke, dann werde man auch in den Siemenswerken wieder zur Einheitsorganisation gelangen.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine nur kurze Diskussion an. Von den anwesenden Gelben magte keiner das Wort zu ergreifen. Die Hirsche schickten dagegen den Werkzeugmacher Stalz vor, dessen Versuche, die Ausführungen Legiens zu widerlegen, in dem Eingangsdialog gipfelten. Streifbruch begangen zu haben. Stalz meinte, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften verfolgten dieselben Zwecke wie der Deutsche Metallarbeiterverband, nur vertrete seine Organisation nicht die praktische Seite. Aus der Mitte der Versammlung aber mußte er den Vorwurf hinnehmen, daß er nicht nur beim Siemensstreik, sondern auch schon vorher sich mehrfach eines unsozialistischen Verhaltens schuldig gemacht hätte. Die „praktische“ Vertretung der Gewerkschaftssache scheint, so führte Legien diesen sauberen Hirsch treffend ab, eben der Streifbruch zu sein.

Nachdem vom Versammlungsleiter dargelegt, daß das Verhalten gerade der Hirsch-Dunderschen stets beigetragen zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Zentralorganisation geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl 100 wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

J. 54. 36. Die Rente ist voll zu zahlen. Es rüht aber die Rente, d. h. sie wird nicht gezahlt, so lange der Anwalde nicht im Inland keinen genügenden Aufenthalt hat. — **B. R. 310.** 1. Rein. 2. und 3. Bezahlung müßte durch einen Anwalt eingeleitet werden; dieselbe hätte aber sehr wenig Aussicht auf Erfolg. 4. Rein. — **450 J. 2.** Kinder oder Enkel, die als gesetzliche Erben zur Erbschaft gelangen, sind verpflichtet, dasjenige, was sie von dem Erblasser bei dessen Lebzeiten als Ausstattung erhalten haben, bei der Auseinandersetzung untereinander zur Ausgleichung zu bringen, soweit nicht der Erblasser bei der Zuwendung ein anderes angeordnet hat. 2. Ja. Die Aussteuer ist aber in Anrechnung zu bringen. 3. Ungebillt würden Sie jetzt nicht mehr verlangen können. — **B. R. 77.** Ja. Das Gehalt des Reichsanwalters beträgt einschließlich Repräsentationsgelder 100 000 Mark. — **J. W. 789.** 1. Das ist nicht richtig. 2. Ja. — **C. J. 209.** Die Vorschriften des alten Vertrags sind auch für die jetzige Wohnung maßgebend. War kein Jahreszins, sondern nur Monatszins verabredet und steht im Vertrage nichts über die Kündigungsfrist, so kann bis am 15. zum ersten des Monats gekündigt werden. — **B. R. 1000.** Rein. Sie können mit Aussicht auf Erfolg auf Herausgabe klagen. — **G. R. 99.** Weiber nein. — **M. G. 34.** In der Regel nein. Der Vorlaut des neuen Vereinsgesetzes ist von uns in der Sonntagsnummer vom 10. d. M. veröffentlicht. — **M. G. 32.** Stingen Sie, falls nicht etwa der Vorlaut Ihres Vertrages dem entgegensteht, die Schuldner wieder an und verlangen Ersatz der aus demselben Kosten vom Bank, nachdem Sie diesen unter Freilegung vorzüglich zur Wiederanbringung der Schuldner aufgefordert haben. — **M. R. 345.** Rein. — **J. R. 1.** Rein. 2. Zweck der Verweigerung ist es erforderlich, daß für je zwei Jahre mindestens 20 Renten geklärt werden. Es kann jede der fünf Arten Renten (14, 20, 24, 30, 35 Pf.) geklärt werden. — **B. R. 57.** Sie würden am besten tun, sich an einen Anwalt zu wenden, damit dieser die Verteidigung Ihres Namens übernehme. — **J. 12.** Leider ist der erteilte Befehl durchaus zureichend. Auf die Ungezelligkeit des Wahlrechts haben wir wiederholt hingewiesen. — **G. 2. 40.** Der Antrag ist an das Gericht zu richten. Der mit Vollstreckungsklausel versehenen Zahlungsbefehl ist dann dem Gerichtsvollzieheramt zwecks Vollziehung zu übergeben. — **J. 3. 21.** Solche Stiftungen sind uns nicht bekannt. Wenden Sie sich aber an die Stützungsdeputation, Poststr. 16. — **C. R. 1.** Aus der evangelischen Landeskirche. — **J. W. 74.** Wann Rente zu zahlen ist und welche Folgen aus der Nichtzahlung hervorgehen, ist in der Regel im Rentevertrag festgelegt. Steht im Rentevertrag keine Vereinbarung, so ist die Rente polnummerando zu zahlen und hat der Rente das Recht auf Ermäßigung erst beim Rückstand von zwei Rentezeiten. — **M. R. 105.** Der Rente kann Zahlung oder Hinterlegung verlangt. Erfolgt eins von beiden, so ist er zur Einbehaltung der Sachen berechtigt. — **B. R. 33.** 1. Bis am 15. muß die Anmeldung erfolgt sein. 2. Eine bestimmte Zahl von Zeugen ist nicht vorgeschrieben. — **Waga 31.** Die Bindung und Verjährung gilt als zulässig. — **R. 21.** 1. Die Stadt würde Erlös werden. 2. Ja. 3. Sie müßten selbst die Unterhaltungen zahlen. 4. Ja, falls Sie in der Liste eingetragen sind. — **R. 200.** 1. Ja. 2. Rein. Suchen Sie die Gemeinde nachträglich zur Aufklärung zu bewegen. — **M. R. 100.** 1. Des Kaisers. 2. Gausseestraße 121. — **Sattow.** Sie würden zur Zahlung verurteilt werden. — **J. 3.** Ist die Wohnung von gesundheitsgefährdender Beschaffenheit, so sind Sie berechtigt, vom Vertrage zurückzutreten und den vollen Schadenersatz zu verlangen. Zweckmäßig ist es, Sie lassen sich die gesundheitsgefährdende Beschaffenheit durch einen Arzt feststellen, strengen Klage auf Aufhebung des Vertrages und Schadenersatz beim Amtsgericht an, fügen das ärztliche Attest bei und beantragen Anberaumung eines neuen Termins. — **B. R. 999.** 1. Ja. 2. und 3. Rein. — **C. R. 5.** Wenn der Mann aus der Kirche ausgeschieden ist, die Frau aber nicht, so ist die Hälfte der Einkünfte seitens der Frau auch dann zu zahlen, wenn die Frau kein Einkommen hat. Für diese Steuer hätte nach der herrschenden Ansicht der Ehemann. Indessen ist ein obertribunales Erkenntnis über solche Haltung noch nicht ergangen. — **J. 2. 10.** In solcher Auskunft wäre die Sparkasse nicht berechtigt, wenn nicht ein bezweifeltes Interesse nachgewiesen würde. — **G. R. 84.** 1. Das Amtsgericht Charlottenburg ist zuständig. Kostenvoranschlag wird erfordert. 2. Bei dem Amtsgericht Havelrode müßten Sie auf Herausgabe klagen. — **R. 2. 12.** 1. Kommunalrat Arbeiterbildungsverein, London W., 107 Charlotte Street, Agrot Square. 2. Die Bill findet auf alle Anwesenheit. Beschränkung politischer Mitgliedschaft findet nicht statt. 3. Die Steuern müßten bezahlt werden.

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Zur Landtagswahl.

Berlin eine Domäne des Freisinn?

Eine Versammlung liberaler Landtagswähler von ganz Berlin, einberufen vom Vorstand des Berliner Parteitag...

Herr Träger sprach von der Notwendigkeit, auch für die Wahlen zum Landtag das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht einzuführen...

Auch Herr Wiemer spielte den Hoffungsstrebenden, er träumt bereits von einer Ausdehnung der Wählerpartei auf den preussischen Landtag...

Wie das liberale Bürgertum zu dem erstrebten Ziel gelangen könnte, auch im Landtag seine „Tüchtigkeit“, seine „Intelligenz“, seine „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ zur Geltung zu bringen...

Eine Diskussion über diese drei Referate gab's nicht; es wurde gar nicht erst gefragt, ob jemand sie fordere. Doch zum Schluss Herr Kopsch dem Berliner Freisinn seine „Stärke“ attestierte...

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Sabowa steht uns das Lokal „Zur Waldschänke“, Joh. Toldte, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung...

Am Sonntag, den 17. d. M., veranstalten die Männer-Gesangvereine „Liederkränze“ (Dirigent Herr Ender) und „Oken“ (Dirigent Herr Krolow) in den „Concordia-Festhallen“...

Achtung! Zweiter Wahlkreis, 3. Abteilung! Unser Zahlabend findet diesmal nicht bei Lorenz, Marzowsky, 83, sondern bei Zul. Reber, Oranienstr. 103, statt.

Dritter Wahlkreis. Der Zahlabend für die Stadtbezirke 260, 265, 266, 267, 274 und 275 findet gemeinsam im Seidenhofs-Haus, Saal I, statt.

Wilmerdorf-Halensee. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am heutigen Zahlabend die Wahl der Wahlleiter für die Wahlbezirke zu erfolgen hat...

Treptow-Baumfuhlenweg. Die Parteigenossen werden ersucht, am heutigen Zahlabend die Preisfestbilletts abzurechnen, damit in der nächsten Mitgliederversammlung die Abrechnung gegeben werden kann.

Zohannisthal. Parteigenossen! Donnerstag, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung verbunden mit Zahlabend bei Albert Trautmann, Friedrichstraße 61, statt...

Trebbin. Am Sonnabend, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Wolf, Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder...

Wittenau-Vorsigwalde. Die Abteilungslisten zur Landtagswahl liegen für den Gemeindebezirk Wittenau am 18., 19. und 20. Mai 1908 im Gemeindebüro, Rosenthaler Straße 14, öffentlich aus...

Tegel. Am Mittwoch- und Donnerstagabend werden in den einzelnen Wahlbezirken die Wahlmänner zu den Landtagswahlen aufgestellt. Die Genossen müssen sich in den in den zugestellten Einladungen bezeichneten Lokalen einfinden...

Bernau. Donnerstag, den 14. Mai, findet unser Zahlabend statt. Das Erscheinen aller Parteigenossen ist dringend notwendig.

Berliner Nachrichten.

Ein versinkendes Stück Alt-Berlin.

Wenn die Frühlingssonne ihren warmen Goldglanz über die grauen Mauerreste, über die weiß-gelben Steintrümmer, über das bloßgelegte, braune Gebälk der Vernichtung versallener Dachstuhlgerippe breitet, dann sieht die ganze wüste Stätte einer beschlossenen Ortschaft nach der Schlacht ähnlich...

Und dann wandert dort alles allmählich anders. Schon vor zehn, fünfzehn Jahren setzte das ein. Ein aus Galizien und Ungarn, aus Rußland und aus dem Balkan hergewandertes jüdisches Proletariat gab der Gegend ihr Gepräge...

Neben den kleinen, schiefen, dünnen, verholzten Gestalten bekommt man dort oft einen prächtigen, breiten und großgewachsenen Menschenschlag zu sehen: Männer, denen etwas Würdevoll-Patriarchalisches in jeder Bewegung eigen, Frauen mit vollen, festen Formen und großen, schwarzbewimperten Augen...

Das sind die Bewohner des versinkenden Scheunenviertels, von dem geht nur noch die äußersten Begrenzungsstraßen stehen. Durch Staub und Schutt, an den grüngefärbten Säulen der im Bau begriffenen Untergrundbahnlinie entlang, windet sich der Weg...

bauten, Warenhäuser oder Fabrikgebäude erstehen zu lassen. Die noch vor einem Vierteljahrhundert hart an den Lören der Stadt gelegene Gegend ist in das Zentrum des Miesenhäusermeeres gerückt...

Unnütze Scherereien

hat das Wahlbureau vielen Personen bereitet, denen es auf Grund des § 8 der Verordnung vom Jahre 1849 die Ausübung politischer Rechte absperrt und die beantragte Aufnahme in die Wählerliste ablehnte...

Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bewirkt ferner die Unfähigkeit, während der im Urteile bestimmten Zeit:

- 1. Die Landesfahrdarke zu tragen; 2. in das deutsche Heer oder die kaiserliche Marine einzutreten; 3. öffentliche Ämter, Würden, Titel, Orden und Ehrenzeichen zu erlangen; 4. in öffentlichen Angelegenheiten zu stimmen...

Im Absatz 4 heißt es sonach ausdrücklich, daß das Stimmrecht nur während der durch richterliches Urteil festgesetzten Zeit ruht, und trotzdem die sonderbare Verfügung.

Der Magistrat in seiner Gesamtheit hat die sonderbare Listelei nicht anerkannt, sondern die Aufhebung der Verfügung veranlaßt; sie konnte aber auch nicht vor dem gefunden Menschenverstande bestehen...

Enttäuschte Arbeitslose.

Standen da dieser Tage eine Anzahl Arbeitslose vor der Bahnmeisterei am Alexanderplatz, als ein Bahnbeamter heraustrat und fragte, ob die Leute gewillt seien, Erdarbeiten zu verrichten...

Es ist ganz unverständlich, wie die Unternehmerfirma Arbeiter aus Berlin verlangen kann und dann nicht einstellt. Das ist ein Verfahren, das schon in gewöhnlichen Zeiten scharf verurteilt werden muß...

Radfahrer und Publikum.

Der traurige Vorfall in der Köpenicker Heide, dem am Sonntag ein Menschenleben zum Opfer fiel, hat seine letzte Ursache immer noch in dem offenbar nicht auszurrottenden Uebelstande, daß Radfahrer und Publikum gewissermaßen in zwei feindliche Lager geschieden sind...

Vor einem Jahre machte eine Abteilung der Berliner Arbeiter-Radfahrer einen Sonntagsausflug. Bei der Rückfahrt blieben etwa sechs Mann, die den Schluss des Luges bildeten, infolge schlechten

Weges und Erschöpfung zurück. Nicht bei einem Dorfe werden sie von einer Kette von Knechten aufgehalten, angefallen, jämmerlich geschlagen und ihnen die Häber demoliert. Dem einen wurde ein Auge aus dem Kopfe geschlagen. Ihre Sportkameraden detemistihten die Zurückgebliebenen leider zu spät, um ihnen gegen die Uebermacht Hilfe leisten zu können. — Radfahrer den Weg zu verlegen, mit Flaschen, Steinen und anderen Gegenständen nach ihnen zu werfen, ist eine zwar nicht angenehme aber doch weit verbreitete Gewohnheit. Weder ein Koffer oder Gottenkotte, noch ein Sudanneger würde einem Radfahrer nur deswegen zu Leibe gehen, weil er eben Radfahrer ist. Im Inneren des schwarzen Erdteiles brauchte der Radler keinen Revolver zu seiner Verteidigung gegen Mitmenschen. Dank unserer famosen preussischen Schulbildung und Erziehung braucht er ihn in der Umgegend von Berlin.

Wie war denn der Vorfall am Sonntag? Immer nach der Schilderung der drei Freunde des Erschossenen, die ja auch vorbehaltlos von der Polizei als richtig angesehen und verbreitet worden ist!

Ein Ehepaar macht eine Radtour. Im Chausseegraben frühstücken die beiden. Da kommen vier Leute des Weges. Drei von ihnen königlich preussische Bahnarbeiter, Männer, über welche unsere berühmte preussische Dorfschule den ganzen Segen ihrer glänzenden Erziehungstätigkeit ausgegossen hat. Und von diesen königlich preussischen Arbeitern hat man auch den verderblichen Einfluss der gewerkschaftlichen und sozialistischen Aufklärung fernzuhalten gewünscht, die das Bewusstsein des eigenen Wertes steigert, aber auch die Achtung vor den Rechten anderer weckt! Jeder andere wäre an dem frühstügenden Ehepaar schweigend vorbeigegangen. Oder hätte die Tageszeit gewünscht. Aber ein königlich preussischer Bahnarbeiter mit Dorfschulbildung und ohne jedes sozialistische Gift im Leibe! Die Dreie behaupten, sie hätten ein harmloses Scherzwort gerufen. Aber man kennt diese „Scherzworte“, die Madlerpaaren zugerufen werden. Notabene wenn die Frau ein Herrenrad fährt, notabene wenn sie Radfahrhose oder geteilten Rock trägt, notabene wenn sie nach dem Stedbrief „30 Jahre alt, auffallend groß und stark“ ist! Der Mann verbittet sich das. Jeder Ehepartner hätte das getan. Da lehnen die vier Helden um und — so war's nach ihrer eigenen Darstellung — „es kam zu einem Wortwechsel, an dem sich auch Kohrbeds (des Erschossenen) Begleiter beteiligten“. Also vier Mann gegen einen auf einsamer Chaussee, und der eine hat sein Weib gegen die viere zu verteidigen! Da greift er zum Revolver, den er nach leidiger, aber begreiflicher Radfahrergewohnheit bei sich trägt. — Und das Unglück ist geschehen.

Zwei Tage später wird gegen 2000 Mark Belohnung an den Anschlagfänger ein „Mörderpaar“ gesucht. In der Darstellung der amtlichen Ausschreibung sieht es aus, als habe ein wütender Verfechter, ein Scheusal in Menschengestalt, beim Frühstück einen plötzlichen Koller bekommen und harmlose Wanderer ohne ersichtliche Ursache angefallen. Dertweilen schließt sich ein gedrogener Mann zur Polizei und beschuldigt sich tränenden Auges, wider seine Absicht ein Menschenleben vernichtet zu haben.

Hätte er noch am selben Tage sofort nach dem Vorfall den Mut gefunden, seine Erlebnisse der nächsten Polizeibehörde mitzuteilen und den Ort der Tat zwecks Auffindung des Tatbestandes mit dieser gemeinsam aufgesucht, seine Sache stände besser. Doch das geht uns nichts an. Die Ursache des Vorkommnisses ist das leider vorhandene gespannte Verhältnis zwischen Publikum und Radfahrern, verstärkt noch im vorliegenden Falle durch die unbewussten erotischen Triebe, welche die jungen Leute nötigen, gerade der Madlerin gegenüber ihre „Scherze“ zu machen. Publikum und Radler sollten sich daran gewöhnen, einander mit mehr Achtung zu begegnen. Das gilt auch für die Madler, von denen eine Anzahl gewohnt sind, eifrige Fußgänger rücksichtslos von dem schmalen Fußpfaden zu verdrängen, das gilt aber namentlich von einem Teil des Publikums, der den Radfahrern gegenüber eine Rücksichtslosigkeit und Rohheit bekundet, die leider das gewohnheitsmäßige Revolvertragen der Radfahrer begreiflich erscheinen läßt.

Der radfahrende Revolverversteher

hat sich gestern bei der Lichtenberger Polizei selbst gestellt und zwar ohne Kenntnis von der auf seinen Kopf gesetzten Prämie zu haben. Es handelt sich um den Fischer Deska aus Lichtenberg, der am Sonntag mit seiner Frau eine Radtour unternommen hatte. Gestern erschienen an den Säulen rote Plakate, in denen eine Belohnung von 2000 M. für die Ermittlung des Täters ausgeschrieben waren. Das Ehepaar stellt den Vorgang wesentlich anders dar als die Begleiter des Erschossenen.

Als Deska und seine Frau am Wegestrande beim Frühstück saßen, wurden sie, wie beide behaupten, schon aus einer Entfernung von 50 Metern durch Zurufe und Handbewegungen belästigt und beleidigt. Als Eheleute saßen sie aber darüber hinweg und ließen die Leute ruhig an sich vorbeigehen, zumal da sie etwas angeunken zu sein schienen. Die Ausschläger schienen aber hiermit nicht mit einer ruhigen Zurückweisung nicht zufrieden zu sein. Nachdem sie schon etwa 50 Meter weitergegangen waren und Deska und Frau sich bereits erhoben hatten, lechzten sie schimpfend zurück. Kohrbed, der sich hierbei besonders hervortat, drang auf Deska ein, packe ihn mit der linken Hand an der Brust und suche mit der rechten in den Taschen herum, als ob er ein Schlagwerkzeug herauszuholen wollte. Der Angegriffene forderte ihn auf, ihn loszulassen und nahm seine Browningpistole aus der Tasche, um ihn abzuwehren. Schießen wollte er schon deshalb nicht, weil bei der großen Durchschlagkraft der Geschosse dieser Waffe leicht mehrere Personen schwer hätte getroffen werden können. Er brauchte die Pistole nur zu Abwehrlieben. Beim ersten Schlage den Kohrbed gegen den Hals erhielt, neigte und drehte dieser unwillkürlich den Kopf. Als beim zweiten Schlage ein Schuh losging, drang ihm die Kugel in den Hinterkopf ein. Weil Deska sah, daß der Betroffene, der umfiel, seine drei Begleiter noch bei sich hatte, die sich seiner annehmen konnten, fuhr er mit seiner Frau davon. Deska beruft sich auf einen Zeugen, der für die vollständige Aufklärung des traurigen Vorkommnisses jedenfalls sehr wichtig ist. Es ist das ein Radfahrer, der einen schwarzen Anzug und einen schwarzen steifen Hut trug, vielleicht ein Mann aus Köpenick oder einer der umliegenden Ortschaften. Deska behauptet, er habe diesen Mann, als er die vier Ausschläger zurückkehrten sah, gebeten, bei ihm zu bleiben, da er belästigt werde. Die Ausschläger hätten diesem Madler zugerufen: „Du, Aujust, kannst auch herankommen, Du kannst auch noch was abfragen!“ Der unbekannte Zeuge, der den ganzen Vorgang mit angesehen haben soll, wird gebeten, sich unverzüglich bei der Lichtenberger Polizeidirektion zu melden. Deska wurde einstweilen in Haft genommen und in das Lichtenberger Amtsgefängnis gebracht, seine Frau wurde wieder entlassen.

Von einigen Blättern ist inzwischen noch gemeldet worden, daß der Madler, der den verhängnisvollen Schuß abgegeben hat, Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes sei. Diese Mitteilung war der Polizei gemacht worden von den Zeugen des Vorfalles, die das Bundesabzeichen an ihm bemerkt hatten. Auch hatten sie angegeben, daß der Madler sein Frühstück in eine Kanne des „Vorwärts“ eingewickelt getragen habe. Der Vorsitzende des Arbeiter-Radfahrer-Bundes habe, so wurde weiter berichtet, der Polizei seine

Unterstützung bei der Verfolgung des Täters zugesagt, doch habe er erklärt, daß die Sache schwierig sei, da der Bund an 200 Vereine zähle. Der Umstand, daß im „Vorwärts“ am Dienstag von diesen Dingen nichts zu lesen stand, wird von der „Post“ zum Anlaß genommen, uns in bekannter Manier anzupöbeln. In einer Notiz mit der Ueberschrift „Was der „Vorwärts“ unterschlägt“ schimpft das edle Blatt:

„Man sollte man meinen, daß der „Vorwärts“ seinen Genossen dabei behilflich gewesen sei. Statt dessen aber unterschlug er in einer Weise Angaben, die für die Entdeckung des Radfahrers von Wichtigkeit waren, daß es geradezu auffallen mußte. Er unterschlägt es, daß der Mörder das Abzeichen des sozialdemokratischen Arbeiter-Radfahrer-Bundes trug; er unterschlug die Tatsache, daß der Mörder sein Paket im „Vorwärts“ eingewickelt trug. Der „Vorwärts“ ist bekanntlich schnell mit Vorwürfen gegen die Kriminalpolizei bei der Hand. Man muß nun fragen, welches Interesse der „Vorwärts“ spürte, die wichtigen Angaben zu verschweigen, um so mehr, als doch allem Anscheine nach der Mörder in seinem Versteck zu suchen war?“

Die „Post“ denkt hier offenbar an ihre eigene Gepflogenheit, Tatsachen zu unterschlagen, die ihr un bequem sind. Die Notiz, die wir am Dienstag veröffentlichten, war dem „Berliner Tageblatt“ (Ausgabe vom Montagmorgen) entnommen und es war nicht ein Wort daran geändert worden! Auch in ihr war mit seiner Silbe die Rede von den Dingen, die wir „unterschlagen“ haben sollen. Die Polizei, die selbstverständlich besser als wir unterrichtet war, hat uns keine Mitteilung zugesandt. Sie schickt uns überhaupt keine Notizen dieser Art, und sie läßt es sogar zu, daß die offizielle Korrespondenz, durch die sie die Presse über Verbrechen usw. informiert, den „Vorwärts“ boykottiert.

Zu dem Totschlag in der Alexandrinenstraße wird gemeldet, daß der verhaftete Fabrikant Jordan behauptet, in der Notwehr gehandelt zu haben. J. stellt die Sache so dar, als ob er von Brecher angegriffen worden sei und sich gegen diesen, der mit einem Schirm auf ihn einschlug, nur verteidigt habe. Er habe den auf ihn andringenden Gegner zurückgeschoben, wobei der Buchdrucker rüddlings gegen das Flurfenster stürzte, die Scheibe mit dem Oberkörper zertrümmerte und auf den Hof hinab fiel. Die Absicht, den B. aus dem Fenster hinauszuwerfen, will der Verhaftete nicht gehabt haben. Die Frau des Getöteten behauptet demgegenüber, daß Jordan der Angreifer gewesen sei, bestätigt aber, daß ihr Mann in der Notwehr den weit stärkeren J. mit dem Schirm über den Kopf geschlagen habe. Eine genaue Aufklärung über den Vorfall war noch nicht zu erlangen, da sich der Kampf im Dunkeln abgespielt hat.

Der gestohlene Perlenkranz. Ein geheimnisvoller Diebstahl beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei. Aus der Wohnung des Landgerichtsdirektors Dr. Esdrott, Hildebrandstraße 8, ist ein Perlenkranz auf recht rätselhafter Weise entwendet worden. Das Schmuckstück, das einen Wert von mehreren tausend Mark besitzt, bildet eine goldene Demantperle, die mit vierzig Perlen und einem Medaillon, das ebenfalls mit kleinen Brillanten besetzt ist, geschmückt ist. Auf welche Weise die Perlenkette gestohlen worden ist, war bisher nicht festzustellen. Jemandem welche Anzeichen für einen etwaigen Einbruchdiebstahl liegen nicht vor.

Der Geschäftsführer des Deutschen Monistenbundes, Herr Dr. Vielhaber, schreibt uns unter Bezugnahme auf ein in unserer Nummer vom 17. April unter dem Titel: „Ein verdächtiger Freund der Arbeiterbewegung“ enthaltenes Referat über Äußerungen des Dr. Vielhaber, die er im Anschluß an einen Vortrag des Herrn Dr. Waage gemacht hat, daß er in keiner Weise für die liberalen Parteien geworden habe. Er habe in seiner Rede nur beispielsweise auf die liberalen Einigungsversuche hingewiesen und unter anderem ausgeführt, daß der deutsche Monistenbund keine parteipolitische Vereinigung, sondern ein Kulturbund auf moderner naturwissenschaftlicher Grundlage sei. Ohne energische Mitwirkung der organisierten Arbeiter sei es heute und in Zukunft nicht möglich, eine freirechtliche Kulturpolitik großen Stils zu machen. An einer freirechtlichen Ausgestaltung unserer gesamten Kulturlebens, besonders der Schul- und Bildungsverhältnisse, habe aber gerade auch der Arbeiterstand das allergrößte Interesse. Deswegen suche der deutsche Monistenbund ihn für seine Kulturarbeit zu gewinnen, um mit ihm gemeinsam alle reaktionären Bestrebungen in Sachen der Weltanschauung und Lebensgestaltung zielbewußt und energisch zu bekämpfen. Auch denke der Monistenbund nicht daran, auf dem Gebiete der Parteipolitik einzuwirken. Der Aufstieg des Arbeiterstandes sei nicht nur eine Lohnfrage, sondern in hohem Maße auch eine Bildungsfrage und hier müßten wahrhaft fortschrittliche Bürger und Arbeiter ohne Rücksicht zusammenwirken. Der Haß der reaktionären Gewalttätigen gegen den Deutschen Monistenbund müsse ihm als unabweisende Empfehlung bei den Arbeitern dienen.

Mit der Erklärung des Herrn Dr. Vielhaber stimmt nur schlecht überein, daß er in derselben Rede behauptete, daß der Freisinn aus Selbsterhaltungstrieb zu der Blockade gezwungen worden sei, weil ihn die Sozialdemokratie mit der Frage: „was er bietet“ zu schroff abgewiesen habe. Wenn das keine Politik ist, und wenn das insbesondere keine Parteipolitik ist, so wissen wir nicht, was Herr Dr. Vielhaber unter Politik versteht.

Von einer elektrischen Straßenbahn überfahren und schwer verletzt wurde gestern eine Frau an der Ecke der Urban- und Wälderstraße. Der Feuerwehrmann Paris, der zufällig vorbeikam, befreite die Frau mit Hilfe von anderen Personen nach vor Anfuhr der Feuerwehr. Die Verletzte wurde von dieser nach dem Krankenhaus am Urban gefahren.

Eine Familientragödie rief gestern nachmittag um 5 1/2 Uhr in der Schreinerstraße 28 am Viechhof eine unbeschreibliche Aufregung hervor. Hausbewohner bemerkten um diese Zeit einen durchdringenden Gasgeruch aus der Wohnung des Arbeiters Jahnke dringen und benachrichtigten die Feuerwehr, während sie gleichzeitig in die Wohnung eindringen. Den Hausbewohnern bot sich ein schrecklicher Anblick: Frau Jahnke mit ihren Kindern, einem zehnjährigen Mädchen und einem achtmährigen Knaben, lagen bewußtlos in der Küche. Sie hatten anscheinend Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas verübt. Die benachrichtigte Feuerwehr war schnell zur Stelle. Brandmeister Runge ließ sofort Wiederbelebungsversuche anstellen, die bei den Kindern von Erfolg waren. Die Mutter aber, die vermutlich die Gähne der Gasleitung geöffnet und mehr Gas eingeatmet hatte als die Kinder, war schon tot. Nach zweifelhafte Bemühen wurden die Wiederbelebungsversuche eingestellt. Die Leiche der Frau wurde der Polizei übergeben. Der Kinder nahmen sich Hausbewohner an. Die Ursache des Selbstmords der Frau wird in Familienswiftigkeiten gesucht.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes ersucht uns, mitzuteilen, daß in der am Montag stattgefundenen Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden wurde; abzuholen in unserem Verbandshaus, Zimmer III.

Die Selterstraße von Nr. 6 bis Nr. 10 wird behufs Revision einer Gasrohrleitung sofort bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht entstand durch Unvorsichtigkeit in der Rodenbergr. 3 ein kleiner Wohnungsbrand, wobei ein Mann Brandwunden an der Stirn und beiden Händen erlitt. Zweimal hatte der 5. Zug in der Rodenbergr. Straße 6 und 82 zu tun. In dem Hause Nr. 8 war im Keller ein Ballon mit Salzsäure platzt. Die Feuerwehr beseitigte die Gefahr und schaffte die Salzsäure heraus. Im Hause Nr. 82 brannten in verschiedenen Bodenräumen Papier und Hautrat. Die Feuerwehr konnte die Flammen auf die verschiedenen Brandherde beschränken. Es lag vorläufige Brandursache vor. Der Täter ist noch nicht ermittelt. Ferner hatte die Wehr in der Lippenher Straße 8 zu tun, wo Dachpappe u. a. brannte. Heute früh um 4 Uhr kam in der Franzosi-

straße 51 Feuer aus. Dedon und Gardinen brannten dort. Außerdem hatte die Feuerwehr in der Seuffelstr. 44, Liebigstr. 46, Ottostraße 10, Tegeler Straße 9 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtvorordnetenversammlung.

Der Vorlage des Magistrats, betr. die Errichtung eines Sanitätsgebäudes für den städtischen Krankentransport in Verbindung mit einer Wärmehalle wird nach dem Bericht des Ausschusses ohne Debatte zugestimmt. Die Kosten desselben belaufen sich auf 35 000 M.

Ebenfalls zugestimmt wurde dem Antrage des Magistrats, die Pflegegeldsätze für die von der Armenverwaltung untergebrachten Kinder von 7—14 Jahren auf 15 M. monatlich zu erhöhen. Einem Versuch einzelner Herren, die Angelegenheit zu Fall zu bringen, wurde von unseren Genossen Wollenbuhr, Bäumlert und Obst entgegengetreten. Es wurde eingewandt, daß Kinder in dem Alter schon mitarbeiten können und somit eine Erhöhung der Sätze nicht gerechtfertigt wäre. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß von einer Erwerbsarbeit der Kinder nicht die Rede sein kann, denn ein Ausleihen der Kinder zum Arbeiten sei ein Verstoß gegen das bestehende Reichsrecht.

Eine längere Debatte brachte die Vorlage des Magistrats: 1. Aus Anlaß des hundertjährigen Bestehens der Städteordnung wird der Wohlfahtsdeputation zum Ausbau der Heimstätte in Sternberg und zur Errichtung eines Kinderheims auf dem städtischen Grundstücke in Wyl auf Böhler der Betrag von 250 000 M. aus dem Ueberschußfonds überwiesen.

2. Zur Feier der Fertigstellung von vier Schulgebäuden ist alsbald ein Fest auf städtische Kosten zu veranstalten.

Die Vorlage ist einem aus der Versammlung vor einiger Zeit gestellten Antrage entgegengesetzt, in welchem verlangt wurde, das hundertjährige Bestehen der Städteordnung festlich zu begehen. Der Ausschuh hatte beschlossen, mit dieser Feier auch die Einweihung der vier neuerbauten Schulen zu verbinden. Stadtvorordneter Gremler empfahl dringend, der Vorlage zugestimmen. Die Heimstätte in Sternberg sei dauernd besetzt, so daß viele zurückgewiesen werden müßten. Auch die Schaffung eines Kinderheims an der Nordsee sei notwendig.

Stadtv. Lohausen (lib. Vereinig.) wandte sich gegen die Vorlage des Magistrats. Durch die Bewilligung der gewünschten Summe an die Wohlfahtsdeputation gebe sich die Stadtvorordnetenversammlung das Verfügungsrecht über die Summe aus der Hand. Mit dieser Bewilligung begehe man nicht die würdige Feier des Bestehens der Städteordnung. Eine Großstadt wie Schöneberg habe die moralische Verpflichtung, das hundertjährige Bestehen der Städteordnung festlich zu begehen. Redner beantragt Zurückweisung der Vorlage an den Magistrat.

Oberbürgermeister Wilde tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen. Es gibt keine würdigere Feier, als für die Armen und Entbehrten der Stadt etwas zu tun. Nicht Essen und Trinken bildet eine würdige Feier, sondern das wäre nur ein Fest für die daran beteiligten Mitglieder der städtischen Körperschaften. Im übrigen müße mit der zu bewilligten Summe noch sparsam gewirtschaftet werden, wenn etwas zustande kommen soll. Das Bewilligungsrecht der Stadtvorordnetenversammlung werde keineswegs angetastet.

Stadtv. Küter (Soz.) wendet sich ebenfalls gegen die Ausführungen des Stadtvorordneten Lohausen. Schöneberg könne nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Durch die Bewilligung der Summe von 250 000 M. zu Wohlfahtszwecken begehe Schöneberg die Feier des hundertjährigen Bestehens der Städteordnung in der würdigsten Form. Redner empfiehlt, den ersten Teil der Vorlage anzunehmen, dagegen den zweiten Teil abzulehnen. Die Einweihungsfeier von vier Schulen durch ein Festessen zu bezahlen, dazu liege kein Anlaß vor.

Während Stadtvorordneter Kuhnlich (lib. Frakt.) ebenfalls nur für Annahme des ersten Teils eintritt, sprechen die Stadtvorordneten Starke und Jodel (lib. Frakt.) für Annahme der ganzen Vorlage. Stadtvorordneter Treugebrodt (Unabh. Vereinig.) stimmt den Ausführungen des Stadtvorordneten Lohausen zu.

Nach Ablehnung des Antrages Lohausen, die Angelegenheit an den Magistrat zurückzuverweisen, wird die Vorlage in ihrem ersten Teile angenommen, der zweite Teil dagegen abgelehnt.

Größere Auseinandersetzungen gab es bei dem Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Magistratsvorlage betr. Verkauf von zwei Grundstücken im Südostgelände der Stadt. Der Kaufpreis der Grundstücke sollte bei dem einen 310 M. und bei dem anderen 30 M. pro Quadratmeter betragen. Der Ausschuh hatte Ablehnung der Magistratsvorlage empfohlen.

Stadtv. Lohausen (lib. Vereinig.) wendet sich gegen den Verkauf der Grundstücke. Würden die Grundstücke zu dem geforderten Preise angekauft, so kann mit einer Landhausbebauung nicht mehr gerechnet werden, sondern das Gelände müßte für Hochbau freigegeben werden. Das sei ein Unglück für die Stadt. Die Strophen würden dann den Charakter der Gedankstraße haben und die Armen- und Schullasten würden enorm wachsen. Mit dem Verkauf der Grundstücke würde die Stadt nur die Geschäfte der Terraingesellschaften fördern. Der Teil der Stadt muß zu einer Gartenstadt umgewandelt werden, damit wir kräftige Steuerzahler dorthin bekommen.

Stadtv. Kuhnlich (lib. Frakt.) spricht sich für den Verkauf des einen Grundstücks aus, da später der Preis desselben steigen würde. Redner erinnert daran, daß der Stadt vor 8 Jahren in der Martin-Luther-Straße ein Grundstück zum Preise von 500 M. pro Quadratmeter angeboten worden sei. Man habe es damals aber abgelehnt. Heute sei für ein Grundstück in der Straße schon 2000 Mark für die Quadratur gezahlt worden.

Stadtv. Gottschall (lib. Frakt.) ist für Verkauf beider Grundstücke. Trotzdem der Preis etwas hoch sei, würde sich kaum noch eine bessere Kaufgelegenheit bieten. Der Charakter der Gedankstraße kann keineswegs abgeschreckt werden. Schöneberg leidet darunter, daß zu vornehm gebaut wird.

Stadtv. Salinger (lib. Frakt.) und Stadtv. Val. Fröhlich (Unabh. Vereinig.) wenden sich gegen den Verkauf der Grundstücke.

Stadtv. Hoffmann (Soz.) empfiehlt den Verkauf der Grundstücke. Werden die Grundstücke jetzt nicht gekauft, so würde man nur die Geschäfte der Terraingesellschaften verbessern. Später hätte die Stadt jeden geforderten Preis zu zahlen. Die Stadt muß sich schon jetzt geeignete Grundstücke für später sichern. Eine gesunde Bodenpolitik bringt stets Vorteil für die Gemeinde.

Nachdem noch der Vauat Gerlach erklärte, daß es der Magistrat für seine Pflicht gehalten habe, Grundstücke für städtische Zwecke bei Zeiten anzukaufen, wird der Verkauf des einen Grundstücks beschlossen, dagegen der Verkauf des zweiten Grundstücks abgelehnt.

Von einer Automobildrohsache überfahren und schwer verletzt wurde vorgestern abend gegen 7 Uhr der sieben Jahre alte Schüler Rudolf G., bei den Eltern Kolonnenstr. 19 wohnhaft. Zur genannten Zeit wollte der Knabe an der Ecke der genannten Straße und Königsberg den Fahrbaum überfahren, als ein Droschkenautomobil, vom Königsweg kommend, um die Ecke bog. Der Kleine wurde von dem Kraftwagen erfasst und die Häber gingen ihm über den Kopf hinweg. Der Verunglückte erliegt auf der Unfallstation in der Herberstraße einen Koller und wurde von dort nach dem städtischen Krankenhaus überführt. G. hatte einen komplizierten Schädelbruch erlitten.

Rigdorf.

Das "Steuerbringverfahren" an Stelle der Abholung der Steuern durch Steuererheber führt der Magistrat von Rigdorf zunächst veruchsweise in einem Teile der Stadt ein.

Charlottenburg.

Schwere Explosion auf einem Tankahn. An der Charlottenburger Brücke erfolgte gestern nachmittags gegen 5 Uhr eine heftige Kessel-Explosion auf einem Tankahn der Aktiengesellschaft für Teer und Erdölindustrie.

Wie später gemeldet wird, handelt es sich bei den Verletzten um den 33jährigen Motorführer Gustav Weil aus Grabow, den 23jährigen Monteur Johann Morquellien aus Berlin, Fürbringerstr. 26, den 23jährigen Schiffer Wilhelm Schuldt aus Eldena in Pommern und den 23jährigen Schiffsführer Franz Schuldt.

Groß-Nichterfelde.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf dem Personendampfer "Steglich", der den Lettowianal befährt und vorgestern von einer Ausfliegergesellschaft zu einer Fahrt nach Potsdam gemietet worden war.

Lichtenberg.

Wer ersetzt den Schaden? Die Lichtenberger Steuerzahler können mit Recht diese Frage aufwerfen, wenn das Gespräch auf das Elektrizitätswerk der Gemeinde gelenkt wird.

Steuerleistung und Urtwählerliste. Der hiesige Magistrat hat der Urtwählerliste die vorjährigen Steuersätze zugrunde gelegt.

Röpenitz.

Der letzten Stadtverordnetenversammlung lagen zunächst zwei Dringlichkeitsanträge zur Beratung vor. Ein Antrag des Magistrats auf Bewilligung von 50 M. zur Stiftung eines Preises für den Radfahrverein "Vorussia" wurde auf Antrag unserer Genossen nach kurzer Debatte abgelehnt.

erwarten, daß den berechtigten Wünschen der Wähler Rechnung getragen werde. Als erster Punkt der Tagesordnung stand die Wahl eines unbesoldeten Stadtrats für den verstorbenen Stadtrat Schäfer für dessen noch bis Ende 1910 laufende Wahlperiode.

Hohen-Schönhausen.

Einen entsetzlichen Tod hat der Inspektor Heinrich Berg, der bei den Drante-Eiswerken in Hohen-Schönhausen angestellt war, gefunden. Er hatte ein mit vier Pferden bespanntes Fuhrwerk, das mit Eis beladen war, während der Ausfahrt aus dem Hofe geleitet.

Gerichts-Zeitung.

Entschädigung für die Opfer der irrenden Justiz. Von der während der Fürsorge der bürgerlichen Gesellschaft für die Opfer einer fehlerhaften Justiz zeugt folgende amtliche Veröffentlichung: Großherzogliches badisches Amtsgericht Offenburg.

Der 35jährige Arbeiter mußte wegen des Verdachts, einen Geldbetrag nicht an die Adresse seiner Frau gesandt zu haben, vier Wochen in der Untersuchungshaft verbringen.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Veranstaltung für die weibliche Jugend. Am Sonntag, den 3. Mai, fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Veranstaltung des "Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse" für die weibliche Jugend statt.

"Jugend und Frühling" war die Feier genannt worden und sie fand wirklich unter dem Zeichen des Frühlings. Nicht nur draußen leuchtete der herrlichste Sonnenschein, sondern es herrschte auch Frühlingstimmung drinnen im Saale, wo neben einer Anzahl erwachsener Arbeiter und Arbeiterinnen eine ganze Schar junger Mädchen an blumengeschmückten Tischen mit aufmerksamen Blicken den Vorträgen folgten.

Frau Nepler eröffnete die Feier mit einer Ansprache, in der sie — vielleicht mehr an die Eltern und Erwoachsenen als an die Jugend selbst gewandt — auf die tiefe Bedeutung geistiger Erziehung der Arbeiterjugend für das Proletariat sowie auf die Notwendigkeit hinwies, den schulentlassenen jungen Mädchen einen Ersatz für rohere Vergnügungen in einer jähönen und freien Geselligkeit zu bieten.

Auf die Aufforderung an die Jugendlichen, sich nun auch recht zahlreich der Jugendabteilung anzuschließen, ließen sich gegen 40 junge Arbeiterinnen als jugendliche Mitglieder des Vereins einschreiben.

Die nächste Zusammenkunft der Jugendabteilung findet am Sonntag, den 17. Mai, im Gewerkschaftshause, Engelfufer 15, von 5 Uhr nachmittags an statt.

Eine misslungene Polizeiaktion. Die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen, Genossin Grünberg in Nürnberg, hat gewerkschaftliche Arbeiterinnenlehre eingerichtet, die dem freisinnigen (!) Stadtmagistrat ein Dorn im Auge waren.

Vermischtes.

Zum Gölitzer Bauunglück wird dem "Verl. Tagebl." noch von gestern gemeldet:

Heute vormittag fanden an der Unfallstelle Sprengversuche statt. Die nach der Stadt gelegene Mauer, die am schwersten betroffen war, sollte durch Sprengungen niedergelegt werden.

Dem "Diamantenfabrikanten" Lemoine ist nun endlich Gelegenheit geboten, seine so sehr angezeiweifte Kunst zu beweisen oder ins Gefängnis zu spazieren.

Ein solcher Diamant war bisher noch nirgends gefunden worden. Die Fabrik ist heute noch genau so eingerichtet, wie zur Zeit der ersten Lemoineschen Versuche, mit zwei großen Siemensöfen, Elektroden, starken Rabeln und einem Stein von 30 zu 20 Zentimeter, dessen Döhlung den Ziegel mit dem Lemoineschen Wunderpulver aufnehmen soll.

Eingegangene Druckschriften.

Elfter Bericht des Gewerkschaftsartikels und 8. Bericht des Arbeitsekretariats Hamburg-Altona 1907. 225 Seiten. Selbstverlag.

Bericht des Deutschen Vereins für Wohnungsreform in Frankfurt a. M. 1907. 36 Seiten. Geschäftsstelle Frankfurt a. M., Dohlf. 23.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der Reichlichen Marktbalanzen-Direktion (Großhandel) Ostpreußen Ia 68-69 pr. 100 Pfd., Ia 60-65, IIIa 54-58, Außenfleisch Ia 62-66, IIa 50-60, Rinde, jeit 46-56, do. mager 30-40, Fresser 48-56, Sullen, dänische 40-58, Rindfleisch, Doppellender 110-120, Mastfäher Ia 88-95, IIa 76-86, Rinder ger. gen. 65-70, do. hoch 50-55, Hammelfleisch Mastlammern 71-74, Hammel Ia 65-67, IIa 57-62, ungar. 0,00, Schafe 50-55, Schweinefleisch 54-60, Rehböde per Pfd. 0,60-1,00, Rotwild per Pfd. 0,82-0,86, Dammwild per Pfd. 0,50-0,54, Wildschweine, per Pfd. 0,40-0,50, Kaninchen, Stück 0,80-0,85, Fasanenshühne, junge, Ia Stück 2,50, Brühhühne Stück 0,90, Gänser, Ia per Stück 1,50 bis 2,50, dito IIa Stück 1,20-1,40, dito Hahn, Stück 0,70-1,00, Gänseburger Ruten, Stück 0,50-0,85, Woulets 0,70-1,10, Rabanen, deutsche, per Stück 0,00, Tauben, junge, Stück 0,40-0,70, dito alte 0,40-0,45, dito italien. 0,00, Enten, per Hund 0,00, dito per Stück 1,20-2,50, dito Hamburger, per Stück 2,75-4,00, Gänse per Pfd. 0,00, do. junge 0,75-1,07, Puten Ia per Pfd. 0,50-0,75, do. IIa. und alte 0,00, Gänse, per 100 Pfd. 89-101, do. matt 0,00, do. groß 45-47, do. groß-mittel 0,00, do. klein 0,00, Gänse, groß-mittel 0,00, do. matt, groß 0,00, Schale hoch 0,00, groß 110, dito unsortiert 116-124, dito klein IIa 0,00, Rale, mittel 110-120, groß 116-121, do. unsort. 91-110, Karren, 88, Raddow 0,00, Ruten 29-35, dito groß 0,00, Rind 0,00, Karren 70-86, Reis 61, Bunte Rüte 36-60, do. matt, klein 0,00, Barje 0,00, do. klein 0,00, Bleie 48, klein 0,00, Weisliche 0,00, Quappen klein 0,00, Winter-Rheinisch, p. 100 Pfd. 0,00, Amerikan. Rauch Ia, p. 100 Pfd. 110-120, do. IIa 90-100, Erlassch, p. 100 Pfd. 15-25, Runder, Rieker, Rüte Ia 2-6, do. mittel, Rüte 0,00, do. Gamb. Rüte 3-6, halbe Rüte 2-3, pottun Ia Schod 0,75-2,00, IIa 0,00, Büdinge, dänische per Ball 2-2,50, Rieker 0,00, englische 0,00, Straußener 2,50-3,00, Sprossen, Danziger, Rüte 0,00, do. Rügenwalder, 0,00, Rale, groß per Pfd. 1,10-1,40, do. mittelgroß 0,90-1,10, klein 0,60-0,90, Heringe per Schod 5,00-9,00, Schellfische, Rüte 3,00-5,00, dito 1/2, Rüte 2,50-3,50, Sardellen, 1902 er per Kiste 95, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 98, Schottische Röhlinge 1905 0,00, large 40-44, fall. 38-40, mod. 36-42, deutsche 30-40, Heringe, neue Rüte, per 1/2, Lo. 0,00, Sardinen, russ., Rüte 1,50-1,00, Brauerlinge Rüte 1,20-1,40, do. Rüte (4 Rüter) 1,40-1,70, Reimungen, Schodsch 8, do. kleine 4-5, do. kleinen-10, Krebse per Schod 0,00, große 31,50, do. mittelgroße 14-19,50, dito kleine 3,50-4,50, do. anf. 6-8,50, Gollzier, klein 0,00, Seemuscheln 100 St. 1,00, Bier, per 100 Pfd. 124-128, IIa 122-123, IIIa 115-120, ablaufende 108-114, Sauer Gurten Schod 4,50-5, Westergurten Schod 4,50-5, Rastoffen per 100 Pfd. Daberliche 3,40-3,75, weiche runde 3,00-3,25, mag. bon. 3,25-3,50, Vorre, per Schod 1,00-1,75, Reerretliche, Schod 8-14, Spinal per 100 Pfd. 4-7, Sellerie, per Schod 8-23, do. pommerscher 0,00, Zwiebeln per 100 Pfd. 7,50, Petersilie grün, Schodbund 0,80-1,00, Rellisch, bayrischer, per Stück 0,00, junge, 100 Stück 10-14, Röhrrüben, 100 Pfd. 3,00-5,50, Karotten, per 100 Pfd. 0,00, Strickbohnen, hoch n. Schod 0,00, Rottohl, Schod 0,00, Weisbohnen, dän. p. 100 Pfd. 8-10, Blumentohl, hief., 100 Stück 0,00, do. Erfurter 0,00, do. holländischer 100 Stück 0,00, do. in Körben 18 Stück 0,00, Kofenohl, franz., per 100 Pfd. 0,00, Grünkohl 0,00, Röhrrüben, Schod 5,00-7,00, Petersilienwurzel, per 100 Pfd. 6,00-7,00, Schodbund 0,00, Schnittlauch, Schodbund 0,50-1, Tomaten, fanar., per Rüte 3,00-5,00, rote Rüben, per 100 Pfd. 0,00, Rhabarber 100 Bund 2,50-4,25, Rabungen 10 bis 40, Rübchen 0,00, Ostarol, 100 Stk. 0,00, Anisolen, 100 Stk. 0,00, Rabbessen, Schod 1,00-1,30, Baldmücker, Rindel 0,30-0,50, Porckeln 60-80, Sproßbohnen, 100 Pfd. 10-15, Bienen, Röhrrüben hiesige, per 100 Pfd. 0,00, Leberbirnen Ia 0,00, do. IIa 0,00, Kappel, Kroler in Kisten 120 Pfd. 30-50, Rost, hief., 100 Pfd. 3-14, Ruch 5-12, Tafeläpfel Ia 15-23, do. IIa 0,00, Amerikaner, per Rüte 18-28, Hallener, Lofe, 100 Pfd. 10-16, do. in Körben per 100 Pfd. 10-16, do. in Kisten 20-26, Weintrauben, America, per Rüte 0,00, Annas 1, per Hund 0,75-0,80, do. II 0,50-0,60, Banaan, fanar., per 100 Pfd. 23-30, Jamata 23,00-25,00, Maronen, italienische, per 100 Pfd. 0,00, Feigen, Kranz, per 100 Pfd. 0,00, do. Tronemel, per 100 Pfd. 0,00, do. in Kisten 35-40, Traubenrosinen per 100 Pfd. 0,00, Birnen, Weisna, 300 Stk. 6,00-9,00, do. 360 Stk. 5,00-8,00, do. 200 Stk. 0,00, do. 150 Stk. 0,00, Apfelsinen, Blat. 200 St. 9,00-11,00, do. Blat. 100 Stk. 10,00-13,50, do. Valencia 420 Stk. 17,00-22,00, do. 714 Stk. 25-30,00, do. Weisna 180 Stk. 9-12,00, do. 300 Stk. 10-14,00, do. 300 Stk. 12-14,00, do. Blat. 100 Stk. 5-7,25, do. 150 Stk. 6,50-7,50, do. 80 Stk. 5-6,50, do. 160 Stk. 10-15, do. 200 Stk. 11-14, do. Rall, 0,00, Datteln, per 100 Kart. 0,00, do. per 10 Pfd. 6,00, do. Rall. 100 Pfd. 28-30.

Wasserstands-Nachrichten.

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, Wasserstand, am, seit. Rows include Remel, Jüterburg, Bismarck, Oder, Krossen, Frankfurt, Barthe, Scharnh, Rege, Verdam, Eld, Driesch, Darby, Magdeburg.

+) bedeutet Hoch, -) Tal, -) Unterpegel.

Verband der Maler, Sackierer, Anstreicher etc. Küchenmöbelbranche.

Am Donnerstag, den 14. Mai 1908, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Nieh. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheit. Zahlreiches Erscheinen ermartet.
 Der Obmann.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

Bezirk 1. Freitag, den 15. Mai, beim Kollegen H. Gledholt, Wittenbergstr. 11.
 2. Freitag, den 15. Mai, beim Kollegen Wolfgramm, Uferstraße 6/7.
 3. Freitag, den 15. Mai, beim Kollegen Beckmann, Samariterstraße 11.
 4. Donnerstag, den 14. Mai, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5.
 5. Donnerstag, den 14. Mai, beim Kollegen August Borch, Ritterstraße 75.
 6. Freitag, den 15. Mai, beim Kollegen Kobus, Große Hamburger Straße 18/19.
 Sämtlich nachmittags 5 Uhr.
 Die Ortsverwaltung.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl. Zweigverein Berlin und Umgegend.

Achtung! Mai-Ausgesperrte. Achtung!

Den Mitgliedern zur nochmaligen Erinnerung, daß die Auszahlung der Unterstützung an die Mai-Ausgesperrten und Arbeitslosen laut Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom Sonntag, den 10. Mai, nur in der Woche vom 11.-16. Mai ausbezahlt wird.

Alle späteren Ansprüche auf Unterstützung werden nicht berücksichtigt.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt nur im Verbands-Bureau, Engel-Ufer 16, und zwar in der Zeit von 8-1 vormittags und von 3-8 Uhr nachmittags. Bei der Auszahlung ist das Verbandsbuch sowie die Zuvordenkarte vorzulegen.

Der Zweigvereinsvorstand.

JOSETTI JUNO
 CIGARETTEN.
 Cigaretten „gerade so gut“
 kosten das doppelte
 und mehr.
 10 St. für 20 Pfg.

Vom 11. bis 16. Mai 1908
 werde ich im 272/2*
 Hotel Quos, Schadowstraße, Ecke Dorotheenstraße,
 anwesend sein, um
künstliche Augen
 direkt nach der Natur für Patienten
 anzufertigen und einzupassen.
 F. Ad. Müller, Augenkünstler aus Wiesbaden.

Gustav Lindenhayn,
 Gastwirtschaft, Telefon: Amt
 Grünau Nr. 17.
Grünau, Friedrich-Str. 2.
 5 Minuten vom Bahnhof.
 Großer Garten. Vereinszimmer.
 Fremdenlogis. 26612*
 Vorzügliche Speisen und Getränke in
 größter Auswahl zu soliden Preisen.

Nachtrag
 zu der am 28. April 1908 veröffent-
 lichten Bilanz: 105/11
 Das Geschäftsguthaben der Mit-
 glieder beträgt 660 Mark und hat
 sich nicht vermehrt und nicht ver-
 mindert.
Möbelfabrik Ostend
 Eingetragene Genossenschaft mit
 beschränkter Haftung.
 Der Vorstand.
 H. Hemp. H. Breitbarth.

Wir verkaufen
 jetzt noch billig!

- R 4 Mark an in Peterhofen, Ostbahn.
- R 8 Mark an Seefeld, am Bahnhof.
- R 10 Mark an Kaulsdorf, am Bahnhof.
- R 10 Mark Bahnhof Zabowa, Siedorf-Kaulsdorf-Züd.
- R 30 Mark an Siedorf, Stadtbahn, a. Bahnhof. Verkaufsstell. a. d. Bahnhöfen.

Nieschalke & Nitsche
 Berlin, Neue Königstr. 16.

Amir Cigaretten

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzug od. Jackett
 nach Mass, schnell, dankbar. Zahlung
 von 20 Mark an. Moritz Laband,
 Neue Promenade 11 (Südth. Börse).

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
 und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
 (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
 zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

10.00, Dackbett, Unterbett, Kissen, rote, rote, rote. Handliche Andreadstraße 38. 670R*

Handbett, zwei Dackbetten, zwei Kissen, weißschlaffig 18,00, große Lafen 1,00. Kaufsteuer, Damastbezüge. Handliche Andreadstraße 38. 671R*

Bauerndackbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00, große Freischwinger, Regulatore 9,00. Handliche Andreadstraße 38. Fahrgehalt wird vergütet. *

Teppiche mit Gardensehern. Fabrik-iederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Mauerwerk. Vormärktelefer 6 Prozent Rabatt. 1427

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00. Handliche Haus, Küstnerplatz 7, Tischdecken (spottbillig). 332R*

Handliche Haus, Küstnerplatz 7, am Gröbenweg. Verkauf von Plüschdecken, spottbilliger Gardinenverkauf, Vorhängerverkauf, Wäscheverkauf, Dedenverkauf, Angasverkauf, Uhrenverkauf, Goldschmuck, Silberwaren passende Einsegnungsgeschenke. 331R

Teppiche (sehr billige) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grün, Odeischer Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Küchne, Paletots nach Maß. Aus 10 Stoffen, Monats- und nicht abgeholt. Soeben kam neue billige. Maßschneider Joh. Brannenstraße 8, eine Treppe, am Rosenhainertor. *

Stoppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 293R*

Gelagerte Käufe: Paletots, Küchne, Dolle, Koffer, Resolter, Teppiche, Uhren, Goldschmuck, Kessel, spottbillig. Lude, Dranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reizeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Silber, Silber, Teppiche, spottbillig. Lude, Dranienstraße 131.

1908R*

Hochelegante Herrenanzüge, Sommerpaletots, an nur vornehmen Häusern. Spottbillig Potsdamerstraße 84, L. 433/1*

Pumpenwoll, Uferstraße 81, hat 600 Edelstier eigenhändig aufgestellt. Pumpen von 8,00 bis 100,00, gebraucht 5,00. Garten spritzen, Leichterbohrer umsonst. 473R*

Rähmaschinen. Zahl höchste Vergütung, Käufer oder Verkäufer. Alle frischer-Rohmann-Systeme. Teilzahlung. Oruda, Rosenhainertorstraße 19.

Handliche Haus! Kirchdorf, Bergstraße 58. Täglich Verkauf von allen Plüschdecken, Bettdecken! Hochmoderne Jackenangänge! Gehrockenanzüge! Sommerpaletots! Herrenhosen! Damenhosen! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Deckenverkauf! Herrenhosen! Damenhosen! Kleiderverkauf! Sanduhren! Rähmaschinen! Bekleidungs! Fahrvermittlung! Sportpreise! 755R*

Monatsgarderobehaus. Hochelegante Monatspaletots, einzelne Hosen, sehr preiswert nur Andreadstraße 54. 702R

Monatsgarderobehaus. Elegante Monatsanzüge in allen Preislagen nur Andreadstraße 54. 701R

Gastkronen, Petroleumkronen ohne Anzählung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst) Vorkamerstraße 32 (Bahnverbindungs Barshamerstraße), Reindenbergstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Kirchdorf, Kaiser Friedrichstraße 247.

Lauben- Baumaterialien, gebraucht und neu, wie: Kaminholz, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, in größter Auswahl, billig. Holzstraße 2 (am Hermannplatz). 950R*

Bekanntmachung. Humboldt-Platzhaus, einzig und allein nur Dranienstraße 58, Schaus Straßensunderstraße täglich großer Plüschdeckenverkauf, riesengroßer Bettdeckenverkauf, Bettwäsche, Aussteuerstücke, hochfeine Sommerpaletots, Jackenangänge, Herrenhosen, spottbillig. Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Uhrenverkauf, Kleiderverkauf. Sonntags geöffnet. *

Wegen Auflösung der Handels-gesellschaft Sommer u. Wolf, Gardinen- und Teppichhaus spottbilliger Inventarverkauf in Teppichen, Gardinen, Stoppdecken, Plüschportieren usw. bis zur Hälfte des Wertes. Schnellster Verkauf unbedingt empfehlenswert. Richard Wolf vorm. Sommer u. Wolf, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). *

Vittauer-Rähmaschinen ohne An-zahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte spottbillig, Wienerstraße 1-6, Barshamerstraße 67. 2012R

Paletots, Monatsanzüge, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 30 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Hartzschell, nur Rosenhainertorstraße 10. 267/10*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Bekleidungsstücke von 12,00, Frack von 2,50, sowie für fortpulente Figuren. Neue Garderobe zu kaum den billigen Preisen, aus Handlichen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei R. K. Kaulsdorfstraße 14.

Eigene Scholle in der Nähe der Bahn und großer Seen, per Morgen 350 Mark, verkauft Otto Trentepohl, Benjandendort, Kreis Nieder-Barnim.

Küchne, Paletots, zurückgebliebene Maßsachen für die Hälfte des sonstigen Wertes. Wilm u. Co., Friedrichstraße 213 I. Kein Laden! 2017R

Brüchenschild, Kusterhosen verkauft Kirchdorfstraße 22. 473R

Neue Verzierung! Quadratrupe nur 8 Mark, an Wald und Dorf Kleinschönebeck. Holzhalter, Schöneiche, Bahnhof Rahnsdorf. 2011R*

Geschäftsverkäufe.

Restaurations, Preis 1500, Riete 1400, letzte Hand 10 Jahre, 800 Brauerstraße, K. 100, Bohani 34.

Zeigengeschäft, gutgehend, tran-schweigisch zu verkaufen, Kirchdorf, Bannierstraße 63. 4103R

Edelhof, sofort veräußert, passend für Parteinwirt, Buxtehuderminerstr. 17.

Restaurations, gutgehend, für 1000 Mark sofort zu verkaufen, Wiedomstraße 22. 472R

Particifokal, 80, sofort zu ver-kaufen, Kaufstr. Kaunhstraße 19, Etahl. 2026R

Möbel.

Teilzahlung, Möbel-Einrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verkauft gewesene Möbel spottbillig. „Beolima“, Kastanien-Allee 49.

Räumungsverkauf! Zurückgebliebene und verließen gewesene Möbel sollen vom 13. bis 17. Mai zu außerordentlich billigen Preisen verkauft werden. Darunter hochelegante Garnituren von 100,- an, Kleiderständer 24,-, Bettstellen mit Matratzen 19,-, Badstühle 20,-, elegante Tischensätze, Büfets kaum den billigen, Herrenschreibtisch 28,-, moderne Stühle von 38,- an Lagerung und Transport frei. Stargardts Möbel- und Speisereien, Dresdenerstraße 107/108. Auch Sonntags geöffnet. 254/5

Schlafzimmer, komplett 240, gute Arbeit, Kottbusertorstraße 26, Aufbahrungsspeicher. 1912R*

Salon, gute Arbeit, entzündend, 500, sofort Kottbusertorstraße 26, Aufbahrungsspeicher. 1913R*

Wohrrer Einrichtungen 150, 225, 300, 380, 450-1500 Mark, sonst nirgda der doppelte Wert, sofort Kottbusertorstraße 26, Aufbahrungsspeicher. *

Herrenzimmer, Eiche, komplett 480, sofort Kottbusertorstraße 26, Aufbahrungsspeicher. 1915R*

Speisezimmer, Eiche, komplett 725, sofort Kottbusertorstraße 26, Aufbahrungsspeicher. 1915R*

Möbelverkauf! Durch günstigen Einkauf selten billig, auch Teilzahlung, Befichtigung erbeten. Kastanien-Allee 53. 406R*

Fahrräder.

Herrenrad, Damenrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 212R*

500 gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5,-, 10,-, 15,-, 20,-, 25,-. Sämtliche Marken und Systeme, Brennrad, Dürkopfräder, Doppelrad, Wanderer, Adler, Fahrrad. Günstigste Gelegenheit für Händler, Handwerker, Radfahrer, jetzt Weinmeisterstraße 14.

Fahrräder, Grammophon, Teil-zahlungen, ohne Aufschlag, Kottbusertorstraße 40. 6745R*

Fahrräder, Teilzahlungen, Inva-lidenfahrräder 20 Kottbusertorstraße 40. 320R*

Herrenrad, elegant, fast neu, ganz billig. Gubenerstr. 16, am alten Duergebäude 1. 453R*

Fahrräder und Damenrad abgeben, modernes, umständehalber, 35,00. Große Frankfurterstraße 14, Duergebäude, Keller. 473R

Tandem, tadellos 65,00, Fahrrad tauglich ein. Große Frankfurterstr. 14, Duergebäude, Keller. 473R

Herrenrad, nagelneues (Gar-rantie), krankheitshalber jeden Preis. Exerzierstraße 25, III Unt. 267/15*

Herrenrad, hochelegantes, Schulden angenommen, Witze, Neue Schönhauserstraße 1a II. 463R*

Zwei Fahrräder, 67,00, 17,00, verkauft fortzugshalter Barbiergeschäft, Kantstraße 108. 4140R

Vermietungen.

Marktgrafenstraße 83 ist das Hinterhof mit großen Sälen und Garten für 5000 Mark zu vermieten.

Wohnungen.

Mehrere Wohnungen, zwei Stuben, Küche und Zubehör, sofort zu vermieten. Albert Road, Gruntensee bei Königs-Butterhausen. 7905R*

Billige Wohnungen, 1, 2 und 3 Stuben, mit und ohne Bad, reichliches Nebengebiet. Mariendorf, Bergstraße 15. Näheres dabei oder (III 596). 267/15*

Zimmer.

Teilnehmer am möblierten Zimmer bei Zeller, Bienenstraße 47, born IV. 463R

Möbliertes Zimmer an 1 oder 2 Herren zu vermieten Strahmannstraße 7, Seitenflügel II. 473R

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gütlicher-straße 91a. 2555R*

Lern die Russische Sprache bederrichten Erfolgreich, leicht lachlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gesällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Wer ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Volkmarth u. Co., Glatzerstraße 21, Amt 3a, 4375. 1458R*

Platinabfälle, Gold, Silber, Ge-bisse, Redgold, künstliche gold- und silberhaltigen Hände, tauglich Gold- und Silbergeschmelze Kottbusertorstraße 29, Telefon IV. 6988. 1317R*

Handmacherswerk Kottbusertorstraße 2.

Reinigungsarbeiten für 20-100 Personen einige Tage frei. Auch Sonnabend. Glatzerstraße 51. H. Delf. 1468R

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Hilfer Stuhlrechter bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. U. Müller, Kaulsdorfstraße 27. 1468R

Stellenangebote.

Spiegelbeleger, eingeholt in Tisch- und Kastenbelag, auch beiderseitig im Glas schneiden, wird von einer Spiegelbeleger verlangt. Adressen unter T. an die Expedition Kottbusertorstraße 123.

Korbmacher, auf la. Beddigmöbel und weiche Kissenmöbel gut eingearbeitet, finden dauernde Beschäftigung bei W. H. Heinemann, Erste Berliner Holz- und Korbwarenfabrik, Berlin, Alexandrinenstraße 95/96.

Schreiner, muß selbst vor-schreiben und Baumstämme mit Verzeichnung machen können, sucht sofort Bildner, Beuststraße 44E. 4117R

Kunststofferei von Frau Kofsky, Schlichtener, Kurstraße 8, III.

Bereinszimmer, zwei (schöne Regelmäßig, noch einige Tage frei; auch für Verbände, große Zahlstellen geeignet, Kottbusertorstraße 26. 132/5

Portemonnaie mit Inhalt verloren gegangen am Sonnabendabend in der Stadtbahn, abends um 9 Uhr, von der Station Westend-Landberger Allee. Bitte den ehrlichen Finder, es abzugeben gegen Belohnung. Münchberg, Bismarckstraße 3. 2113R

Koltschmuck Reinert, Garten-straße 64. 2020R

Handelsakademie Roabli, Ge-wissenshafte Ausbildung. Madrodt, Turmstraße 55. Arminiusplatz 12027R

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung! Klavierarbeiter!

Wegen enormer Lohnabgabe haben die Kollegen der Fabrik Neufeld die Arbeit niedergelegt. Wegen dieser Differenz ist auch der Zwangsmeisterbetrieb von E. Schlenner, Kirchdorf, Kottbusertorstr. 52, gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten! Bereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Zentrum:
 Fritz Finke, Mauerstr. 69.
 H. Bahnsch, Auguststr. 50.

Westen:
 G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.

Osten:
 W. Mann, Petersburgerplatz 4.
 H. Wenzel, Rindersdorferstr. 3.
 Gustav Vogel, Kottbusertorstr. 53.

Nordosten:
 E. Jucht, Jannauellstr. 12.
 J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden:
 G. Rasche, Kottbusertorstr. 36.
 H. Trapp, Gütlicherstr. 10.
 Karl Wenzel, Auguststr. 123.
 Karl Weiche, Kottbusertorstr. 49.
 E. Dechand, Kottbusertorstr. 24.
 G. Vogel, Kottbusertorstr. 37.
 H. Tieg, Annalindenstr. 124.

Nordwesten:
 Karl Anders, Salzweberstr. 8.
 W. Scholle, Götterstr. 29.

Südwesten:
 G. Werner, Gütlicherstr. 72.
 G. Schröder, Kottbusertorstr. 27.

Süden:
 St. Frick, Kottbusertorstr. 31.
 G. Frick, Kottbusertorstr. 31.

Südosten:
 Paul Böhm, Kottbusertorstr. 14/15.
 P. Frick, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
 G. Scharrer, Gütlicherstr. 1.
Friedrichsberg:
 O. Seifert, Kronprinzenstr. 50.

Rixdorf:
 W. Heinrich, Kottbusertorstr. 70.
 Conrad, Hermannstr. 57.

Hammelsburg:
 H. Rojentrang, III-Vorhofen 56.
Schöneberg:
 W. Bäumer, Kottbusertorstr. 51.

Weißensee:
 E. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
 Jul. Schiller, Kottbusertorstr. 39a.

Reinickendorf:
 P. Gurik, Kottbusertorstr. 30.
 Grünerweg.

Treptow: 245/2*
 H. Gramenz, Kottbusertorstr. 412.

Der zehnte Verbandstag des Hafenarbeiterverbandes

wurde am Montagmorgen im Gewerkschaftshause zu Hamburg eröffnet. Außer den üblichen geschäftlichen Sachen hat sich diese Tagung mit der bedeutsamen Frage des Zusammenflusses aller im Transportgewerbe domizilierenden Organisationen zu befassen.

Anwesend sind 54 Delegierte, vier Mitglieder des Hauptvorstandes, je ein Mitglied des Ausschusses und der Revisionskommission, sechs Beauftragte, ferner Cohen für die Generalkommission, Schumann und Dreher für den Transportarbeiterverband, Müller für den Seemannsverband, Bephalen für den Eisenbahnerverband und Zochade für die Internationale Transportarbeiterföderation.

In seiner Begrüßungsrede hob der Vorsitzende Doering hervor, daß diese Jubiläumstagung angesichts der soeben bestandenen schweren wirtschaftlichen Kämpfe die bedeutungsvollste sei, die bisher abgehalten wurde. Nach harter Arbeit sei der Verband in diesem Vormarsch begriffen. Er gäbe sich der Hoffnung hin, daß auch dieser Verbandstag die Entwicklung fördern werde.

Unter dem lebhaften Beifall der Delegierten teilte Doering mit, daß die seit 5 Jahren lokalorganisierten Lübecker Schauerleute sich dem Verbands wieder angeschlossen haben.

Der die Jahre 1906/07 umfassende

Geschäftsbericht

konstatiert einen erfreulichen Aufschwung des Verbandes sowohl hinsichtlich seiner Mitgliederzahl als auch seiner finanziellen Leistungsfähigkeit. Die Mitgliederzahl stieg von 17 718 Ende 1906 auf 27 981 Ende 1907.

Berücksichtigt man die schwierigen Verhältnisse, unter denen Agitation und Organisation auf den weitverzweigten Flußdistrikten und Wasserläufen betrieben werden müssen, und erinnert man sich der kraspsten Verjüngung der Reeder, durch brutale Ausperrungen und Gründung von gelben Organisationen den Hafenarbeiterverband zu vernichten, so muß der Aufschwung desselben mit Genugtuung begrüßt werden. Es haben zwar schwere und opferreiche Kämpfe geführt werden müssen, aber der Gesamterfolg ist ein zufriedenstellender. Die Zahl der Angriffsstreiks beträgt 52 gegen 24 in der vorigen Berichtsperiode; 44 Streiks hatten einen vollen Erfolg, 3 einen teilweisen und nur 5 verliefen resultatlos. Es mußten ferner zwei Abwehrstreiks geführt werden, die vollen Erfolg hatten. Von den 10 Ausperrungen sind 4 mit vollem Erfolge, eine mit teilweisem Erfolge und 5 erfolglos verlaufen. Von den 89 Lohnbewegungen hatten 87 einen vollen Erfolg. Bei allen Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen waren beteiligt 39 150 Personen. Davon waren beteiligt an erfolgreichen Bewegungen 32 960 Personen, an denen mit teilweisem Erfolge 4351 und an erfolglosen 1844 Personen. Für die ganze Berichtsperiode stellt sich die Gesamtausgabe für Streiks und Ausperrungen wie für Unterstützungen an andere Gewerkschaften auf 765 850 M. gegen

221 745 M. in der vorhergehenden Berichtsperiode. Diese bedeutenden Mittel sind fast ausschließlich von den Hafenarbeitern aufgebracht, eine Leistung, die gewiß Anerkennung verdient. Bezüglich der mit teilweisem Erfolge beendeten vorjährigen Ausperrung der Hamburger Schauerleute heißt es unter anderem im Bericht: „Die Hauptursache des Konflikts war die ungeheure lange Arbeitszeit, wie sie im Hamburger Hafen gang und gäbe war. Seit mehr als 10 Jahren ist die Organisation unausgesetzt bemüht gewesen, die Arbeitszeit auf das notwendige Maß einzuschränken. Bis dahin sind diese Bestrebungen immer an dem Starrsinn der Unternehmer und dem Mangel an sozialem Verständnis gescheitert. Als die Unternehmer nun im Jahre 1906 die Schauerleute wegen der Beteiligung an der Rastfeier 10 Tage ausperrten und damit dokumentierten, daß es sehr wohl möglich sei, die Arbeitszeit einzuschränken, beschloßen die Schauerleute, jede Sonntagsarbeit und Nacharbeit nach 10 Uhr abends zu verweigern. Mit diesem Zustande hatten sich die Unternehmer, ihrer eigenen Angabe zufolge, bereits abgefunden, als sie auf das Betreiben einzelner Schaufmacher im Frühjahr 1907 plötzlich das Verlangen stellten, sämtliche Schauerleute sollten sich zu unbeschränkter Nacht- und Sonntagsarbeit schriftlich verpflichten. Als dieses Ansuchen abgelehnt wurde, erfolgte prompt die Ausperrung.“

Das Hauptkontingent der Streikbrecher stellte, wie schon in früheren Fällen, England. Nach 43 tägiger Dauer war die Ausperrung beendet, die der Organisation eine Ausgabe von 254 000 M. verursacht hat. Die Widerstandsfähigkeit und Schlagfertigkeit des Verbandes haben die Hamburger Reeder zu spüren bekommen, so daß sie so leichtfertig wie 1907 eine Ausperrung wohl nicht wieder vornehmen werden.

Der Verbandsvorsitzende gab zu dem Bericht einige Erläuterungen. Die wirtschaftliche Depression treffe die Hafenarbeiter um so schwerer, als gerade sie mit dem ausgeprägtesten Herrenmenschtum, den brutallsten Vertretern des „Herr im Hause“-Standpunktes zu kämpfen hätten, deren unerkennbares Ziel die Zerstörung der Arbeiterorganisation sei, die nicht nur rücksichtslos, sondern auch abgefeimt vorgehen. Angesichts der vorzüglichen Organisation dieser Hauptschaufrmacher sei es Pflicht der Hafenarbeiter, allen Plänen und Kampfmitteln dieses gefährlichen Gegners volle Aufmerksamkeit zu widmen, um jederzeit fähig zu sein, die Vernichtungsschläge mit Erfolg zu parieren. Wie eng das Reeder- und Hafenbetriebsunternehmertum aller Hafenorte miteinander verbunden sei, beweiße der Einfluß, den der Hamburger Hafenbetriebsverein bei der Königsberger Ausperrung ausgeübt habe. Er habe nicht nur die Einigung hintertrieben, sondern auch ein Drittel der 900 000 M. betragenden Kriegskosten übernommen. Ebenso habe er seine Hand im Spiele gehabt, um in Lübeck zu verhindern, daß die getroffenen Vereinbarungen innegehalten werden. Dadurch schädige er das Gemeinwohl rücksichtslos auf das empfindlichste. Besonders klar trete aber das Wesen und die Absicht der Unternehmer in ihrem Londoner Beschlusse betr. die internationale Organisation der Streikbrecherzuzufuhr zutage. Die Kämpfe der nächsten Jahre würden zweifellos ganz andere Formen annehmen, denen sich die Arbeiter anzupassen hätten.

Wenn auch die bisher in Unternehmerrreisen ventilierten Vorschläge gerade nicht scharf ausfallen, so sei doch äußerste Vorsicht am Platze, damit unser Verband keinen Schaden leide. Die Generalkommission habe den Verband bereitwillig bei Kämpfen unterstützt, hoffentlich schenke auch die Redaktion des „Correspondenzblattes“ unseren Wünschen etwas mehr Berücksichtigung. Außer mit dem Gemeinbeiterverband hätten sich infolge der getroffenen Vereinbarungen Grenzstreitigkeiten nicht ergeben. — Bezüglich der statistischen Erhebungen habe man sich am grünen Tisch leider nicht dazu entschlossen, Fragebogen herauszugeben, mit denen der schlichte Bootsmann und Schiffer überhaupt etwas anfangen wisse. Auch habe das statistische Amt Fragen vorgelegt für das vorhergehende Jahr, deren Beantwortung einfach ein Übel sei. Das sei von dem letzteren Nachteil gerade bei der Frage, wie lange das betreffende Boot im Jahre im Dienste gewesen sei. Das so gewonnene Bild über die Lage im Binnenschiffsgewerbe sei ein ganz schiefes. Unter diesen Umständen sei es kein Wunder, wenn für die Binnenschiffahrt nicht viel herauszukommen werde, zumal ja der Kommissionsreferent bereits vorweg, die Öffentlichkeit unzulässig beeinflusst, seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben habe, daß eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse, namentlich bei Segelschiffen, schwerlich durchzuführen sein werde. Auch die Auswahl der Auskunftspersonen sei eine sehr unglückliche gewesen. Der Hamburger Senat habe auf ein Gesuch, vom Verbands vorgeschlagene Personen zu entfernen keine Antwort erteilt. Vielleicht habe er befürchtet, durch den Umgang mit Arbeitern für den Verkehr mit allerhöchsten Personen unfähig zu werden. Redner bittet, der Statistik mehr Beachtung zu schenken, damit wir jederzeit zur Auskunftserteilung in der Lage seien.

Eingegangene Druckschriften.

Gelbdruck. Gedichte und Bekenntnisse. Von Gertrud Bander. Herausgegeben von R. Dendel. Gebunden 4 M. Verlag H. Franke in Bern. Jul. G. Weh. Deutschlands Industrie. Berlin, Karl Heymanns Verlag. Preis 1 M. Regenschlagsbericht 1907 des Verbandes der Buchdrucker. 20 Seiten. Selbstverlag.

Witterungsübersicht vom 12. Mai 1908, morgens 8 Uhr.

Table with columns for Stations, Barometer, Wind, Clouds, Rain, and Temperature. Includes data for Eutin, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Dapartanda, Petersburg, Sibirien, and Berlin.

Wetterprognose für Mittwoch, den 13. Mai 1908. Teilweise heiter, am Tage etwas wärmer, aber noch veränderlich mit leichten Regenschauern und möglichen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

- List of theaters and their programs: Berliner Hoftheater, Neues Operetten-Theater, Theater an der Spree, etc.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5. Donnerstag: 2 mal 2 = 5. Freitag: 2 mal 2 = 5. Sonnabend: 2 mal 2 = 5. Sonntag nachm. 3 Uhr: Vater und Sohn. Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.

8 Uhr: Ein Walzertraum. Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Madame Sans Gêne. Anfang 8 Uhr. Donnerstag zum 1. Male: Des Valtors Riese. Freitag: Des Valtors Riese. Sonnabend: Jodel ist der Durst.

Neues Operetten-Theater

Schiffbauerdamm 25, an der Luisenstr. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Mann mit den drei Frauen.

Residenz-Theater.

— Direction: Richard Alexander. — Abends 8 Uhr: Der Floh im Ohr. Schwank in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolf Jacoby.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Der Brandstifter. Vorher: Sein Alibi.

Luisen-Theater.

Reichenberger Straße 34. Abends 8 Uhr: Im Hause der Sünde. Donnerstag: Der Weg ins Verderben. Freitag: Rutter Erde. Sonnabend: Der Weg ins Verderben. Sonntag nachm. 3 Uhr: Im Hause der Sünde. Abends 8 Uhr: Der Weg ins Verderben. Montag: Der Weg ins Verderben.

Apollo Theater

Vierfacher Erfolg! Ballett: Die Töchter der Terpsichore. Spezialitäten: François Käthig, Grete Gallus, Karl Bratschneider, D'Osta-Trio, Enrico Caruso durch das Angelobon d. deutschen Grammoophon-Gesellschaft. Operette: Die süßen Grisetten. Von H. Reinhardt. In Szene gef. vom Dir. Rudolf Schier. Pantomime: Ein Abend in einem amerikanischen Zingel-Tempel. ausgeführt von Bert. Bernards. Original-Pantomimen-Kompagnie.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Stein unter Steinen. Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Donnerstag, abends 8 Uhr: Ohne Geläut. Freitag, abends 8 Uhr: Ohne Geläut. Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung. Lustspiel in fünf Aufzügen u. einem Vorspiel von William Shakespeare. Donnerstag, abends 8 Uhr: Hans Hucklebein. Freitag, abends 8 Uhr: Hans Hucklebein.

Advertisement for Adler Soiree der Apollo-Sänger. Familien-Kränzchen. Includes logo of an eagle and text: Jeden Mittwoch und Sonntag: Soiree der Apollo-Sänger. Familien-Kränzchen.

Advertisement for Wintergarten Neues Programm. Otto Reutter. Includes logo of a clock and text: WINTERGARTEN 765 Neues Programm. Otto Reutter.

Advertisement for Passage-Theater. Das größte Phänomen aller Zeiten! Dr. Rüeckle Das Tagesgespräch Berlins!

Advertisement for Passage-Panoptikum. Die lange Dora Das größte Riesenskind Gesamtlänge 2 Meter 19. Kunsttaucher: Kapit. Grobl in seinem Neapolitanische-Brigantone-Kapelle. Alles ohne Extra-Entree! Eintritt 150 Pf., Kinder, Soldaten 25 Pf.

Advertisement for W. Noacks Theater. Geöffnet. Führe uns nicht in Versuchung Großes Schauspiel in 3 Akten. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Advertisement for Ringfreie Kohlen. Gebrüder H. & O. Richter, s. 59. Kohlen-Großhandlung. Includes logo of crossed hammers and text: Ringfreie Kohlen. Gebrüder H. & O. Richter, s. 59. Kohlen-Großhandlung. Urbanstr. 114/115. Amt IV 9345. [19435]

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Zoologischer Garten. Täglich: Gr. Militär-Konzert. Eintritt 1 M., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren — die Hälfte. — Theater an der Spree. Köpenicker Straße 68. Täglich 8 Uhr: Der Cowboy.

Der Cowboy.

DERNHARD ROSE THEATER. St. Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: Am Altar. Zeitgemälde in 4 Akten von Paul Blumenthal. Wochenspreise. Donnerstag: Die Lorelei. Metropol-Theater. Zum 235. Male: Das muß man seh'n. Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz. Anfang 8 Uhr. Kassen geschlossen.

Kasino-Theater.

Volthringer Straße 37. Täglich 8 Uhr: Der urförmliche Wälder und das erstklassige Mal-Programm. Der Brandstifter. Drama von H. Heijermans jr. Sonntag 4 Uhr: Ein Dorfmann.

Germania-Prachtsäle

Carl Richter. — N., Chausseestraße 110. — Heute Mittwoch: Otto Steidts Hamburger Sänger. Anfang 8 Uhr. — Eintritt 30 Pf. Vorzugskarten gelten. Anschließend: Freitanz.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor. Abends 8 Uhr. Die neuen großartigen Mal-Spezialitäten. Amüsantes Programm. Im Tunnel: Konzerte.

Volksgarten-Theater

— am Bahnhof Gesundbrunnen. — Konzert-Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Gustav Schappel — Hedwig Doring Julius Wilms, Bros Doran, Robin Trio. Fidele Lumpen. Bolle mit Gef. in 3 Akten u. Refflingen.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Neu! Variété-Sterne. Burleske von Regiel. Anfang Sonntag 8 Uhr. Anfang Montag 7 Uhr.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage 8 Uhr: Seine erste Frau.

Sanssouci.

Kottbusser Straße 9. Direction: Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsch. Sängen und Tanzkränzchen. Beg. Sonnt. 5, mont. 8 U. Morgen: Große Elite-Soiree. Tanzkränzchen.

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W., Goltzstr. 9. Des großen Erfolges wegen verlängert Die schone Witz Belverbe mit ihren dreierlei Wären. Neu! Unsere Marine. Neu! Lebensbild mit Gesang und Tanz. Neu! Graf Zappellin mit seinem leut. Baron Luftballon Nohob 1900. Außerdem Dußel's Zitzograph und 20 Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Die Beerdigung meines lieben Vaters findet morgen Donnerstag, den 14. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, statt (nicht heute den 13. Mai).

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Friedrich Heinrich, welcher am Freitag durch Ueberführung der Straßenbahn verstarb, am Donnerstag, den 14. Mai, nachmittags 3 Uhr von der Halle des Friedhofes der Gethsemanengemeinde (Nordend) aus stattfindet.

Am Sonntag, den 10. Mai, abends 6 1/2 Uhr, wird nach langem, schwerem Leiden unter lieber Vater, mein lieber Schwiegervater, der Materialverwalter

Robert Delor, in noch nicht vollendetem 55. Lebensjahre, am 20. Mai, Dies seinen tiefbetraut an Die trauernden Kinder.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Reichshalle des französisch-reformierten Kirchhofes in Banken, Bollaufstraße, aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, meines guten Vaters und Großvaters, des Tischlers

Hermann Rhein, angen. wie allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein Hoffnung, dem Waldverein sowie dem Holzarbeiterverbande meinen herzlichsten Dank.

Wwe. Berta Rhein und Kinder.

Für die außerordentlich zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters

Joseph Schäfers, (siehe allen Verwandten, Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.

Dr. Simmel, Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Alteste Teilzahl-Geschäft für Brennabor-Räder!

Ohne Anzahlung Gärten, Portieren, Decken, Federbetten, Bettwäsche, Bilder auf Teilzahlung, nur Vollkasselerben.

Landesausstellungspark, Neu erbaut: Festhalle, Gartenrestaurant, Konditorei und Café

Täglich Konzert, von 4 Uhr ab

Dejeuners von 2.50 an bis 2 Uhr nachm. Dinners u. Soupers v. 4.00 an

Anton Boekers Festsäle, Weberstraße 17. Empfehle den geehrten Vereinen meine Säle zu Versammlungen und Vereinsfestlichkeiten; große Theaterbühne; sowie meinen schönen Naturgarten mit großer, feststehender Theaterbühne.

Eine Lust und Freude, Damen, warten Sie nicht bis zur Reise, sondern wählen Sie Ihren Bedarf in Reise- u. Bade-Kostümen u. Reisemänteln sofort!!

Rauchen Sie Phantomen Zigaretten! Devis: Qualität ist die beste Empfehlung. Roh-Tabak, Billige Rohtabake, E. Nauen, Tempeliner Str. 3, Max Jacoby, Strelitzerstr. 52.

6. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 12. Mai 1908, vormittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

25 45 79 146000 140 521 424 85 765 77 829 [500] 21 63 70 901 70 147136 97 372 383 550 54 148210 49

6. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 12. Mai 1908, vormittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

67 823 907 56 144022 93 412 98 [1000] 294 735 58 381 145067 355 477 660 146117 802 422 297 [1000] 714 947